



# Deutschland und Israel heute

Zwischen Stabilität und Spannung

# Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Mai 2026

## Herausgeber

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0  
www.bertelsmann-stiftung.de

## Verantwortlich

Stephan Vopel, Stefanie M. Schulz

## Studiendurchführung und Auswertung

Rainer Faus, Lutz Ickstadt, Magnus Wagner  
(pollytix strategic research gmbh)  
Jenny Hestermann

## Lektorat

Gesine Bonnet

## Korrekturat

Rudolf Jan Gajdacz

## Titelbild

© qunica.com – stock.adobe.com

## Gestaltung

Nicole Meyerholz, Bielefeld

## Druck

Hans Gieselmann Druck und Medienhaus, Bielefeld

DOI: 10.11586/2025093

# Deutschland und Israel heute

Zwischen Stabilität und Spannung

---

# Inhalt

---

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>Einleitung</b>	<b>7</b>
Anlage der Studie	8
Methodensteckbrief	9
<b>Einstellungen zur Demokratie</b>	<b>11</b>
Demokratie als Staatsform	11
Zufriedenheit mit der gelebten Demokratie	12
<b>Deutsch-Israelische Beziehungen heute</b>	<b>15</b>
Wechselseitige Wahrnehmung	15
Wahrnehmung der deutsch-israelischen Beziehungen	17
<b>Erinnerung an den Holocaust, Gedenken und Verantwortung</b>	<b>21</b>
Bedeutung der NS-Vergangenheit für Politik und Beziehungen	21
Der Holocaust als Schulstoff	23
Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk und dem Staat Israel	24
Verantwortung für die Menschenrechte	27
<b>Einschätzungen des Konflikts im Nahen Osten</b>	<b>30</b>
Unterstützung durch die deutsche Bundesregierung	30
Politische Perspektiven	32
Mediale Wahrnehmungen	35
Legitimität von Kritik an Israel	36
<b>Judentum und Antisemitismus in Deutschland</b>	<b>39</b>
Wahrnehmung von Antisemitismus	39
Antisemitische Einstellungen	41
Antisemitismus als gesellschaftliches Problem und die Betroffenheit von Jüdinnen und Juden	44
Bewertung von politischen Maßnahmen	49
Einordnung der Ergebnisse	51
<b>Wahrnehmung der deutsch-israelischen Kooperation</b>	<b>53</b>
<b>Fazit</b>	<b>56</b>
<b>Tektonische Verschiebungen: Eine historische Tiefenbohrung zum deutschen Israelbild</b>	<b>58</b>
Ein Nachwort von Dan Diner	

---

# Vorwort

---

Stephan Vopel

Deutschland trägt aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung für das jüdische Volk und den Staat Israel. Die Bertelsmann Stiftung engagiert sich deswegen ebenso wie viele andere Akteur:innen seit Langem für die Stärkung der deutsch-israelischen Beziehungen. So ist in den vergangenen Jahrzehnten ein dichtes Netzwerk des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in den verschiedensten Bereichen – Bildung, Wissenschaft, Kultur, Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft – entstanden.

Doch das Umfeld, in dem diese Beziehungen heute bestehen, hat sich dramatisch verändert. Die Terroranschläge der Hamas am 7. Oktober 2023, der Krieg im Gazastreifen und die Wellen antisemitischer Gewalt und Rhetorik in Deutschland wie in vielen anderen Teilen der Welt stellen die deutsch-israelischen Beziehungen auf eine Bewährungsprobe. Die Erschütterungen reichen weit über Israel hinaus: Sie haben auch in Deutschland gesellschaftliche Spannungen und politische Polarisierungen offengelegt. Gestritten wird dabei um Solidarität und Menschenrechte, um moralische Verpflichtung und eine am Sicherheitsgedanken orientierte Realpolitik.

Diese veränderten Bedingungen prägen auch die hier vorliegende erweiterte Studie, mit der die Bertelsmann Stiftung ihre Reihe der Tiefenbohrungen zu den deutsch-israelischen Wahrnehmungen und Einstellungen nach 2007, 2013 und 2021 fortsetzt. Die Untersuchung baut auf der Kompaktauswertung vom Mai 2025 auf und bezieht nun alle erhobenen Items in eine ausführliche Auswertung ein. Dadurch entsteht ein umfassendes und differenziertes Bild

der Perspektiven von Deutschen und Israelis. Während die Befragungsergebnisse in Israel ein weiterhin hohes Vertrauen in Deutschland zeigen, nimmt in Deutschland das Verständnis für Israel ab – nicht zuletzt in Reaktion auf den Krieg, aber auch als Ausdruck einer breiteren gesellschaftlichen Entfremdung.

Gleichzeitig ist zu erkennen: Das Fundament der Beziehungen ist zwar stabil, doch es ist nicht mehr selbstverständlich. Erinnerungsarbeit allein reicht nicht mehr aus, um dieses Verhältnis zu tragen. Sie muss mit politischer Bildung, kritischer Reflexion und einem offenen, von Respekt getragenen Dialog über Gegenwart und Zukunft der bilateralen Beziehungen verbunden werden.

Unsere Untersuchung zeigt, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel heute stärker von Ambivalenzen geprägt sind als je zuvor, aber auch, dass sie über belastbare Strukturen verfügen, die sie tragen können. Es ist diese Spannung zwischen Nähe und Differenz, aus der die Chance erwächst, das Verhältnis neu zu denken und zu gestalten.

Wir danken den Autor:innen Jenny Hestermann, Lutz Ickstadt und Magnus Wagner für die Analyse und Bewertung der Ergebnisse, sowie pollytix strategic research in Deutschland und New Wave Research in Israel für die Durchführung der Erhebungen. Unser besonderer Dank gilt Prof. Dan Diner für sein Nachwort, in dem er die aktuellen diskursiven Verschiebungen im deutschen Israelbild ebenso klar wie sensibel analysiert und einordnet.

Möge diese Studie dazu beitragen, die gegenseitige Wahrnehmung in einer herausfordernden Zeit zu schärfen – und den Blick auf das zu lenken, was trotz aller Spannungen die meisten Menschen in beiden Ländern verbindet: das gemeinsame Streben nach Demokratie, Freiheit, Sicherheit und Verständigung.

---

# Einleitung

---

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind einzigartig. Geprägt von der Erinnerung an die Shoah und getragen von dem Anspruch, daraus praktische Konsequenzen für heute zu ziehen, gelten sie als „besonders“. Doch was bedeutet diese Besonderheit im Jahr 2025? Haben der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der nachfolgende Krieg Israels gegen die Hamas im Gazastreifen Spuren im bilateralen Verhältnis hinterlassen? Wie blicken Deutsche und Israelis heute aufeinander, welche Erwartungen und Bilder prägen das gegenseitige Verhältnis und welche Verantwortung resultiert daraus in einer Zeit wachsender geopolitischer Spannungen und gesellschaftlicher Polarisierung?

Unsere aktuelle Studie zur gegenseitigen Wahrnehmung von Israelis und Deutschen liefert dazu aufschlussreiche Erkenntnisse. Auf der Basis einer repräsentativen Doppelbefragung in beiden Ländern gibt sie Einblicke in das politische Selbstverständnis in beiden Gesellschaften, die Rolle der Geschichte für die Gegenwart, die Erwartungen an die deutsche Nahostpolitik sowie die Wahrnehmung von Antisemitismus und internationaler Verantwortung.

Mit dieser Studie setzt die Bertelsmann Stiftung ihre langjährige Reihe empirischer Analysen zur Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen fort. Die Untersuchung erscheint zu einem Zeitpunkt, an dem der durch den Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 ausgelöste Krieg und seine Folgen die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel weiterhin prägen. Auch über das unmittelbare Kriegsgeschehen hinaus haben sich die politischen Debatten, gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und öffentlichen Wahrnehmungen in beiden Ländern nachhaltig verändert.

Fragen nach Solidarität und Kritik, nach historischer Verantwortung, Sicherheit und Menschenrechten werden in Deutschland wie in Israel intensiver und kontroverser verhandelt als zuvor. Die deutsch-israelischen Beziehungen stehen damit nicht nur vor einer kurzfristigen Bewährungsprobe, sondern in einer Phase langfristiger Neujustierung. Das sollte umso mehr Anlass sein, genauer hinzuschauen, die gegenseitige Wahrnehmung zu schärfen und eine kritische Selbstbefragung vorzunehmen.

Insgesamt zeichnen unsere Ergebnisse ein ambivalentes Bild: Einerseits ist mit der breiten Zustimmung zur Demokratie in beiden Ländern eine verlässliche gemeinsame Grundlage gelegt. Auf der anderen Seite schwindet die Zufriedenheit mit deren konkreter Ausgestaltung – vor allem in Israel.

Und auch wenn die Erinnerung an den Holocaust für beide Länder ein bleibender gemeinsamer Bezugspunkt ist, driften die damit verbundenen Erwartungen auseinander: Das zeigt sich ebenso bei der Frage, ob Deutschland eine besondere Verantwortung für das jüdische Volk und den Staat Israel hat, wie bei der Ausgestaltung dieser Verantwortung. In Israel bestehen insgesamt deutlich konkretere, an das eigene Land gebundene Erwartungen, während in Deutschland vor allem die jüngere Generation aus dem Holocaust eine allgemeinere Verantwortung für die universellen Menschenrechte ableitet.

Bei der Einschätzung von Antisemitismus als einem gesellschaftlichen Problem in Deutschland gehen die Einschätzungen zwischen beiden Ländern auseinander. In Deutschland wird dieses Problem als kleiner angesehen, zudem besteht überwiegend die Auffassung, dass die deutsche Politik bereits genug für die

Sicherheit von Jüdinnen und Juden tut. In Israel sieht man das deutlich kritischer und liegt damit näher an der Realität einer Zunahme antisemitischer Straftaten in Deutschland.

Interessante Befunde ergibt eine tiefere gesellschaftliche Analyse in beiden Ländern. In Israel spielen erwartungsgemäß vor allem Unterschiede zwischen jüdischen und arabischen Befragten eine Rolle, da es für letztere keine familiär-biografischen Verbindungen zum Holocaust gibt. In Deutschland hingegen sind nicht, wie man erwarten könnte, Ost-West-Unterschiede relevant, sondern eher Alter, politische Einstellung und Geschlecht. So gehen Männer weitaus häufiger davon aus, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher leben und dass die Politik genug für ihre Sicherheit tut. Sie nehmen weniger Diskriminierung wahr und sind zugleich stärker klassisch antisemitisch eingestellt. Besonders alarmierend ist der Anstieg antisemitischer Haltungen unter jungen Menschen. Unter AfD-Wähler:innen sind antisemitische Einstellungen am weitesten verbreitet, unter Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen am wenigsten.

Diese empirischen Erkenntnisse sowie Trends, die seit der letzten Befragung belegbar sind, sind Stoff für Debatten. Zugleich können sie in emotional aufgeladenen Zeiten zur Differenzierung und damit zur Versachlichung beitragen. Im besten Fall helfen sie uns, in Hinblick auf die deutsch-israelischen Beziehungen das bislang Erreichte zu reflektieren und die Frage zu beantworten, wie wir, Deutsche und Israelis, unsere Beziehung in Zukunft verantwortungsvoll gestalten können und wollen.

## Anlage der Studie

In dieser Studie untersuchen wir Einstellungsunterschiede entlang soziodemografischer Faktoren und politischer Einstellungen. Dabei haben wir Besonderheiten der jeweiligen Gesellschaft berücksichtigt: Für die deutsche Stichprobe erfolgte eine Differenzierung nach Alter, Geschlecht, formalem Bildungsstand sowie nach Wohnort in Ost- oder Westdeutschland.

Zudem haben wir zwischen Wählergruppen der im Bundestag vertretenen Parteien CDU/CSU, AfD, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke unterschieden.

In der israelischen Stichprobe ist neben der Unterscheidung nach Alter und Geschlecht die Zugehörigkeit zur jüdischen oder arabischen Bevölkerungsgruppe relevant. Innerhalb der jüdischen Bevölkerung haben wir zusätzlich nach den Formen der Religiosität unterschieden. Dafür haben wir die Selbsteinschätzung der jüdischen Befragten zu den religiösen Einstellungen säkular, traditionell, religiös und ultraorthodox zugrunde gelegt. Die israelische Gesellschaft ist in erheblichem Maße entlang dieser religiösen Sektoren strukturiert, auch wenn die Grenzen nicht immer eindeutig trennscharf verlaufen. Daher geben wir im Folgenden einen kurzen Überblick über die wichtigsten Gruppen, auf die wir uns in der vorliegenden Untersuchung wiederholt beziehen.<sup>1</sup>

**Säkulare (Hilonim)** – Anteil etwa 45 Prozent; leben überwiegend ohne religiöse Praxis, jüdische Gesetze gelten nicht als bindend; sehen sich als Teil einer modernen, westlich geprägten Gesellschaft; politisch häufig in der Mitte oder im liberalen Parteienspektrum verortet; vorwiegend ashkenasischer Herkunft.

**Traditionelle (Masortim)** – Anteil etwa 33 Prozent; befolgen religiöse Praktiken selektiv, etwa die Einhaltung von Feiertagen, weniger strikt bei Alltagsregeln; Brückenposition zwischen säkularen und religiösen Gruppen; politisch oft eher rechts oder mitte-rechts orientiert; häufig sephardisch/mizrachisch geprägt.

**Religiöse (Datim)** – Anteil etwa zwölf Prozent; betrachten die jüdischen Gesetze als verbindlich, kombinieren aber religiöse Praxis mit Engagement in säkularen Bereichen (z. B. Bildung, Arbeitsmarkt); starke Verknüpfung von Judentum und Zionismus; nationalreligiöse Strömung prägt besonders die Siedlungsbewegung; politisch stark vertreten in nationalreligiösen Parteien (z. B. HaTzionut HaDatit).

<sup>1</sup> Die Prozentangaben beziehen sich auf die jüdische Bevölkerung Israels (Stand 2022).

**Ultraorthodoxe (Charedim)** – Anteil etwa zehn Prozent; strikte Befolgung der Halacha (jüdische Gesetze), eigene Schulsysteme und Institutionen; Abgrenzung von säkularen Einflüssen und weitgehende Ablehnung der zionistischen Staatsidee, auch wenn politische Parteien stark von staatlicher Finanzierung profitieren; politisch organisiert vor allem in Schas (sephardisch) und Vereinigtem Thora-Judentum (ashkenasisch).

Bei der Parteipräferenz haben wir in Israel ausschließlich zwischen den Wählergruppen der vier größten Parteien in der Knesset differenziert, da nur hier ausreichende Fallzahlen vorlagen.<sup>2</sup> Einbezogen in die Untersuchung sind daher Präferenzen für die Regierungsparteien Likud und HaTzionut HaDatit (einschließlich Otzma Jehudit) sowie die Oppositionsparteien Yesh Atid und HaMachane HaMamlachti. Im Folgenden geben wir einen kurzen Überblick über diese vier wichtigsten Parteien.

**Likud** – konservativ-nationale Partei, seit Jahrzehnten eine der dominierenden politischen Kräfte Israels, stellt derzeit die Regierung. Schwerpunkte sind Sicherheitspolitik, wirtschaftlicher Liberalismus und traditionell-nationale Werte.

**HaTzionut HaDatit (,Religiöser Zionismus‘)** – Bündnis religiös-nationalistischer Parteien, stark verbunden mit der Siedlungsbewegung im Westjordanland. Legt Wert auf nationale Identität, Religion und Sicherheit.

**Yesh Atid (,Es gibt eine Zukunft‘)** – zentristisch-liberale Partei, gegründet von Yair Lapid. Fokus auf Modernisierung, bürgerliche Rechte, soziale Gerechtigkeit und eine pragmatische Außenpolitik.

**HaMachane HaMamlachti (,Staatliches Lager‘)** – Mitte-rechts-Bündnis um Benny Gantz und Gideon Sa’ar. Betont sicherheitsorientierte Politik, institutionelle Stabilität und pragmatische Regierungsführung.

Auch die Migrationsgeschichte jüdischer Familien macht in Israel einen Unterschied: Noch immer beeinflusst eine europäische (Ashkenazim) oder arabische (Sephardim<sup>3</sup>) Herkunft gesellschaftliche Positionen und die politische Repräsentation in verschiedenen Parteien. Aufgrund einer uneindeutigen Abgrenzbarkeit zwischen beiden Gruppen und inhaltlicher Priorisierungen wurde auf diese Differenzierung in der Darstellung allerdings verzichtet.

## Methodensteckbrief

Die Daten für die vorliegende Studie hat das Institut pollytix strategic research gmbh im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erhoben. In Israel hat diese Aufgabe das israelische Partnerinstitut New Wave übernommen. Während die Datenerhebung in Deutschland vollständig online erfolgte (CAWI: Computer-Assisted Web Interview), kam in Israel ein hybrides Modell aus Online- und Telefoninterviews zur Anwendung (CAWI und CATI: Computer-Assisted Web Interview).

In Deutschland wurden insgesamt 1.346, in Israel 1.367 Menschen befragt. Einbezogen waren in Deutschland Wahlberechtigte ab 18 Jahren, in Israel bildete die Wohnbevölkerung ab 18 Jahren die Ausgangsbasis. Die Erhebung fand zwischen dem 24. Februar und dem 25. März 2025 statt.

<sup>2</sup> Die Auswahl der Parteien erfolgte auf Grundlage einer Fallzahlgröße von  $n \geq 99$ , die robuste Ergebnisse verspricht. Nicht abgebildet in dieser Auswahl sind folglich auch Parteien, die in anderen Lagern der israelischen Politik zu verorten sind. Dazu zählen die ultraorthodoxen Parteien Schas und Vereinigtes Thora-Judentum, die arabische Partei Ra’am sowie Parteien des linken Spektrums wie HaDemokratim und Chadash-Ta’al.

<sup>3</sup> Ursprünglich stammen sephardische Jüdinnen und Juden von der iberischen Halbinsel, nach ihrer Vertreibung Ende des 15. Jahrhunderts ließen sie sich vor allem im Osmanischen Reich und in Nordafrika nieder. Daher gibt es Überschneidung zu der Bezeichnung Mizrachim, womit vor allem Jüdinnen und Juden aus der arabischen Welt in Afrika, Asien und dem Nahen Osten gemeint sind.

Zur Sicherstellung der Repräsentativität wurden die Daten entsprechend der amtlichen Statistik gewichtet. Die maximale statistische Fehlertoleranz beträgt bei der deutschen Stichprobe  $\pm 2,7$  Prozentpunkte, bei der israelischen Stichprobe  $\pm 2,6$  Prozentpunkte, jeweils bei einem 95-Prozent-Konfidenzintervall.

Einige Fragen aus den früheren Erhebungen haben wir in der aktuellen Untersuchung übernommen, um Entwicklungen nachvollziehbar zu machen; andere haben wir ergänzt, um aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen des bilateralen Verhältnisses gerecht zu werden.

# Einstellungen zur Demokratie

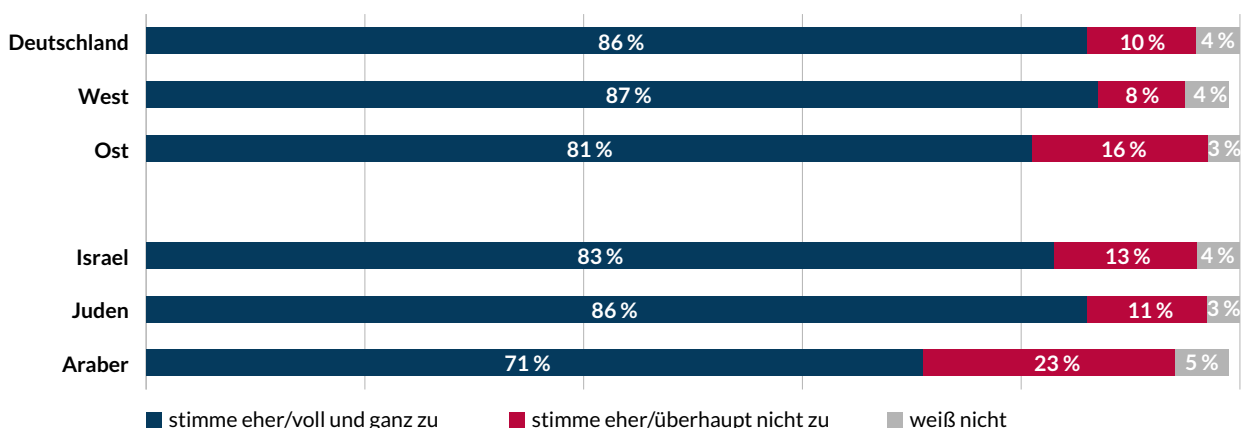
Seit etwa einem Jahrzehnt geraten Demokratien weltweit zunehmend unter Druck – sowohl durch äußere autoritäre Einflüsse als auch durch innere politische Dynamiken. Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien gewinnen in vielen europäischen Ländern an Zulauf; im Zuge dessen kam es in mehreren Staaten – darunter auch Israel – zu harten Auseinandersetzungen um die Unabhängigkeit der Justiz. Die Coronapandemie hat tief in den Alltag der Menschen eingegriffen und zu einem wachsenden Misstrauen gegenüber staatlichem Handeln geführt. Zugleich hat sich die öffentliche Debatte verstärkt in den digitalen Raum, insbesondere in die Sozialen Medien verlagert, in deren Echoräumen gemeinsame Wirklichkeitsvorstellungen erodiert sind. Angesichts dieser Entwicklungen, die sich krisenhaft überlagern, wollten wir wissen, wie die Bürger:innen

in Deutschland und Israel die Demokratie als Staatsform bewerten und wie zufrieden sie mit ihr sind.

## Demokratie als Staatsform

Zunächst haben wir nach den prinzipiellen Einstellungen zur Demokratie als Staatsform gefragt. Hier sind die Zustimmungswerte in beiden Ländern sehr hoch (Abb. 1): In Deutschland stimmen in der aktuellen Befragung 86 Prozent der Aussage zu, dass die Demokratie die beste Staatsform sei, in Israel liegt die Zustimmung ähnlich hoch (83 Prozent). In beiden Ländern ist allerdings ein leichter Rückgang seit 2021 zu verzeichnen: in Deutschland um zwei Prozentpunkte und in Israel sogar um sechs Prozentpunkte.

Abbildung 1 | Ist Demokratie die beste Staatsform?



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Zustimmung zur Aussage: „Die Demokratie ist die beste Staatsform.“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

Die Zustimmung zur Demokratie variiert zwischen einzelnen demographischen Gruppen und verweist auf unterschiedliche Erfahrungshorizonte: In Deutschland ist der Zuspruch besonders hoch in der älteren Generation über 60 Jahre (90 Prozent Zustimmung) sowie unter Befragten mit formal hoher Schulbildung (93 Prozent Zustimmung).

Zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen nur leichte Unterschiede (81 beziehungsweise 87 Prozent). Das ist bemerkenswert, da die politische Sozialisation seit 1949 in beiden Ländern grundverschieden war – mit staatssozialistischer Prägung in der DDR einerseits und einer demokratischen Kultur in der Bundesrepublik andererseits.

Die etwas geringere Zustimmung in den neuen Bundesländern steht im Zusammenhang mit dem stärkeren Zuspruch für die AfD in diesen Regionen: Während unter den Wähler:innen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke jeweils mehr als 85 Prozent in der Demokratie die beste Staatsform sehen, liegt die Zustimmung unter AfD-Wähler:innen mit 75 Prozent teils deutlich darunter. Allerdings lassen diese Unterschiede eher auf graduelle Differenzen in der Bewertung von Demokratie als Staatsform, nicht auf einen grundlegenden Bruch im Demokratieverständnis schließen.

In Israel treten besonders deutlich Unterschiede in den Einstellungen zwischen jüdischen und arabischen Israelis hervor. Unter jüdischen Israelis ist die Zustimmung zur Demokratie als bester Staatsform mit 86 Prozent deutlich größer als unter arabischen Israelis (71 Prozent). Seit unserer letzten Umfrage aus dem Jahr 2021 sind allerdings beide Werte gesunken und sie haben sich weiter auseinanderbewegt. Damals haben noch 84 Prozent der Araber:innen und 91 Prozent der Jüdinnen und Juden die Demokratie als beste Staatsform angesehen. Die um 13 Prozentpunkte gesunkene Zustimmung der arabischen Israelis hat vermutlich auch etwas mit veränderten politischen Machtverhältnissen zu tun: Während 2021 noch die arabische Partei Ra'am in einem Acht-Parteien-Bündnis an der Regierung beteiligt war, wirken in der aktuellen Regierungs-

koalition seit Ende 2022 auch offen antiarabische Parteien mit. Das würde dafür sprechen, dass die Wahrnehmung gegenwärtiger politischer Zustände auch die grundsätzlicheren Einstellungen zur Demokratie beeinflusst.

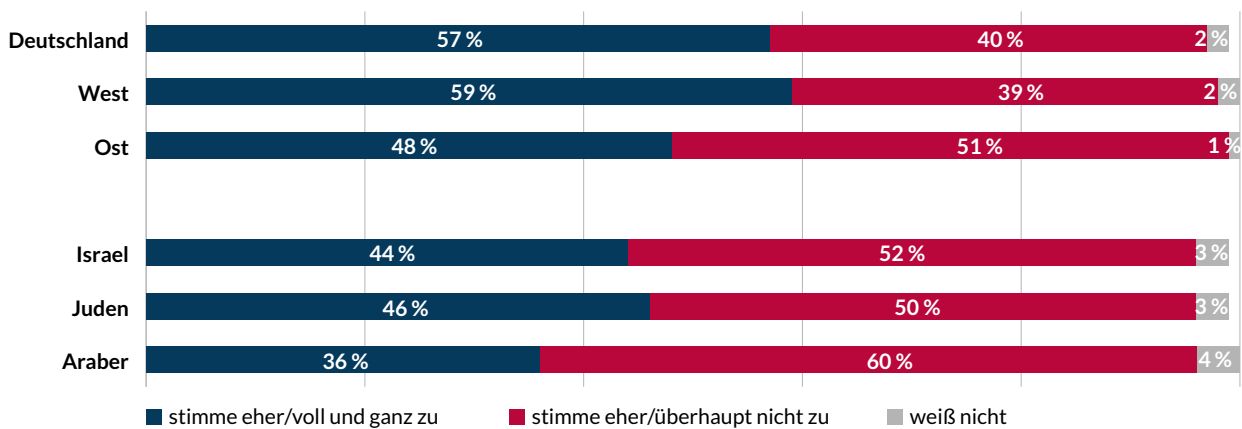
Im Vergleich zu weniger religiös eingestellten Jüdinnen und Juden fällt die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform in ultraorthodoxen Kreisen zwar am niedrigsten aus; gleichwohl ist hier die Zustimmung mit 67 Prozent bemerkenswert hoch, da von den Ultraorthodoxen die Idee eines von Menschen errichteten Staates – im Gegensatz zu dem von Gott verheißenen – traditionell zurückgewiesen wird. Zudem lehnt diese religiöse Gruppe eine Einbeziehung in die allgemeine Wehrpflicht strikt ab und wendet sich damit gegen eine Pflicht, die ansonsten für alle Staatsbürger:innen gilt.

Bei den Parteipräferenzen fällt auf, dass insbesondere unter Wähler:innen von Likud, Yesh Atid und HaMachane HaMamlachti, also den Parteien, die dem Zentrum zuzuordnen sind, die Zustimmung zur Demokratie als bester Staatsform besonders hoch ist (92 bis 95 Prozent), knapp dahinter liegen Wähler:innen der nationalreligiösen Partei HaTzionut HaDatit mit 88 Prozent. Auch hier spiegeln die Antworten offenbar eine Bewertung der politischen Zustände – was sich vor allem in niedrigen Werten bei arabischen und linken Wählergruppen niederschlägt.

## Zufriedenheit mit der gelebten Demokratie

Gegenüber der grundsätzlichen Zustimmung zur Demokratie als Staatsform fällt die Zufriedenheit mit ihrer konkreten Umsetzung in beiden Ländern deutlich geringer aus (Abb. 2, Seite 13). In Deutschland äußern sich 57 Prozent zufrieden mit der bestehenden Demokratie. Verglichen mit 2021 (66 Prozent) ist dies ein deutlicher Rückgang. In Israel fällt die Zufriedenheit noch geringer aus. Hier äußern sich 44 Prozent der Befragten zufrieden, was ebenfalls einen starken Rückgang gegenüber 2021 (52 Prozent) bedeutet.

Abbildung 2 | Zufriedenheit mit der Demokratie



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Zustimmung zur Aussage: „Alles in allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in Deutschland/Israel besteht, zufrieden.“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

In Deutschland zeigt sich bei den Parteipräferenzen ein ähnliches Bild wie bei der grundsätzlichen Zustimmung zur Demokratie als bester Staatsform: Wähler:innen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen sind durchweg sehr zufrieden mit der bestehenden Demokratie (71 bis 84 Prozent), Wähler:innen der Partei Die Linke mit 56 Prozent deutlich weniger. Am unzufriedensten sind Wähler:innen der AfD (20 Prozent) – was dem Selbstverständnis der Partei entspricht, das politische System grundsätzlich infrage zu stellen.

Auch in Israel zeigt sich zum Teil ein ähnliches Antwortmuster wie bei der Frage nach der Demokratie als Staatsform. Besonders unzufrieden mit der bestehenden Demokratie sind die arabischen Israelis (60 Prozent), während unter den jüdischen Israelis immerhin knapp die Hälfte (46 Prozent) zufrieden ist. Bei einer Unterteilung nach Religiosität verändert sich das Bild: Gruppen, die der Demokratie als Staatsform grundsätzlich stark zustimmen, sind mit ihrer praktischen Umsetzung im Land häufig unzufrieden – und andersherum. So geben lediglich 37 Prozent der säkularen und 47 Prozent der traditionellen Jüdinnen und Juden an, mit der bestehenden Demokratie zufrieden zu sein. Religiöse Jüdinnen und Juden wiederum zeigen trotz niedrigerer

Zustimmungswerte zur Demokratie als beste Staatsform eine mehrheitlich positive Einschätzung der aktuellen demokratischen Praxis (58 Prozent). Eine Ausnahme bilden die ultraorthodoxen Jüdinnen und Juden, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der grundsätzlichen Zustimmung zur Demokratie und der Zufriedenheit mit ihrer Umsetzung (61 Prozent) besteht. Auch hier – wie bei den religiösen Jüdinnen und Juden insgesamt – dürfte die Zusammensetzung der aktuellen Regierungskoalition eine Rolle spielen, die in dieser Form historisch neu ist. Mit der Schas-Partei und dem Vereinigten Thora-Judentum (VTJ) sind die ultraorthodoxen Parteien stark vertreten und auch durch HaTzionut HaDatit wird die jüdisch-religiöse Identität des Staates Israels stärker betont. Dieser Aspekt war stets Teil gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zwischen säkularen und religiösen Jüdinnen und Juden – etwa im Streit um Zivilehe, den öffentlichen Verkehr am Schabbat oder die Haltung zum Siedlungsbau im Westjordanland.

Klare Unterschiede zeigen sich auch je nach Parteipräferenz: Lediglich unter den Anhänger:innen der Regierungspartei Likud äußert sich eine Mehrheit zufrieden mit der derzeitigen Demokratie. Bei Wähler:innen anderer Parteien liegt die Zufrieden-

heit niedriger (40 bis 42 Prozent). Gründe könnten vor allem die umstrittene Justizreform, die Kriegsführung im Gazastreifen sowie der Einfluss der rechtsextremen Regierungspartei HaTzionut HaDatit unter Bezalet Smotrich sein.

Die Ergebnisse lassen – in beiden Ländern – eine breite Zustimmung zur Demokratie als Staatsform erkennen. Sichtbar wird aber auch: Die Zufriedenheit mit ihrer Ausgestaltung ist gering. Das gilt vor allem für Israel. Die innergesellschaftlichen Unterschiede verlaufen dort vor allem zwischen jüdischen und arabischen sowie religiösen und säkularen Gruppen, in Deutschland stärker entlang von Alter, Bildung und Parteipräferenz. Insgesamt deuten die Befunde darauf hin, dass das Funktionieren der Demokratie in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zunehmend unterschiedlich wahrgenommen wird.

# Deutsch-Israelische Beziehungen heute

Bei offiziellen Anlässen betonen Redner:innen häufig die besondere Freundschaft zwischen Deutschland und Israel – getragen von gemeinsamen Werten, historischer Verantwortung und enger Partnerschaft. Doch wie blicken die Menschen in beiden Ländern selbst auf die Beziehung und wie nehmen sie das jeweils andere Land wahr?

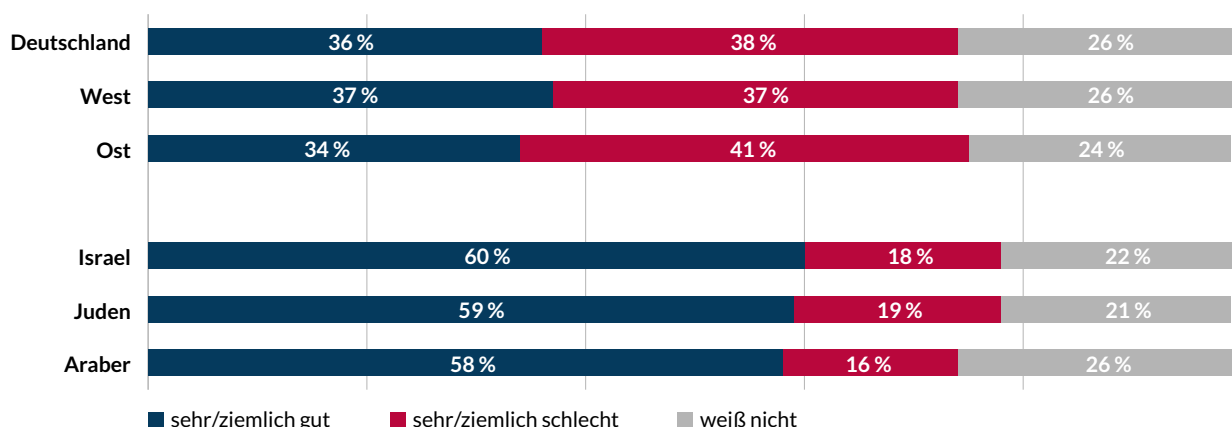
## Wechselseitige Wahrnehmung

Unsere Befragung zeigt, dass Israelis mehrheitlich positiv gegenüber Deutschland eingestellt sind (Abb. 3): 60 Prozent der Befragten haben eine „ziemlich gute“ oder „sehr gute“ Meinung von Deutschland. Umgekehrt fällt das Urteil deutlich schlechter

aus: Nur 36 Prozent der Deutschen haben eine positive Meinung von Israel. Im Vergleich zu 2021 wird deutlich, dass die Einstellung in beiden Ländern etwas negativer geworden ist: In Israel ist der Anteil der Befragten mit positiver Meinung von Deutschland um drei Prozentpunkte gesunken, in Deutschland – mit Blick auf Israel – sogar um zehn Prozentpunkte. Die Unterschiede dürften auch vor dem Hintergrund der öffentlichen Auseinandersetzung um den Gazakrieg seit Oktober 2023 zu sehen sein.

Für beide – das eher positive Deutschlandbild in Israel und das kritischere Israelbild in Deutschland – lassen sich deutliche Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere nach Alter und Parteipräferenz, feststellen.

Abbildung 3 | Gegenseitige Wahrnehmung des heutigen Israels und Deutschlands



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage, gestellt jeweils in Bezug auf das andere Land: „Was denken Sie ganz allgemein über das heutige Israel/Deutschland? Haben Sie eine sehr gute, eine ziemlich gute, eine ziemlich schlechte oder eine sehr schlechte Meinung über Israel/Deutschland?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

In Deutschland haben in der Altersgruppe ab 60 Jahren 42 Prozent eine ziemlich gute oder sehr gute Meinung von Israel, während dieser Anteil bei den unter 40-Jährigen lediglich 31 Prozent beträgt. Auch nach Parteipräferenzen unterscheiden sich die Einschätzungen: Wähler:innen der CDU/CSU äußern sich am häufigsten positiv über Israel (46 Prozent), gefolgt von Wähler:innen der SPD (45 Prozent) und von Bündnis 90/Die Grünen (41 Prozent). Unter den Wähler:innen von Die Linke und AfD hat hingegen jeweils knapp die Hälfte eine eher oder ziemlich schlechte Meinung von Israel. Insgesamt bleibt die gesellschaftliche Mitte in Deutschland mehrheitlich positiv gegenüber Israel eingestellt, während die seit der Bundestagswahl 2025 erstarkten politischen Ränder deutlich kritischere Haltungen einnehmen.

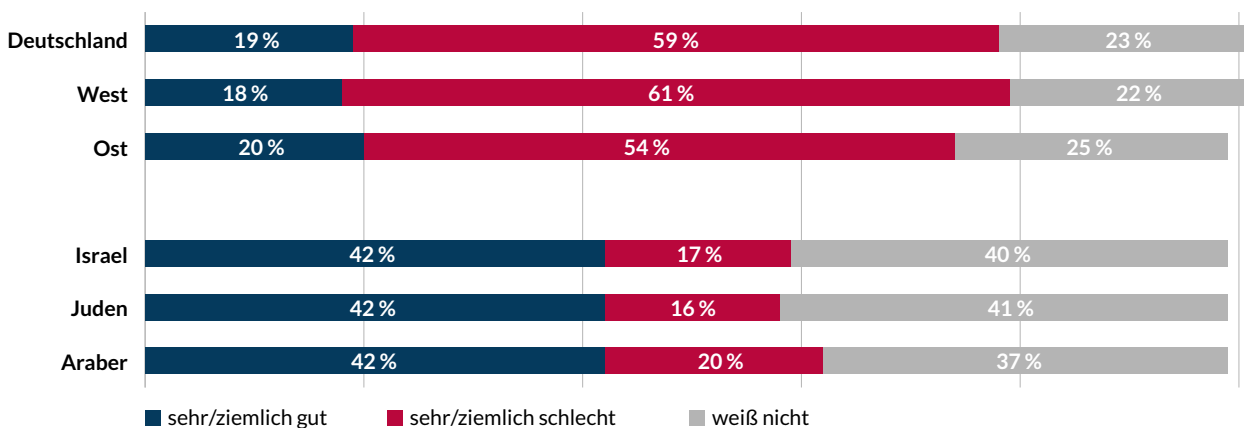
In Israel zeigen sich insbesondere Unterschiede nach Geschlecht und erneut nach religiöser Zugehörigkeit. 65 Prozent der Männer haben eine ziemlich gute oder sehr gute Meinung von Deutschland, während dieser Wert unter den Frauen nur bei 55 Prozent liegt. Säkulare Jüdinnen und Juden äußern sich mit 66 Prozent am häufigsten positiv über Deutschland, gefolgt von religiösen (62 Prozent), traditionellen (58 Prozent) und ultraorthodoxen Befragten (45

Prozent). Mögliche Erklärungen reichen von beruflichen und akademischen Verbindungen nach Europa bis hin zu einer stärker interkulturell geprägten Sozialisation unter den säkularen Jüdinnen und Juden.

Ein ähnliches Meinungsbild zeigt sich mit Blick auf die jeweilige Regierung, wobei die festgestellten Unterschiede zwischen deutscher und israelischer Wahrnehmung hier noch ausgeprägter sind (Abb. 4): Eine Mehrheit der deutschen Befragten (59 Prozent) hat eine negative Meinung von der aktuellen israelischen Regierung (2021: 43 Prozent). Im Gegensatz dazu sind in Israel deutlich mehr Menschen positiv (42 Prozent) als negativ (17 Prozent) gegenüber der aktuellen deutschen Regierung eingestellt. Dennoch wird im Zeitvergleich deutlich, dass die Skepsis gegenüber der deutschen Regierung deutlich gestiegen ist, denn 2021 hatten noch 55 Prozent der Israelis ein positives Bild. 40 Prozent geben heute an, nicht zu wissen, was sie über die deutsche Regierung denken.

Während sich in Deutschland keine nennenswerten Unterschiede nach Geschlecht und Parteipräferenzen zeigen, erweisen sich die gesellschaftlichen Differenzen in Israel als ausgeprägter: Arabische Israelis haben häufiger eine ziemlich schlechte oder sehr

Abbildung 4 | Gegenseitige Wahrnehmung der deutschen und israelischen Regierung



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage, gestellt jeweils in Bezug auf das andere Land: „Was denken Sie ganz allgemein über die aktuelle Regierung im heutigen Israel/Deutschland? Haben Sie eine sehr gute, eine ziemlich gute, eine ziemlich schlechte oder eine sehr schlechte Meinung über die aktuelle Regierung in Israel/Deutschland?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

schlechte Meinung von der deutschen Regierung (insgesamt 20 Prozent) als jüdische Israelis (16 Prozent). Noch deutlicher zeigen sich die Unterschiede nach religiöser Zugehörigkeit: Unter säkularen Jüdinnen und Juden äußern sich lediglich zwölf Prozent negativ, während unter ultraorthodoxen Befragten jede dritte Person eine ziemlich schlechte oder sehr schlechte Meinung von der deutschen Regierung hat.

## Wahrnehmung der deutsch-israelischen Beziehungen

Trotz dieser Skepsis gegenüber der jeweils anderen Regierung wird das allgemeinere deutsch-israelische Verhältnis in beiden Ländern überwiegend positiv bewertet (Abb. 5). Erhoben haben wir das in dieser Befragung zum ersten Mal. So bewerteten 51 Prozent der deutschen und 77 Prozent der israelischen Befragten das Verhältnis zwischen beiden Ländern als ziemlich gut oder sehr gut.

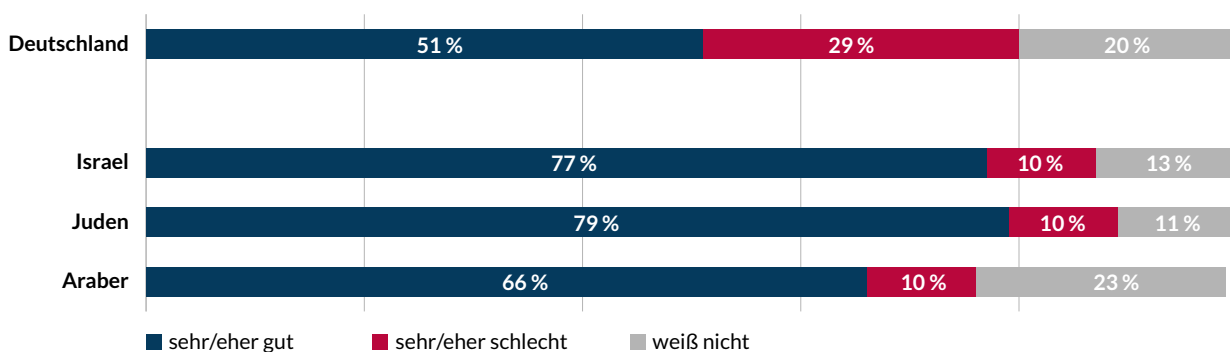
In Deutschland zeigen sich Unterschiede vor allem nach Geschlecht und Alter: Männer (59 Prozent) sehen das deutsch-israelische Verhältnis häufiger positiv als Frauen (43 Prozent), ebenso haben Befragte über 60 Jahre (62 Prozent) eine deutlich bessere Meinung davon als jüngere Befragte unter 40 Jahren (40 Prozent). Zudem bewerteten Wäh-

ler:innen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen das deutsch-israelische Verhältnis mehrheitlich positiv (63 bis 66 Prozent). Wähler:innen der Partei Die Linke (42 Prozent) und insbesondere der AfD (34 Prozent) sehen das Verhältnis negativer. Die Bevölkerungsgruppen, die insgesamt ein schlechteres Bild von Israel haben, bewerten in der Regel auch das deutsch-israelische Verhältnis kritischer.

In Israel zeigen sich die bereits bekannten Unterschiede: Jüdische Befragte bewerten das deutsch-israelische Verhältnis deutlich positiver (79 Prozent) als arabische Befragte (mit vergleichsweise hohen 66 Prozent). Unter den jüdischen Befragten stechen mit einer besonders positiven Bewertung Säkulare (83 Prozent) und Religiöse (81 Prozent) hervor. Unter den Wähler:innen der Regierungskoalition sowie der Zentrumspartei von Benny Gantz in der Opposition zeigt sich durchweg ein sehr positives Bild, mit Zustimmungswerten von 80 Prozent (HaTzionut HaDatit) bis 92 Prozent (HaMachane HaMamlachti).

Das deutet darauf hin, dass die Einschätzung des deutsch-israelischen Verhältnisses weniger entlang religiöser Linien verläuft, sondern stärker parteipolitisch geprägt ist.

Abbildung 5 | Deutsch-israelisches Verhältnis



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Wie würden Sie das deutsch-israelische Verhältnis aktuell bewerten?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Wir haben auch gefragt, welchen Stellenwert die deutsch-israelischen Beziehungen haben sollten. Hier wird eine deutliche Diskrepanz sichtbar: Während lediglich 29 Prozent der Deutschen diesen Beziehungen einen besonderen Stellenwert zusprechen, sind es in Israel drei Viertel (75 Prozent) der Befragten (Abb. 6).

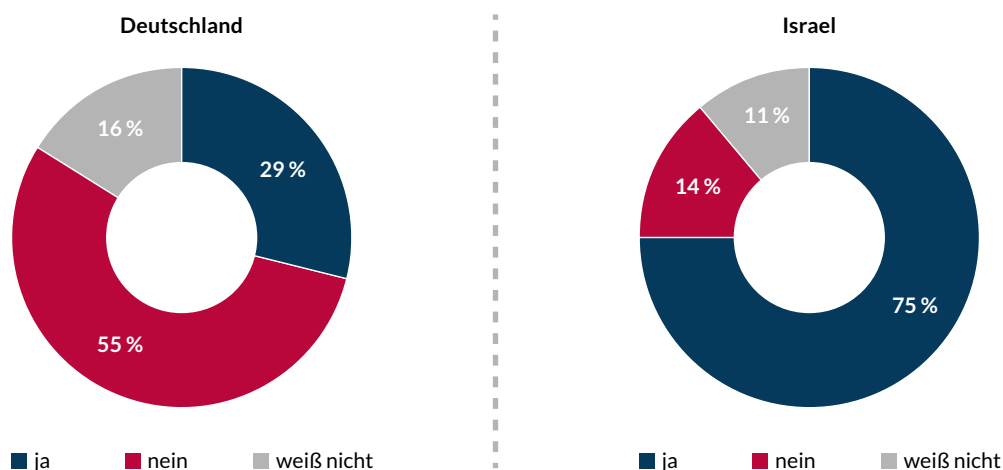
In Deutschland machen erneut Geschlecht und Alter einen Unterschied: Männer sind mit 33 Prozent häufiger der Meinung, dass die deutsch-israelischen Beziehungen einen besonderen Stellenwert haben sollten als Frauen (24 Prozent), ebenso Befragte über 60 Jahre (34 Prozent) als Jüngere (22 Prozent). Eine Betrachtung nach Parteipräferenz zeigt, dass sich lediglich die Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen häufiger für (48 Prozent) als gegen (37 Prozent) einen besonderen Stellenwert der deutsch-israelischen Beziehungen aussprechen. Die SPD-Wähler:innen sind gespalten zwischen Zustimmung (43 Prozent) und Ablehnung (46 Prozent). Mehrheitlich ablehnend stehen einem besonderen Stellenwert der deutsch-israelischen Beziehungen die Anhänger:innen der Partei Die Linke (51 Prozent) und der AfD (69 Prozent) gegenüber. Unter den

Anhänger:innen der CDU/CSU verhält sich ebenfalls eine Mehrheit (55 Prozent) ablehnend – ein Ergebnis, das mit dem klassischen Profil dieser Partei eher nicht zusammengeht.

Auch in Israel sprechen sich Männer (79 Prozent) etwas häufiger als Frauen (72 Prozent) für eine besondere Bedeutung der Beziehungen Deutschlands zu Israel aus. Besonders groß ist der Unterschied zwischen jüdischen und arabischen Israelis: Während unter ersteren 83 Prozent den besonderen Stellenwert dieser Beziehungen unterstreichen, sind es unter letzteren lediglich 43 Prozent. Mit Blick auf die jüdische Religiosität zeigt sich, dass insbesondere nicht-säkulare Jüdinnen und Juden (85 bis 91 Prozent) befürworten, dass Israel eine besondere Bedeutung in den Außenbeziehungen Deutschlands haben sollte.

In Verbindung mit den Befunden zu den vorausgehenden Fragen lässt sich also festhalten: Säkulare Jüdinnen und Juden haben mehrheitlich ein positives Bild von Deutschland und den deutsch-israelischen Beziehungen und sprechen sich weniger dafür aus, dass diese einen besonderen Stellenwert haben soll-

Abbildung 6 | Stellenwert der deutsch-israelischen Beziehungen



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Sollten die Beziehungen zu Israel im Vergleich zu anderen Staaten einen besonderen Stellenwert für Deutschland haben?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

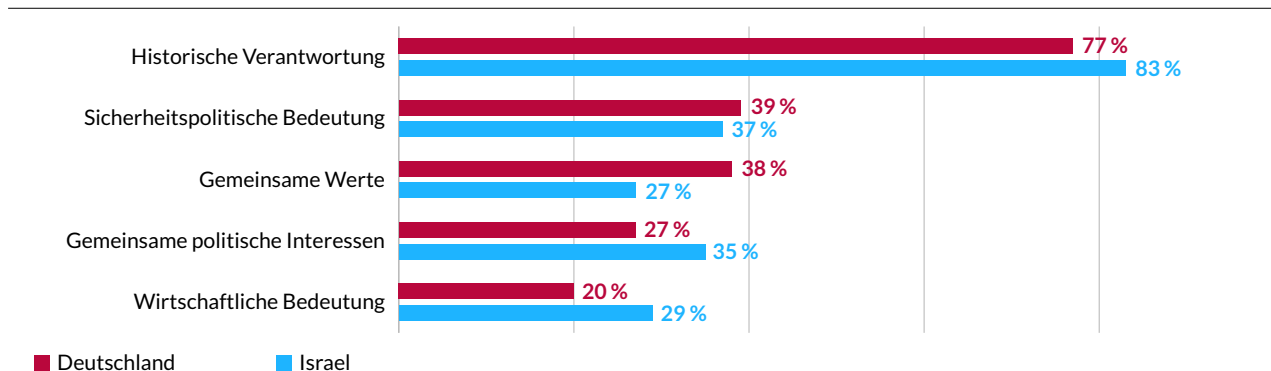
ten. Es sind vor allem die Bevölkerungsgruppen der Religiösen und der Traditionellen, die einen besonderen Stellenwert Israels für die deutsche Außenpolitik einfordern. Mit Bezug auf die Wahlpräferenzen zeigt sich für Israel auch hier ein sehr einheitliches Bild, mit Zustimmungswerten von 81 Prozent (Yesh Atid) bis 89 Prozent (Likud).

Trotz unterschiedlicher Erwartungen und Bewertungen in beiden Ländern beruht die Begründung für den besonderen Stellenwert der deutsch-israelischen Beziehungen auf einem gemeinsamen Verständnis (Abb. 7): In beiden Ländern wird hierfür am häufigsten auf die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als jüdischem Staat verwiesen. Unter den Befragten, die einen besonderen Stellenwert der Beziehungen befürworten, führen 77 Prozent (Deutschland) und 83 Prozent (Israel) diesen auf die deutsche Vergangenheit und damit die Verantwortung aus dem Holocaust zurück. An zweiter Stelle folgen in beiden Ländern sicherheitspolitische Aspekte (39 Prozent Deutschland, 37 Prozent Israel). Beides hängt offenbar miteinander zusammen: Die Erinnerung an den Holocaust meint mehr als eine (selbst-)kritische Reflexion der Vergangenheit. Ihr ist auch ein handlungsleitendes Moment

eigen, sofern diese Erinnerung mit einer spezifisch deutschen Verantwortung für Israels Sicherheit verbunden wird. Bei weiteren möglichen Gründen für den besonderen Stellenwert der deutsch-israelischen Beziehungen gehen die Meinungen weiter auseinander: In Deutschland verweisen 38 Prozent auf gemeinsame Werte, während in Israel gemeinsame politische Interessen (35 Prozent) und die wirtschaftliche Bedeutung der Beziehungen (29 Prozent) stärker hervorgehoben werden.

Parteilpolitische Unterschiede zeigen sich bei den Gründen kaum: In Deutschland wird in allen Wählergruppen an erster Stelle auf die historische Verantwortung gegenüber Israel verwiesen. Die Spannweite reicht von 61 Prozent (AfD) bis zu 91 Prozent (Bündnis 90/Die Grünen). Damit sind es erneut die Wähler:innen der Grünen, die stärker als die – traditionell als proisraelische Partei geltenden – CDU/CSU den Stellenwert guter Beziehungen zu Israel hochhalten und dies mit der deutschen Erinnerungskultur verbinden. Auch in Israel herrscht bei diesem Punkt weitgehende Einigkeit: Je nach Parteipräferenz stimmen zwischen 86 Prozent (HaTzionut HaDatit) und 91 Prozent (HaMachane HaMamlachi) zu.

Abbildung 7 | Gründe für besonderen Stellenwert der deutsch-israelischen Beziehungen



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Aus welchen Gründen sollte es diesen besonderen Stellenwert geben?“ Ausgenommene Antwortkategorien: „nichts davon“ und „weiß nicht“. Mehrfachantwort möglich, daher summieren sich Prozentwerte nicht auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel), die angeben, dass die Beziehungen zu Israel im Vergleich zu anderen Staaten einen besonderen Stellenwert für Deutschland haben sollten (Deutschland n = 365, Israel n = 943); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

Im Ergebnis bleibt in beiden Ländern die historische Verantwortung ein zentraler Bezugspunkt, in Deutschland über Parteigrenzen hinweg, in Israel über nahezu alle politischen Lager. Unterschiede zeigen sich weniger in der Anerkennung, sondern in den Akzenten: In Deutschland stehen Erinnerungskultur und Werte im Vordergrund, in Israel pragmatischere Motive wie sicherheits- und wirtschaftspolitische Interessen.

Jenseits dieser grundsätzlich positiven Einstellungen lassen sich jedoch erste Risse in dem besonderen Verhältnis beider Länder erkennen. Während in Israel ein starkes Bewusstsein für die historische Verantwortung Deutschlands fortbesteht, verliert in Deutschland diese Haltung an Bedeutung, was sich insbesondere bei den jüngeren Befragten und einer Betrachtung nach Parteipräferenzen zeigt. Diskussionen um Waffenlieferungen, propalästinensische Proteste in deutschen Städten und Universitäten sowie die Haltung der Bundesregierung zum Krieg in Gaza könnten diese Entwicklung mitgeprägt haben. Auffällig ist, dass im Jahr 2025 nur etwas mehr als ein Viertel der deutschen Befragten die Beziehungen zu Israel für besonders bedeutsam hält. Dies wirft die Frage auf, welchen Stellenwert die Erinnerung an den Holocaust heute noch in der deutschen Gesellschaft besitzt.

# Erinnerung an den Holocaust, Gedenken und Verantwortung

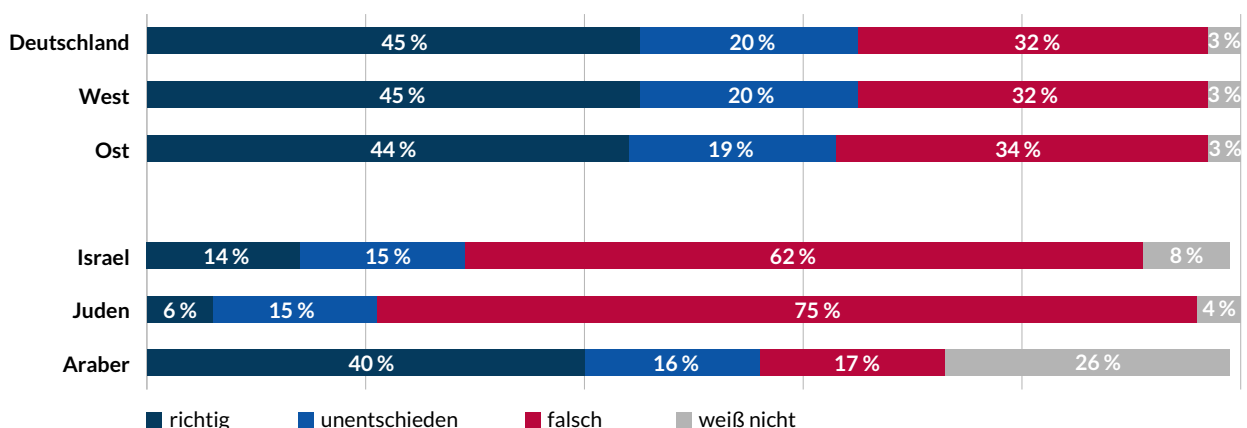
Zweifellos wurden die deutsch-israelischen Beziehungen maßgeblich durch die Erinnerung an den Holocaust sowie die daraus erwachsenen politischen und gesellschaftlichen Überzeugungen geprägt. Soll dies auch in Zukunft so sein oder wünschen sich nachkommende Generationen in Deutschland und Israel eine Beziehung, die weniger von dieser Vergangenheit geprägt ist? Fragen nach den Verbindungslinien zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft stehen in diesem Kapitel im Mittelpunkt.

## Bedeutung der NS-Vergangenheit für Politik und Beziehungen

In Israel messen deutlich mehr Menschen dieser Erinnerung eine Bedeutung zu als in Deutschland (Abb. 8). Das bestätigt sich auch bei der Frage danach, ob es an der Zeit ist, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Während das in Deutschland nur rund jede:r Dritte (32 Prozent) ablehnt, sind es in Israel fast doppelt so viele (62 Prozent).

In der deutschen Erhebung lassen sich insbesondere bildungsbezogene Unterschiede erkennen: Unter den Befragten mit niedrigem Bildungsniveau lehnen es nur 25 Prozent ab, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Holocaust zu ziehen, wäh-

Abbildung 8 | Schlussstrich unter die Vergangenheit: richtig oder falsch?



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Heute, beinahe 80 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges, sollten wir nicht mehr so viel über die Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus reden, sondern endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen. Halten Sie diese Aussage für richtig oder falsch?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

rend es unter den höher Gebildeten 41 Prozent sind. Auch Parteipräferenzen spielen eine Rolle: So stimmen mit 63 Prozent insbesondere AfD-Wähler:innen dafür, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, während es unter den Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen lediglich 14 Prozent sind.

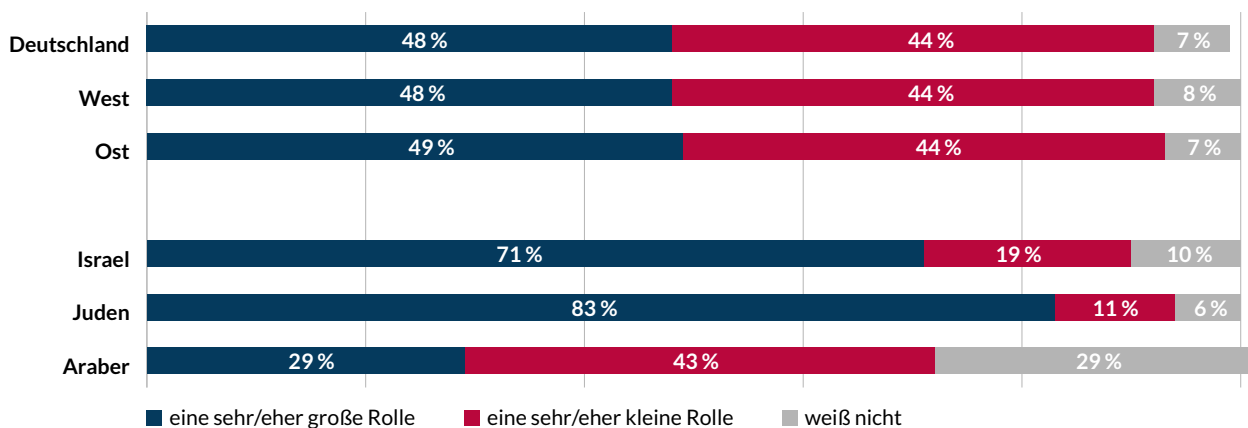
Deutlich wird, dass die Erinnerung an den Holocaust vor allem für jüdische Israelis ein zentraler Bezugspunkt ist, während sie für arabische Israelis – ohne eigene historische Erfahrung damit – eine geringere Rolle spielt: Während 75 Prozent der Jüdinnen und Juden dagegen sind, einen Schlussstrich zu ziehen, sind es unter den arabischen Israelis nur 17 Prozent. 40 Prozent der befragten Araber:innen sprechen sich sogar ausdrücklich für einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Nationalsozialismus aus. Innerhalb der jüdischen Bevölkerung variiert die Haltung je nach religiöser Orientierung: Religiöse und ultra-orthodoxe Befragte lehnen einen Schlussstrich mit 85 beziehungsweise 86 Prozent besonders deutlich ab, während es unter traditionellen und säkularen Jüdinnen und Juden 70 Prozent sind. Dass sich in diesen Milieus rund 30 Prozent unentschlossen oder zustimmend äußern, hat auch damit zu tun, dass der Begriff ‚Schlussstrich‘ in Israel eine andere Bedeu-

tung hat als in Deutschland. In Israel wird er häufiger als Aufforderung gelesen, den Blick und die Verantwortung stärker auf die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft zu richten. In Deutschland hingegen ist er mit dem Signal einer Abkehr vom Selbstverständnis der Bundesrepublik nach 1945 verbunden – ein Unterschied, der verdeutlicht, welche zentrale Rolle die Erinnerungskultur für die deutschen Deutungen spielt.

Sollte diese Erinnerung auch zukünftig eine große Rolle für die deutsche Politik spielen? In Deutschland ist die Zustimmung dazu leicht gestiegen (Abb. 9): So wünscht eine relative Mehrheit von 48 Prozent, dass die Holocaust-Erinnerung eine eher bis sehr große Rolle in der deutschen Politik spielt, 2021 waren es 43 Prozent. In Israel sind es 71 Prozent, also sogar sieben Prozentpunkte mehr als 2021 – ein weiterer Beleg dafür, dass der ‚Schlussstrich‘ hier anders gedeutet wird.

In Deutschland geben Befragte mit hoher Bildung mit 56 Prozent besonders häufig an, dass die Erinnerung an den Holocaust eine große Rolle in der deutschen Politik spielen soll. Auch ein altersbezogener Trend zeigt sich: Mit 52 Prozent legen am

Abbildung 9 | Bedeutung der Holocaust-Erinnerung für die deutsche Politik



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Sollte die Erinnerung an den Holocaust für die heutige und künftige deutsche Politik eine sehr große, eher große, eher kleine oder sehr kleine Rolle spielen?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

häufigsten die Befragten unter 40 Jahren Wert auf eine Erinnerung an den Holocaust in der Politik.

Mit Blick auf die Parteipräferenz sind es erneut Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen (72 Prozent), aber auch der Partei Die Linke (71 Prozent), die am häufigsten dafür stimmen, dass der Holocaust eine eher oder sehr große Rolle in der deutschen Politik spielen soll. Mit 26 Prozent stimmen Wähler:innen der AfD am seltensten dafür.

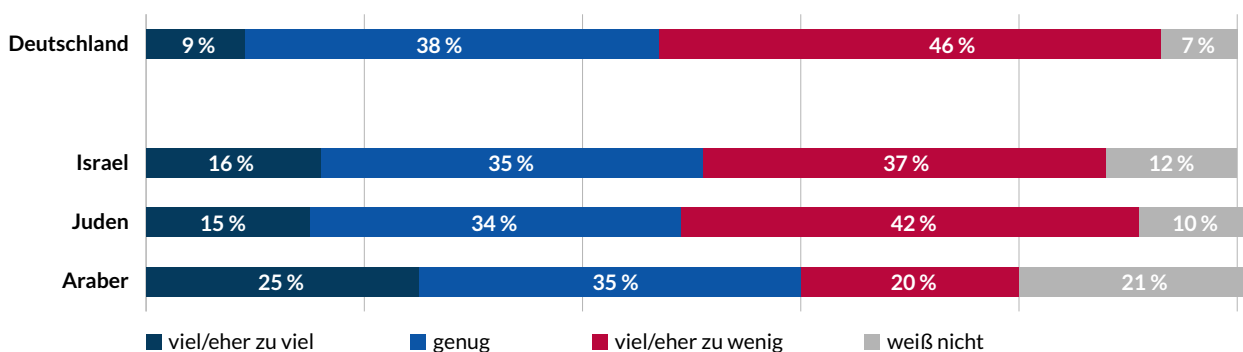
Jüdische Befragte sprechen sich mit 83 Prozent deutlich häufiger als arabische Befragte (29 Prozent) dafür aus, dass die Erinnerung an den Holocaust eine eher oder sehr große Rolle in der deutschen Politik spielen sollte. Für 43 Prozent der arabischen Israelis sollte die Erinnerung eine eher oder sehr kleine Rolle in der deutschen Politik einnehmen. Besonders in religiösen (89 Prozent) und ultraorthodoxen (93 Prozent) Kreisen wird mehrheitlich erwartet, dass die Erinnerung an den Holocaust für die deutsche Politik zentral bleibt. Den höchsten Zuspruch für eine starke Erinnerungskultur äußern Wähler:innen von HaTzionut HaDatit mit 90 Prozent. Am geringsten fällt die Zustimmung unter Wähler:innen von Yesh Atid aus (74 Prozent eher/sehr große Rolle der Erinnerung, 20 Prozent eher/sehr kleine Rolle). Die Ergebnisse unterstreichen, welche Bedeutung die fortwährende deutsche Erinnerung an den Holo-

caust für den jüdischen Bevölkerungsteil Israels hat – vermutlich auch aus Sorge, dass Forderungen nach einer Neuausrichtung der deutschen Politik gegenüber Israel, wie sie in jüngster Zeit häufiger öffentlich geäußert werden, an Gewicht gewinnen könnten.

## Der Holocaust als Schulstoff

Die Erinnerung an den Holocaust wird von weiten Teilen beider Gesellschaften weiterhin als bedeutender Teil der bilateralen Beziehungen gesehen. Mit zunehmendem Abstand zu den historischen Ereignissen wächst jedoch die Herausforderung, die Erinnerungskultur auch der jüngeren Generation zu vermitteln. Daher haben wir danach gefragt, ob die Befragten der Auffassung sind, dass Schüler:innen genug über den Holocaust lernen. In beiden Staaten zeichnet sich hier ein ähnliches Bild ab (Abb. 10): In Deutschland sind 46 Prozent (2021: 43 Prozent) der Befragten der Ansicht, dass Schüler:innen eher wenig oder viel zu wenig über den Holocaust lernen. Nur neun Prozent glauben, dass dieses Thema eher zu viel oder viel zu viel behandelt wird, während etwas mehr als jede:r Dritte davon ausgeht, dass die Geschichte des Holocaust in ausreichendem Maß auf dem Stundenplan steht. Die Ergebnisse widersprechen damit der häufig geäußerten Wahrnehmung,

Abbildung 10 | Lernen über den Holocaust



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Sind Sie der Auffassung, dass Schüler:innen in Deutschland/Israel viel/eher viel, genug oder viel/eher zu wenig über den Holocaust lernen?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

an deutschen Schulen werde bereits „zu viel“ über den Holocaust unterrichtet. Stattdessen zeigt sich, dass nur eine kleine Minderheit der Befragten diesen Eindruck teilt. In Israel ist das Bild gemischt: 37 Prozent meinen, dass die Schüler:innen zu wenig über den Holocaust lernen, während 35 Prozent den Unterricht für ausreichend halten.

In Deutschland sind es eher Frauen (48 Prozent) als Männer (43 Prozent), denen die schulische Beschäftigung mit dem Holocaust nicht ausreicht. Deutlicher ist allerdings der Unterschied zwischen den Generationen: Mehr als die Hälfte der Befragten über 60 Jahre (53 Prozent) ist der Ansicht, dass das Wissen über den Holocaust in deutschen Schulen zu kurz kommt, während dieser Anteil bei den unter 40-Jährigen mit 41 Prozent am niedrigsten ausfällt.

Auch bei den Parteipräferenzen zeigt sich ein klares Bild: Unter den Anhänger:innen von Bündnis 90/ Die Grünen sprechen sich 66 Prozent für eine intensivere Beschäftigung mit dem Holocaust im Schulunterricht aus, gefolgt von den Wähler:innen der Partei Die Linke (57 Prozent), der SPD (54 Prozent) und der CDU/CSU (49 Prozent). Demgegenüber vertreten 44 Prozent der AfD-Wähler:innen die Auffassung, dass Schüler:innen bereits genug über den Holocaust lernen.

In Israel äußern vor allem jüdische Befragte die Ansicht, dass Schüler:innen zu wenig über den Holocaust lernen (42 Prozent), unter arabischen Befragten vertreten immerhin noch 20 Prozent diese Meinung. Ein Viertel der arabischen Befragten hält das Thema im Schulunterricht sogar für zu ausführlich behandelt. Diese Unterschiede überraschen nicht, da der Holocaust zentraler Bestandteil jüdischer und nicht arabischer Familiengeschichten ist. Zugleich spiegeln die Unterschiede auch die Schulrealität wider: Während der Holocaust in jüdischen Schulen fest in den Curricula verankert ist, spielt er in arabischen Schulen nur eine nachgeordnete Rolle.

Zwischen den Altersgruppen zeigen sich in Israel nur geringfügige Unterschiede: 40 Prozent der Befragten über 60 Jahre vertreten die Ansicht, dass

Schüler:innen zu wenig über den Holocaust lernen, unter den Jüngeren liegt der Anteil mit 38 Prozent kaum niedriger. Entsprechend dem vorausgehend behandelten Stellenwert der Erinnerung zeigen sich auch hier Unterschiede nach religiöser Selbstverortung: Besonders religiöse Jüdinnen und Juden bewerten den Holocaustunterricht an israelischen Schulen als unzureichend. Unter den Ultraorthodoxen liegt der Anteil bei 56 Prozent, gefolgt von religiösen und traditionellen Jüdinnen und Juden mit jeweils 45 Prozent. Unter säkularen Jüdinnen und Juden ist der Anteil mit 34 Prozent am kleinsten.

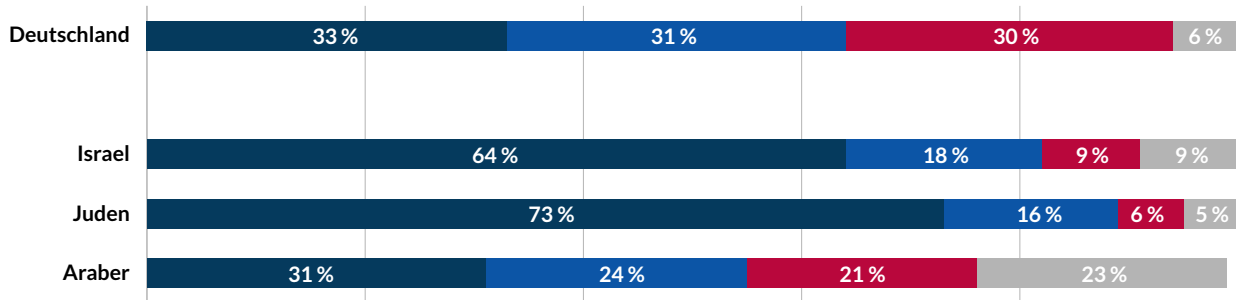
## Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk und dem Staat Israel

Die Frage nach der schulischen Vermittlung von Geschichte berührt auch ein anderes grundlegendes Thema: Was resultiert aus der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus? Leitet sich daraus eine besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk und dem Staat Israel ab? Auch bei dieser Frage gehen die Einschätzungen in Israel und Deutschland auseinander (Abb. 11, Seite 25): 64 Prozent der Israelis vertreten die Ansicht, dass Deutschland eine besondere Verantwortung ebenso für das jüdische Volk wie für den Staat Israel hat. In Deutschland sieht nur etwa ein Drittel eine solche Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk, in Bezug auf den Staat Israel sind es mit rund einem Viertel noch weniger.

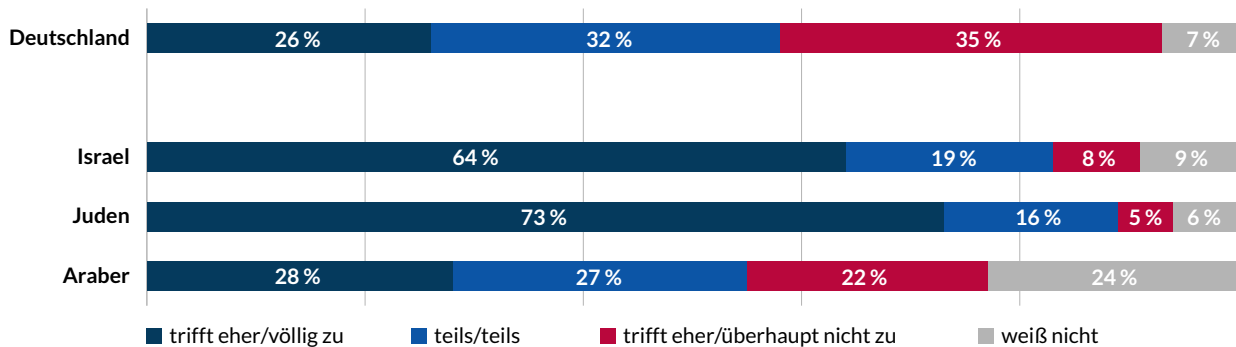
In Deutschland lassen sich Unterschiede vor allem entlang demografischer Merkmale wie Alter, Bildungsniveau und Geschlecht erkennen: Ältere Befragte (über 60 Jahre) sehen häufiger (37 Prozent) eine besondere deutsche Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk als jüngere Befragte unter 40 Jahren (29 Prozent). Sie befürworten zugleich auch seltener eine Verantwortung gegenüber dem Staat Israel (23 Prozent) als Ältere (30 Prozent). Auch das Bildungsniveau spielt eine Rolle: Befragte mit höherer Bildung sehen häufiger eine besondere Verantwortung für das jüdische Volk (40 Prozent) und den

Abbildung 11 | Verantwortung des heutigen Deutschlands für das jüdische Volk und Israel

„Vor dem Hintergrund der Geschichte des Nationalsozialismus hat das heutige Deutschland eine besondere Verantwortung für das jüdische Volk.“



„Vor dem Hintergrund der Geschichte des Nationalsozialismus hat das heutige Deutschland eine besondere Verantwortung für Israel.“



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Zustimmung zu den beiden Aussagen. Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Staat Israel (33 Prozent) als geringer Gebildete (31 beziehungsweise 24 Prozent).

In Bezug auf die Parteipräferenzen zeigt sich das bereits bekannte Muster: Die größte Zustimmung zu einer besonderen deutschen Verantwortung für das jüdische Volk und den Staat Israel kommt von den Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen (55 beziehungsweise 41 Prozent). Am geringsten fällt die Zustimmung unter Anhänger:innen der AfD aus: Nur 16 Prozent sehen eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk, zwölf Prozent gegenüber dem Staat Israel. Bemerkenswert ist das Antwortverhalten von Wähler:innen der Partei Die Linke, insbesondere angesichts israelkritischer Debatten im linken politischen Spektrum: Mit 45

Prozent Zustimmung zur Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk und 40 Prozent gegenüber dem Staat Israel liegen sie bei beiden Aussagen an zweiter Stelle hinter den Anhänger:innen von Bündnis 90/ Die Grünen.

Wie schon zuvor, zeigt sich auch hier: In Israel sieht eine deutliche Mehrheit der jüdischen Befragten (73 Prozent) eine besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk. Unter arabischen Befragten teilt mit 31 Prozent zwar nur eine Minderheit diese Haltung, doch ist der Anteil immer noch bemerkenswert hoch. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Verantwortung gegenüber dem Staat Israel: 73 Prozent der jüdischen Befragten sprechen sich dafür aus, gegenüber nur 28 Prozent

der arabischen Befragten. Im Vergleich zu 2021 fällt eine Veränderung auf: Unter jüdischen Israelis ist der Anteil derjenigen, die eine Verantwortung Deutschlands für das jüdische Volk sehen, um acht Prozentpunkte gestiegen; bei der Verantwortung für den Staat Israel liegt der Zuwachs sogar bei zehn Prozentpunkten. In der arabischen Bevölkerung ist eine gegenteilige Tendenz zu beobachten: Der Anteil derer, die Deutschland eine besondere Verantwortung für das jüdische Volk zuschreiben, ist um vier Prozentpunkte gesunken – und sogar um neun Prozentpunkte bei der Verantwortung gegenüber dem Staat Israel. Diese Verschiebung dürfte auch mit der deutschen Unterstützung Israels nach dem 7. Oktober und während des Gazakrieges zusammenhängen.

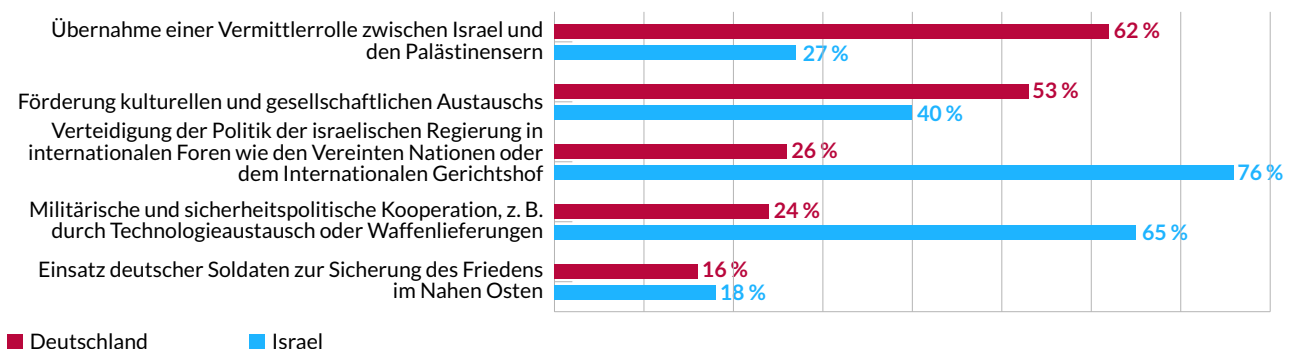
Innerhalb der jüdischen Bevölkerung äußern erneut Ultraorthodoxe (83 Prozent) die höchste Zustimmung für eine besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk, gefolgt von religiösen Jüdinnen und Juden (76 Prozent). Unter diesen liegt die Zustimmung zur deutschen Verantwortung für den Staat Israel mit 84 Prozent am höchsten, gefolgt von Ultraorthodoxen mit 75 Prozent. Altersunterschiede und Parteipräferenzen spielen in Israel kaum eine Rolle. Zwischen den religiösen Gruppen zeigen sich nur geringfügige Unter-

schiede, während säkulare Jüdinnen und Juden insgesamt geringere Zustimmung äußern.

Um weiter zu differenzieren, haben wir im Anschluss gefragt, wie Deutschland der (mehrheitlich wahrgenommenen) Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk und Israel am ehesten gerecht werden kann. Hier gehen die Ansichten in Deutschland und Israel auseinander (Abb. 12): Deutsche Befragte sehen die Rolle der Bundesrepublik insbesondere in der Vermittlung zwischen Israel und den Palästinenser:innen (62 Prozent) und in der Förderung von kulturellem und gesellschaftlichem Austausch (53 Prozent). Für die Befragten aus Israel steht Deutschland zuerst in der Verantwortung, die israelische Regierung vor internationalen Foren wie dem Internationalen Gerichtshof zu verteidigen (76 Prozent) sowie militärische und sicherheitspolitische Kooperationen einzugehen (65 Prozent). Diese beiden Aspekte werden in Deutschland hingegen nur von etwa einem Viertel der Befragten befürwortet und stoßen damit auf geringe Unterstützung.

Nach Parteipräferenzen zeigen sich in Deutschland klare Unterschiede: Mehr als die Hälfte der Wähler:innen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke befürwortet eine Vermittler-

Abbildung 12 | Wie kann Deutschland der Verantwortung gerecht werden?



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Sie haben angegeben, dass Deutschland eine besondere Verantwortung vor dem Hintergrund der Geschichte des Nationalsozialismus für das jüdische Volk bzw. für Israel hat. Wie sollte Deutschland dieser Verantwortung gerecht werden?“ Ausgenommene Antwortkategorien: „andere“, „nichts davon“ und „weiß nicht“. Mehrfachantwort möglich, daher summieren sich Prozentwerte nicht auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel), die eine besondere Verantwortung Deutschlands für das jüdische Volk/den Staat Israel sehen (Deutschland n = 478, Israel n = 894); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

rolle Deutschlands im Nahostkonflikt. Eine Mehrheit der Wähler:innen von CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen spricht sich zudem für eine Förderung des kulturellen und gesellschaftlichen Austauschs aus – die zweite deutsche Priorität. Unter AfD-Wähler:innen finden diese Formen der Verantwortungsübernahme nur bei etwas mehr als einem Drittel Zustimmung.

Demgegenüber sind sich die israelischen Befragten parteiübergreifend weitgehend einig: Die Verteidigung der israelischen Politik auf internationalen Bühnen sehen 82 bis 85 Prozent der Wähler:innen aller Parteien als wichtig an, gefolgt von militärischen und sicherheitspolitischen Kooperationen mit 67 bis 70 Prozent. Unterschiede werden nur bei den von deutschen Befragten priorisierten Rollen sichtbar: Eine Vermittlung im israelisch-palästinensischen Konflikt durch Deutschland befürworten 44 Prozent der Wähler:innen von Yesh Atid und 45 Prozent von HaMachane HaMamlachti, während diese Position unter den Anhänger:innen von Likud (17 Prozent) und HaTzionut HaDatit (neun Prozent) kaum auf Zustimmung trifft. Ähnlich sieht es beim kulturellen und gesellschaftlichen Austausch aus: Etwa die Hälfte der Wähler:innen der beiden Oppositionsparteien unterstützt diese Form der Verantwortungsübernahme, unter den Anhänger:innen von Likud liegt sie nur bei 41 Prozent, unter denen von HaTzionut HaDatit lediglich bei 28 Prozent.

Diese unterschiedlichen Prioritätensetzungen lassen erkennen, dass die Erwartungshaltungen in den beiden Ländern nicht deckungsgleich sind: Viele Israelis wünschen sich konkrete sicherheitspolitische Unterstützung in der Gegenwart – einschließlich Rückhalt auf internationaler Bühne. Der deutsche Zugang hingegen orientiert sich stärker an einem historischen Versöhnungsnarrativ, das in der frühen Bundesrepublik durch die Politik Adenauers und den Einfluss kirchlicher Initiativen entstand und ab Mitte der 1960er Jahre den Fokus auf Vermittlung, kulturellen Austausch und Friedensbemühungen im Nahen Osten legte. Dieses Narrativ ist vor allem normativ geprägt und bezieht die aktuellen geopolitischen Realitäten und Interessen Israels nur begrenzt ein.

## Verantwortung für die Menschenrechte

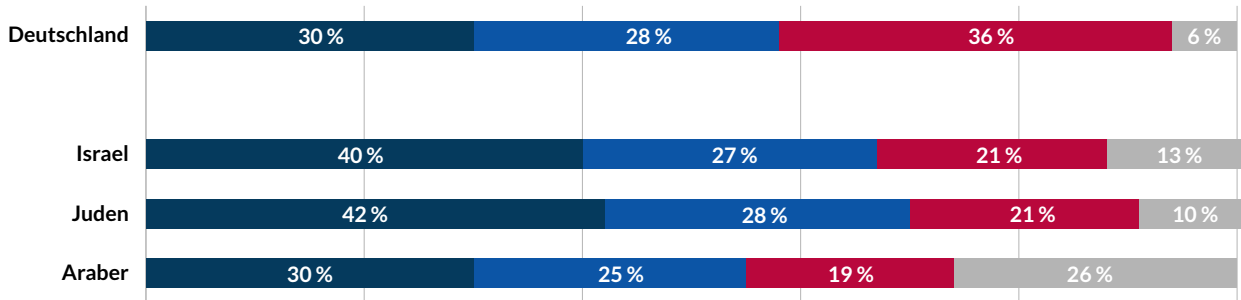
Neben der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk und dem Staat Israel werden aus der Geschichte des Holocaust auch universelle Lehren in Bezug auf die Geltung von Menschenrechten und für deren Einsatz abgeleitet. Wie wird diese Verantwortung in Zeiten wachsender globaler Spannungen und zunehmender Migration von den Menschen in Deutschland und Israel eingeschätzt?

Im Vergleich zu 2021 sprechen sich in beiden Ländern weniger Befragte für eine Verantwortung des deutschen beziehungsweise israelischen Staates für flüchtende Menschen aus (Abb. 13, Seite 28). Eine deutsche Verantwortung sehen in Deutschland 30 Prozent (2021: 34 Prozent) und in Israel 40 Prozent (2021: 47 Prozent) der Befragten. Ähnlich verhält es sich mit der Verantwortung Israels für Menschen, die von Krieg und Verfolgung betroffen sind: Diese sehen 33 Prozent der deutschen Befragten (2021: 38 Prozent) und 39 Prozent der israelischen Befragten (2021: 44 Prozent). Auffällig ist der hohe Anteil unentschiedener Stimmen: Mehr als ein Viertel der Befragten in beiden Ländern antwortet mit „teils/teils“. Besonders häufig wird diese Position in Deutschland im Hinblick auf Israels Verantwortung vertreten: Rund ein Drittel (34 Prozent) nimmt hier eine unentschlossene Haltung ein.

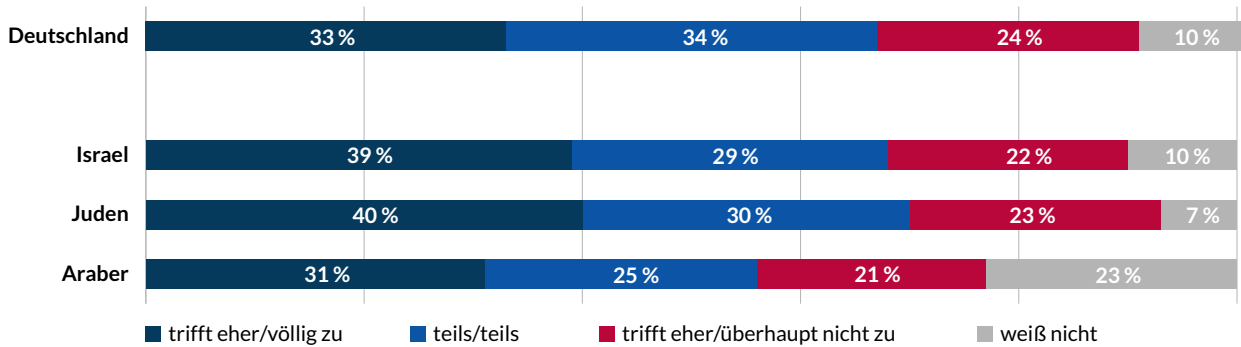
In Deutschland zeigt sich zudem ein deutliches Gefälle entlang politischer Lager. 60 Prozent der Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen unterstützen die Idee einer besonderen deutschen Verantwortung für Geflüchtete weltweit, unter den Anhänger:innen der Partei Die Linke stimmt etwa jede:r Zweite zu, bei CDU/CSU und SPD sind es 30 beziehungsweise 40 Prozent. Unter AfD-Wähler:innen sehen hingegen nur zwölf Prozent eine solche Verantwortung, mehr als die Hälfte lehnt sie ab. Ähnlich sieht es bei der Frage einer möglichen israelischen Verantwortung aus, wenngleich die Werte hier enger beieinander liegen: Die höchste Zustimmung zeigen mit 55 Prozent erneut die Anhänger:innen von Bündnis 90/

Abbildung 13 | Verantwortung für vor Krieg und Verfolgung flüchtende Menschen weltweit

„Vor dem Hintergrund der Geschichte des Nationalsozialismus hat das heutige Deutschland eine besondere Verantwortung für vor Krieg und Verfolgung flüchtende Menschen weltweit.“



„Vor dem Hintergrund der jüdischen Verfolgungsgeschichte hat das heutige Israel eine besondere Verantwortung für vor Krieg und Verfolgung flüchtende Menschen weltweit.“



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Zustimmung zu den beiden Aussagen. Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

Die Grünen, während die Zustimmung unter AfD-Wähler:innen mit 17 Prozent am niedrigsten bleibt.

In Israel hängt die Zustimmung stark vom religiösen Selbstverständnis der Befragten ab. Am häufigsten sehen traditionell eingestellte Jüdinnen und Juden Deutschland in der Pflicht, sich für Geflüchtete einzusetzen (47 Prozent), gefolgt von säkularen (42 Prozent) und religiösen Jüdinnen und Juden (41 Prozent). Die Ultraorthodoxen stimmen mit 34 Prozent am seltensten zu. Ähnlich verhält es sich mit der Verantwortung Israels für Geflüchtete weltweit: 46 Prozent der traditionell eingestellten Jüdinnen und Juden befürworten diese, gefolgt von 39 Prozent der Säkularen und 38 Prozent der Ultraorthodoxen. Unter den religiösen Jüdinnen und Juden stimmen hingegen ledig-

lich 31 Prozent zu. Nach Parteipräferenzen betrachtet zeigt sich in Israel dagegen ein weitgehend einheitliches Bild: Rund die Hälfte der Wähler:innen befürwortet eine besondere Verantwortung Deutschlands für Geflüchtete. Ähnliche Zustimmungswerte finden sich bei der Frage nach einer Verantwortung Israels unter den Wähler:innen von Oppositionsparteien wie Yesh Atid und HaMachane HaMamlachi. Unter den Anhänger:innen der politisch rechts einzuordnenden Regierungsparteien liegt die Zustimmung niedriger: 43 Prozent der Likud-Wähler:innen stimmen einer israelischen Verantwortung zu, bei HaTzionut HaDatit sind es 30 Prozent.

Die Erinnerung an den Holocaust bleibt ein zentrales Bezugssystem für Deutsche wie für Israelis, entfaltet

in beiden Gesellschaften jedoch zunehmend asymmetrische Wirkung. Während viele Israelis der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit weiterhin hohe Bedeutung beimessen und daraus konkrete politische Erwartungen an Deutschland ableiten, zeigt sich das historische Bewusstsein in Deutschland stärker fragmentiert: Jüngere Befragte betonen zwar besonders häufig die allgemeine Bedeutung des Holocaust und der Lehren aus diesem für die heutige Politik, leiten daraus jedoch seltener eine spezifische Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk und dem Staat Israel ab. Daraus ergibt sich eine wachsende Diskrepanz zwischen dem israelischen Wunsch nach historisch begründeter Solidarität und dem deutschen Trend, die Vergangenheit stärker in universelle Lehren – wie den Einsatz für Menschenrechte und das Völkerrecht – zu übersetzen. Dieser Trend verbindet sich mit einer kritischeren Haltung gegenüber der israelischen Politik sowie einem stärkeren Fokus auf den Nahostkonflikt.

---

# Einschätzungen des Konflikts im Nahen Osten

---

Der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der nachfolgende Krieg Israels gegen die Hamas im Gazastreifen markieren einen dramatischen Wendepunkt im israelisch-palästinensischen Konflikt – mit weitreichenden Folgen auch für Deutschland: Es kam zu einer massiven Eskalation der Gewalt in der Region, zudem haben der Überfall und seine Folgen hierzulande Debatten darüber entfacht, wie sich Deutschland in diesem Krieg verhalten soll, welcher Seite gegenüber Solidarität angebracht ist und wo Antisemitismus beginnt. Seitdem hat sich der öffentliche Diskurs in Deutschland spürbar verschärft – in Schulen, auf Demonstrationen und in Sozialen Medien wird der Nahostkonflikt sehr emotional verhandelt.

## Unterstützung durch die deutsche Bundesregierung

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass ebenso in Deutschland wie in Israel der Eindruck besteht, dass die deutsche Bundesregierung eher die Israelis als die Palästinenser:innen unterstützt (Abb. 14, Seite 31): In Deutschland ist diese Einschätzung allerdings deutlich verbreiteter und gegenüber 2021 nochmals angestiegen von 38 auf 47 Prozent. In Israel war es 2021 etwa ein Fünftel der Befragten, 2025 nehmen 35 Prozent eine einseitige Unterstützung der Israelis wahr.

Doch wie unterscheidet sich die wahrgenommene von der erwünschten Unterstützung? In Deutschland entscheiden sich 2025 im Vergleich zu 2021 mehr Befragte dafür, eine der beiden Konfliktparteien statt beide Seiten zu unterstützen. Während 2021 noch zwölf Prozent eine Unterstützung Isra-

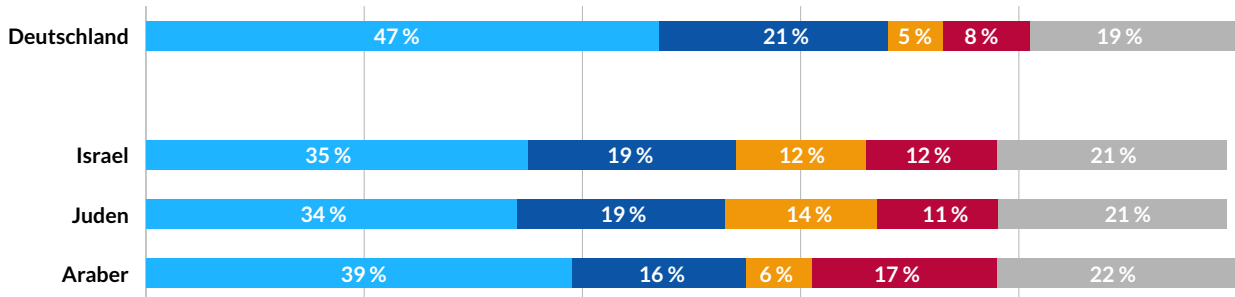
els befürworteten, sind es inzwischen 20 Prozent. Die Zustimmung zur Unterstützung der Palästinenser:innen stieg im selben Zeitraum ebenfalls, aber lediglich um drei Prozentpunkte auf acht Prozent. Zugleich ist der Anteil derjenigen, die sich eine ausgewogene Unterstützung beider Seiten wünschen, deutlich gesunken – von 41 Prozent im Jahr 2021 auf nun 29 Prozent. In Israel ist im gleichen Zeitraum der Wunsch nach einseitiger Unterstützung der israelischen Seite von 61 Prozent auf 72 Prozent angewachsen. Eine Unterstützung beider Seiten wünschen sich elf Prozent der Israelis, 2021 waren es noch 19 Prozent.

Einen Unterschied macht in Deutschland vor allem das Alter der Befragten: Zwar wird die derzeitige Unterstützung durch die deutsche Regierung in allen Altersgruppen am häufigsten als proisraelisch wahrgenommen, jedoch ist diese Einschätzung unter den Jüngeren (unter 40 Jahren) am wenigsten verbreitet (38 Prozent). Zudem ist auffällig, dass nur in dieser Altersgruppe die erwünschte einseitige Unterstützung – entweder für die Israelis (13 Prozent) oder für Palästinenser:innen (14 Prozent) – nahezu gleichauf liegt. Trotz dieser Unterschiede zeigt sich über alle Altersgruppen hinweg: Die Mehrheit der Befragten wünscht sich entweder eine ausgewogene Unterstützung beider Seiten oder gar keine Parteinahme.

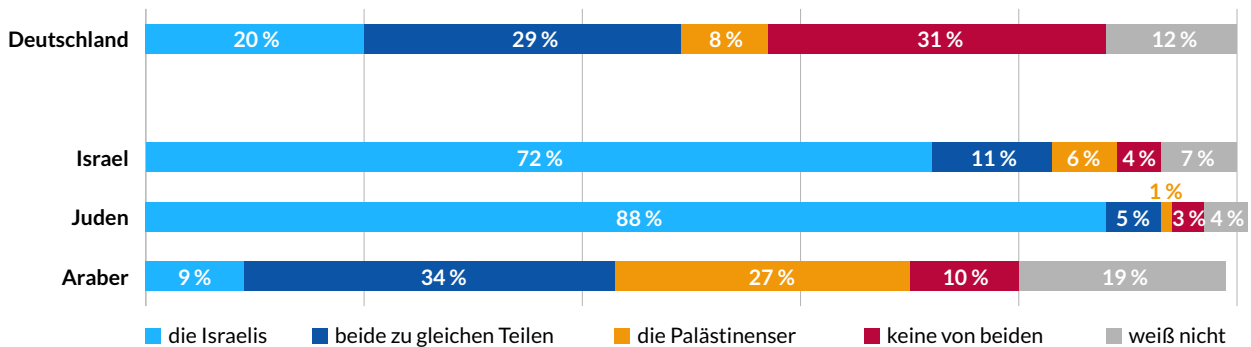
In Hinblick auf die Parteipräferenz sieht es ähnlich aus: Eine ausgewogene Unterstützung ebenso der Israelis wie der Palästinenser:innen erhält unter den Anhänger:innen aller Parteien – mit Ausnahme der AfD – die meiste Zustimmung. AfD-Wähler:innen sprechen sich mit 51 Prozent mehrheitlich dafür aus, dass die Bundesregierung keine

Abbildung 14 | Unterstützung der deutschen Regierung für die israelische respektive die palästinensische Seite

„Welche der beiden Seiten wird Ihrer Ansicht nach von der deutschen Bundesregierung unterstützt?“



„Wenn Sie entscheiden könnten, wen sollte die deutsche Bundesregierung Ihrer Meinung nach unterstützen?“



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die beiden Aussagen. Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

der beiden Seiten unterstützt. Die geringste Zustimmung für eine einseitige Unterstützung Israels kommt von Wähler:innen der Partei Die Linke (elf Prozent). Sie sprechen sich mit 23 Prozent zugleich am häufigsten für eine stärkere Unterstützung der Palästinenser:innen aus.

In Israel zeigen sich bei der Frage der wahrgenommenen Unterstützung durch die Bundesregierung besonders deutliche Unterschiede zwischen der jüdischen und arabischen Bevölkerung. Während beide Gruppen gegenwärtig mehr Unterstützung für Israel wahrnehmen als noch 2021, liegt dieser Wert aktuell unter Araber:innen mit 39 Prozent (2021: 31 Prozent) höher als unter den Jüdinnen und Juden mit 34 Prozent (2021: 17 Prozent). Auffälliger ist der Unterschied bei der wahrgenommenen Unterstützung der Palästinenser:innen: Während 14 Prozent der

jüdischen Israelis der Ansicht sind, dass vor allem die Palästinenser:innen unterstützt werden, glauben dies lediglich sechs Prozent der arabischen Israelis.

Neben der ethnischen Zugehörigkeit beeinflussen in Israel auch Geschlecht und Religiosität die Wahrnehmung: Männer (43 Prozent) nehmen deutlich häufiger eine Unterstützung der Israelis als Frauen (29 Prozent) wahr. Unter säkular eingestellten Jüdinnen und Juden liegt dieser Anteil bei 44 Prozent und damit höher als unter nicht säkularen Jüdinnen und Juden, von denen je nach Ausprägung der Religiosität zwischen 23 und 32 Prozent eine Unterstützung der Israelis wahrnehmen. Religiöse (24 Prozent) und ultraorthodoxe Jüdinnen und Juden (27 Prozent) sehen zugleich am häufigsten eine vorwiegende Unterstützung der Palästinenser:innen. Diese Dynamik erinnert an den vorigen Abschnitt: Dort

bewerteten säkulare Israelis die deutsche Unterstützung bereits vergleichsweise positiv – im Unterschied zu religiösen Gruppen, die sich mehr Engagement wünschen. Auch parteipolitische Zugehörigkeit prägt die Wahrnehmung, besonders im Hinblick auf Regierungs- versus Oppositionsnähe. So nehmen Anhänger:innen von Yesh Atid (45 Prozent) und HaMachane HaMamlachti (40 Prozent) häufiger eine Unterstützung Israels wahr als Wähler:innen von Likud (33 Prozent) und HaTzionut HaDatit (23 Prozent). Letztere tendieren zudem stärker dazu, eine Unterstützung der Palästinenser:innen zu erkennen (16 beziehungsweise 22 Prozent).

Die anschließende Frage nach der gewünschten, nicht nur vermuteten Unterstützung bestätigt die Befunde teilweise. Auch hier tritt eine deutliche Spaltung zwischen der jüdischen und der arabischen Bevölkerungsgruppe zutage. So wünscht sich eine klare Mehrheit der jüdischen Israelis (88 Prozent) eine Unterstützung Israels, während nur neun Prozent der arabischen Israelis dies befürworten. Seit 2021 ist der Wunsch nach einseitiger Unterstützung der Israelis in beiden Bevölkerungsgruppen gestiegen – unter den Jüdinnen und Juden um elf und unter Araber:innen um drei Prozentpunkte. 34 Prozent (2021: 41 Prozent) der arabischen Israelis wünschen sich allerdings eine gleichwertige Unterstützung beider Konfliktparteien, unter den jüdischen Israelis sind es nur fünf Prozent (2021: zwölf Prozent). Und während sich 27 Prozent der arabischen Israelis für eine Unterstützung der Palästinenser:innen aussprechen, lässt sich in der jüdischen Bevölkerung Israels dafür so gut wie keine Stimme finden (ein Prozent).

Die Tatsache, dass lediglich 27 Prozent der arabischen Israelis eine einseitige Unterstützung der Palästinenser:innen befürworten, ist zu verstehen als Ausdruck ihrer gesellschaftlichen Integration in Israel und einer politischen wie sozialen Distanz zu den Palästinenser:innen in der Westbank und im Gaza-Streifen – ein Befund, der international oft übersehen wird.

Eine Betrachtung nach politischen Präferenzen lässt in Israel weitgehende Einigkeit erkennen: Rund 90 Prozent aller Wählergruppen wünschen sich eine vorwiegende Unterstützung der Israelis durch die deutsche Regierung.<sup>4</sup>

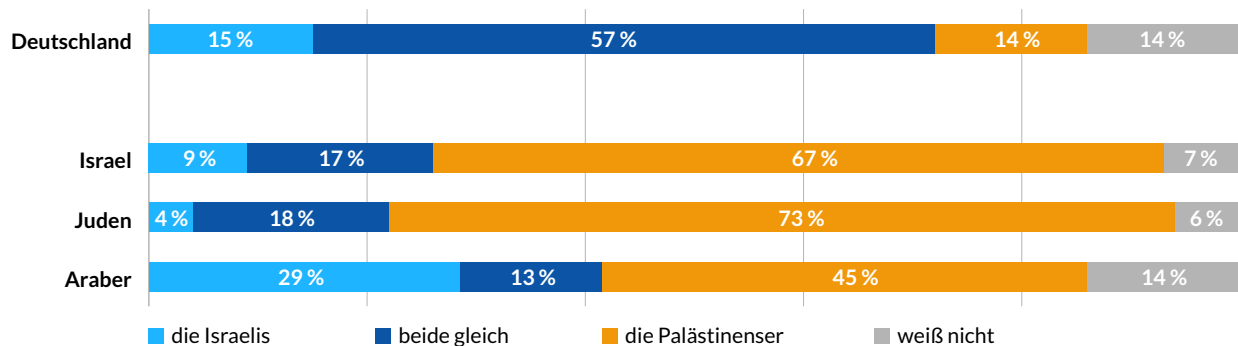
Die deutliche Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung einer israelfreundlichen Haltung Deutschlands und dem Wunsch nach noch stärkerer Unterstützung zeigt, dass viele jüdische Israelis das bisherige Engagement Deutschlands als nicht ausreichend empfinden. In Verbindung mit der vorausgehenden Frage ist zudem davon auszugehen, dass vor allem regierungsnahen Gruppen und religiösen Sektoren ein stärkeres deutsches Engagement für Israel erwarten.

## Politische Perspektiven

Was eine mögliche Kompromissbereitschaft im israelisch-palästinensischen Konflikt angeht, ist das Meinungsbild in Deutschland im Vergleich zu 2021 relativ stabil geblieben. Eine klare Mehrheit der Befragten fordert ein Nachgeben beider Seiten zu gleichen Teilen (Abb. 15, Seite 33). Eine nennenswerte Verschiebung lässt sich jedoch erkennen: Der Anteil derjenigen, die sich für ein Nachgeben der Palästinenser:innen aussprechen, hat sich auf 14 Prozent verdoppelt und schließt somit zu denen auf, die das von den Israelis fordern (15 Prozent). Die Ergebnisse in Israel, einem Land im Kriegszustand, verwundern kaum: Hier stieg die Zustimmung dazu, dass Palästinenser:innen nachgeben sollen, um zwölf Prozentpunkte auf nunmehr 67 Prozent an – was vor allem auf die um 14 Prozentpunkte angewachsene Zustimmung unter den Jüdinnen und Juden zurückzuführen ist. Aber auch unter den arabischen Israelis spricht sich mit 45 Prozent eine relative Mehrheit dafür aus, dass vor allem die Palästinenser:innen nachgeben sollten.

4 Hier ist anzumerken, dass die Parteien mit vorwiegend arabischer und links eingestellter Wählerschaft nicht abgebildet sind. Bei Wähler:innen dieser Parteien ist eine stärkere Befürwortung einer einseitigen Unterstützung der palästinensischen Seite und eine deutlich geringere Unterstützung der Israelis zu erwarten.

Abbildung 15 | Nachgeben im israelisch-palästinensischen Konflikt



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Wer muss im israelisch-palästinensischen Konflikt Ihrer Meinung nach mehr nachgeben, die Israelis oder die Palästinenser oder beide gleich viel?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

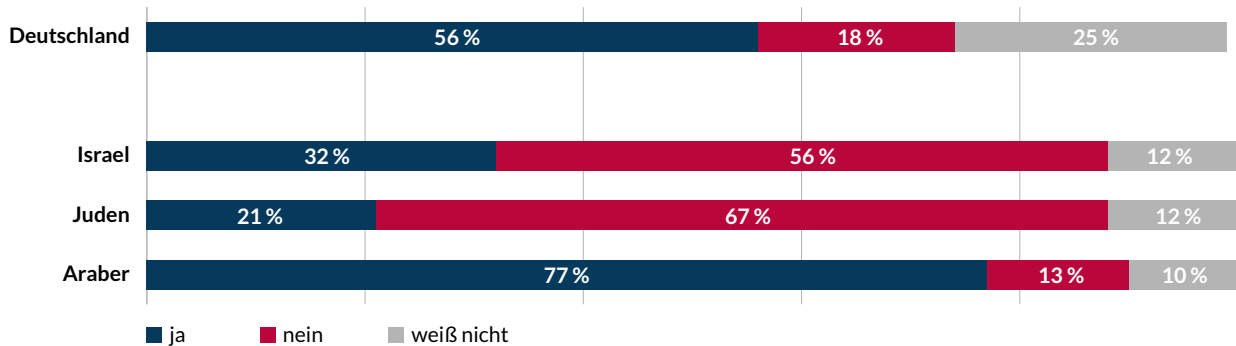
Eine Analyse nach Parteipräferenzen bestätigt für Deutschland das oben beschriebene Bild: Ein Entgegenkommen im Nahostkonflikt wird quer durch die Anhängerschaft der verschiedenen Parteien gleichermaßen von Israelis und Palästinenser:innen gefordert. Auffällig ist jedoch, dass Wähler:innen der Partei Die Linke und von Bündnis 90/Die Grünen am häufigsten ein stärkeres Entgegenkommen von israelischer Seite erwarten (24 respektive 21 Prozent Zustimmung). Demgegenüber sehen vor allem Wähler:innen von CDU/CSU und AfD die Verantwortung für ein Nachgeben eher bei den Palästinenser:innen (18 respektive 17 Prozent Zustimmung).

In Israel macht es bei dieser Frage einen Unterschied, ob man Regierungs- oder Oppositionsparteien zuneigt: Wähler:innen von Likud und HaTzionut HaDatit sind mit 82 beziehungsweise 87 Prozent deutlich häufiger der Meinung, dass die Palästinenser:innen nachgeben müssen, als Wähler:innen von Yesh Atid (56 Prozent) und HaMachane HaMamlachti (63 Prozent). Das spiegelt die aktuelle israelische Regierungspolitik wider, die vor allem ein Nachgeben der palästinensischen Seite fordert. Bemerkenswert ist, dass sich auch unter arabischen Israelis eine relative Mehrheit für ein Nachgeben der Palästinenser:innen ausspricht – erneut ein Ausweis für eine starke Integration der arabischen Befragten in die israelische Gesellschaft.

Die Zweistaatenlösung wird von vielen als zentrale politische Perspektive für eine Friedensregelung im israelisch-palästinensischen Konflikt angesehen. Auch die Bundesregierung setzt sich weiterhin dafür ein. Laut unseren Befunden ist die Haltung in der deutschen Bevölkerung zur Zweistaatenlösung weitgehend stabil – weiterhin wird sie von einer Mehrheit von 56 Prozent befürwortet, ähnlich wie 2021 (Abb. 16, Seite 34). In Israel hat die Zweistaatenlösung im gleichen Zeitraum deutlich an Zuspruch verloren – von 44 Prozent auf nunmehr 32 Prozent. Darin spiegelt sich wider, dass gerade gemäßigt oder links eingestellte Israelis seit dem 7. Oktober 2023 grundlegende Zweifel an der Umsetzbarkeit einer Zweistaatenlösung äußern. Angesichts des Schocks, den der Terrorakt der Hamas in Israel ausgelöst hat, wirkt der Rückgang der Zustimmungswerte allerdings vergleichsweise moderat.

Unterschiede zeigen sich in Deutschland auch nach Alter, Bildung und Geschlecht. Ältere (über 60 Jahre) befürworten die Zweistaatenlösung mit einem Anteil von 65 Prozent häufiger als Jüngere (unter 40 Jahren) mit nur 44 Prozent, ebenso Höhergebildete (67 Prozent) als Befragte mit niedrigem Bildungsniveau (48 Prozent). Diese Altersdifferenz lässt sich historisch erklären: Ältere Befragte haben die Zweistaatenlösung – insbesondere in den 1980er- und

Abbildung 16 | Befürwortung einer Zweistaatenlösung



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage „Befürworten Sie eine Zweistaatenlösung im israelisch-palästinensischen Konflikt?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

1990er-Jahren – noch als realistische Option erlebt. Zudem zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede: Während 66 Prozent der Männer die Zweistaatenlösung befürworten, sind es unter den Frauen nur 48 Prozent, die sich zudem zu rund einem Drittel deutlich häufiger unsicher äußern („weiß nicht“) als Männer (16 Prozent).

Die meisten Befürworter:innen für die Zweistaatenlösung finden sich unter den Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen (78 Prozent), gefolgt von denen der SPD (65 Prozent). Am wenigsten wird die Zweistaatenlösung von den Wähler:innen der AfD befürwortet (44 Prozent). Zugleich findet sich hier auch die stärkste Ablehnung (27 Prozent).

In Israel zeigen sich auch bei der Haltung zur Zweistaatenlösung deutliche Unterschiede nach ethnischer Zugehörigkeit: Unter den jüdischen Israelis sank die Zustimmung dazu seit 2021 von 37 auf nur noch 21 Prozent. Im gleichen Zeitraum nahm die Zustimmung unter den arabischen Israelis um acht Prozentpunkte auf nunmehr 77 Prozent zu. Besonders niedrig ist die Zustimmung in den jüdisch-religiösen Gruppen: Während 36 Prozent der säkularen Jüdinnen und Juden eine Zweistaatenlösung unterstützen, sind es unter den traditionell eingestellten Jüdinnen und Juden 13 Prozent, unter den religiös

eingestellten zehn Prozent und unter den ultra-orthodoxen nur noch fünf Prozent. Diese Ergebnisse lassen erkennen, dass stärker religiös geprägte Gruppen in Israel tendenziell nationalkonservativer eingestellt sind als säkulare.

Das zeigt sich in ähnlicher Weise beim Blick auf parteipolitische Zugehörigkeiten: Unter den Anhänger:innen von Likud (neun Prozent) und HaTzionut HaDatit (sechs Prozent) ist kaum eine Unterstützung für die Zweistaatenlösung zu finden; zugleich ist die Ablehnung in diesen Gruppen mit 84 beziehungsweise 92 Prozent besonders ausgeprägt. Deutlich höher fällt die Zustimmung unter den Wähler:innen von Yesh Atid (46 Prozent) und HaMachane HaMamlachti (40 Prozent) aus. Diese parteipolitischen Unterschiede spiegeln zugleich tiefere soziokulturelle Linien wider: Nationalreligiöse Parteien im Regierungslager vertreten weitgehend eine ethnonationale Perspektive, die eine Zweistaatenlösung prinzipiell ausschließt – etwa HaTzionut HaDatit mit ihrem Programm der Annexion von „Judäa und Samaria“. Demgegenüber setzen zentristische und säkulare Parteien wie Yesh Atid oder HaMachane HaMamlachti auf die Trennung von Religion und Staat, auf demokratische Institutionen und einen Gesellschaftsvertrag, der auch Minderheiten einschließt.

Schließlich spielt auch in Israel das Alter für die Haltung zur Zweistaatenlösung eine Rolle: 36 Prozent der über 60-Jährigen unterstützen sie, bei den unter 40-Jährigen sind es nur 29 Prozent. Hier zeigt sich der Einfluss politischer Sozialisation: Viele Ältere haben die Osloer Prozesse und die damit verbundenen Hoffnungen auf Frieden im Nahen Osten noch bewusst miterlebt.

## Mediale Wahrnehmungen

Der israelisch-palästinensische Konflikt prägt nicht nur die politische Realität vor Ort, sondern ist auch ein fester Bestandteil medialer Wahrnehmung und öffentlicher Debatten in Deutschland. Erstmals in dieser Studienreihe haben wir in Deutschland danach gefragt, wie gut sich die Menschen durch die deutschen Medien über die Situation im israelisch-palästinensischen Konflikt informiert fühlen (Abb. 17). Das Ergebnis macht deutlich: Subjektiv gut respektive schlecht Informierte halten sich in etwa die Waage. Unterschiede zeigen sich erneut nach Alter, Bildung und Geschlecht: Besonders auffällig ist, dass sich jüngere Befragte unter 40 Jahren mehrheitlich (51 Prozent) schlecht informiert fühlen. Unter den jungen Frauen fühlen sich sogar nur 25 Prozent gut informiert, während es unter den jungen Männern 48

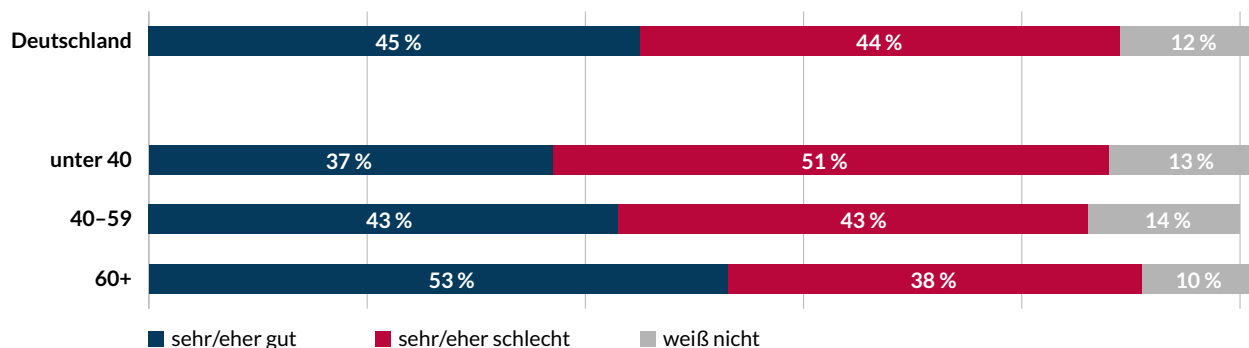
Prozent sind. Auch das Bildungsniveau spielt eine Rolle: Befragte mit höherer Bildung fühlen sich mit 51 Prozent häufiger gut informiert als Befragte mit niedriger Bildung (40 Prozent).

Besonders stark im Fokus der Berichterstattung über den Nahen Osten stand und steht der Krieg im Gazastreifen. 44 Prozent der Befragten in Deutschland nehmen die Medienberichterstattung über die Lage in Gaza als zu partiisch zugunsten Israels wahr (Abb. 18, Seite 36). Nur ein Viertel hält sie für ausgewogen. Dieses Meinungsbild zeigt sich über alle Altersgruppen hinweg – mit 40 Prozent nehmen die Befragten unter 40 Jahren allerdings am seltensten eine zu starke Parteinahme für Israel wahr.

Ein interessanter Zusammenhang zeigt sich mit der vorausgehenden Frage zur Informiertheit: Befragte, die die deutsche Medienberichterstattung als zu partiisch zugunsten der Palästinenser:innen empfinden, fühlen sich zu 63 Prozent eher oder sehr schlecht informiert. Umgekehrt sehen sich 67 Prozent derjenigen, die eine Parteinahme zugunsten Israels wahrnehmen, eher oder sehr gut informiert.

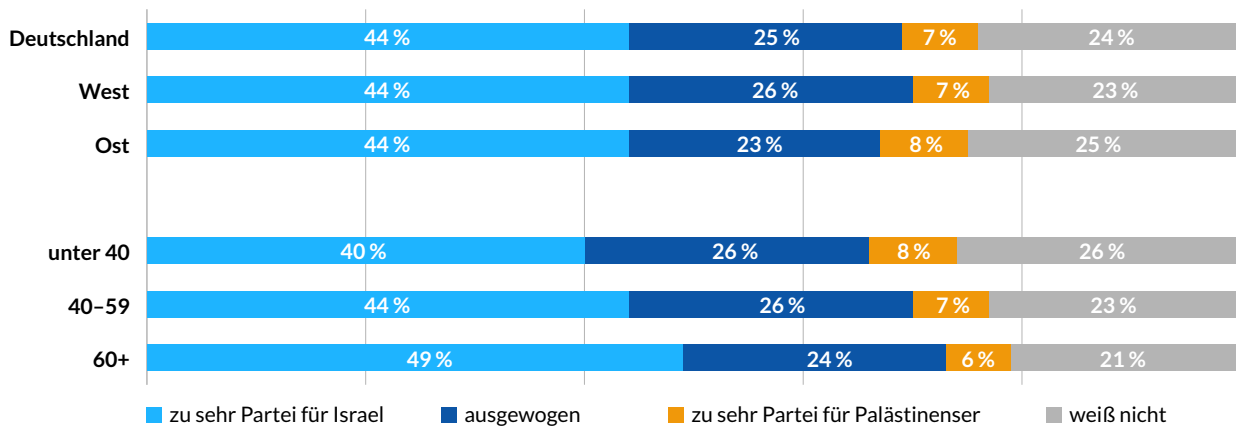
Dieser Zusammenhang bildet sich auch in der Parteipräferenz ab. Wähler:innen der CDU/CSU – die sich am häufigsten gut informiert fühlen – sind mit

Abbildung 17 | Selbsteinschätzung der Informiertheit über den israelisch-palästinensischen Konflikt



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Wie gut fühlen Sie sich durch die deutschen Medien über die Situation im israelisch-palästinensischen Konflikt informiert?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Abbildung 18 | Ausgewogenheit der deutschen Medienberichterstattung über Gaza



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Ist die deutsche Medienberichterstattung aus Ihrer Sicht über die Lage in Gaza ausgewogen?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

einem Anteil von 57 Prozent am ehesten der Meinung, die Medien berichteten überwiegend zugunsten Israels. Dagegen wird eine Berichterstattung zugunsten der Palästinenser:innen über alle Parteipräferenzen hinweg nur selten wahrgenommen; mit 14 Prozent nehmen aber die Wähler:innen der AfD – die sich am häufigsten schlecht informiert fühlen – vergleichsweise am häufigsten eine Berichterstattung zugunsten der Palästinenser:innen wahr.

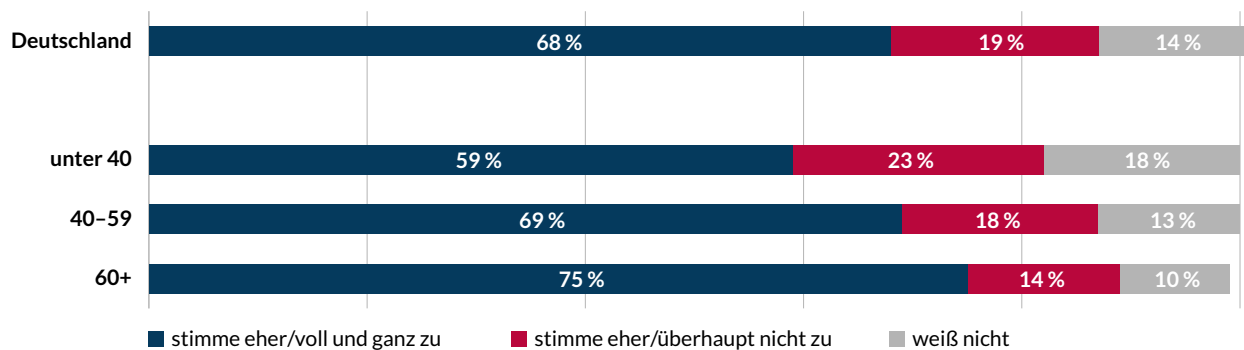
## Legitimität von Kritik an Israel

Der Krieg im Gazastreifen ist nicht nur in den Medien stark präsent, er hat auch zu vermehrten israelkritischen Äußerungen in der deutschen Bevölkerung geführt. Ob und inwieweit diese mit antisemitischen Motiven verbunden sind, lässt sich schwer bestimmen – auch deswegen, weil unterschiedliche Antisemitismus-Definitionen existieren. Um dennoch eine Einschätzung darüber zu ermöglichen, wie weit verbreitet antiisraelische – und damit potenziell antisemitische – Grundhaltungen in der Bevölkerung sind, haben wir in dieser Studienreihe erstmals erhoben, wie die deutsche Bevölkerung zur Kritik an der Politik der israelischen Regierung und zu palästinensischen Protesten steht.

Eine Mehrheit von 68 Prozent der deutschen Bevölkerung hält es für legitim, hierzulande die Politik der israelischen Regierung zu kritisieren (Abb. 19, Seite 37). Im Detail zeigen sich Unterschiede: So halten 75 Prozent der Männer Kritik an der israelischen Politik für legitim, bei den Frauen sind es 61 Prozent. Ebenso sind ältere Menschen eher der Meinung, dass das israelische Regierungshandeln kritisiert werden kann: So liegt die Zustimmung bei den über 60-Jährigen bei 75 Prozent, bei den unter 40-Jährigen nur bei 59 Prozent. Auch mit steigender Schulbildung wächst die Zustimmung dazu, dass Kritik legitim ist: 75 Prozent der Befragten mit hoher formeller Bildung stimmen zu, bei niedriger Bildung sind es 63 Prozent.

Auch über alle Parteipräferenzen hinweg wird Kritik an der Politik der israelischen Regierung als legitim angesehen. Besonders deutlich ist die Zustimmung unter Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen (79 Prozent), der SPD (76 Prozent), der Partei Die Linke (73 Prozent) und der CDU/CSU (72 Prozent). Geringer, aber immer noch mehrheitlich stimmen Wähler:innen der AfD (59 Prozent) zu, dass Kritik legitim ist.

Abbildung 19 | Legitimität von Kritik an israelischer Regierung



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Zustimmung zur Aussage: „Es ist legitim, hierzulande die Politik der israelischen Regierung zu kritisieren.“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

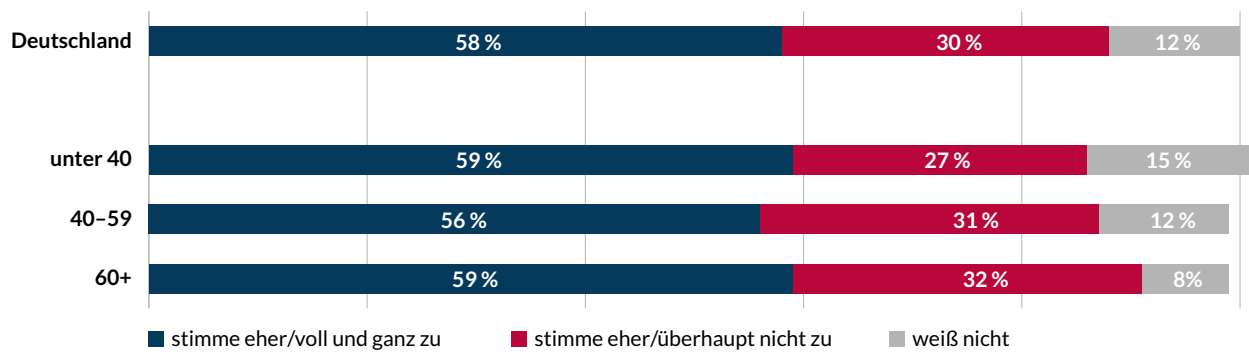
Die Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts seit dem 7. Oktober 2023 macht sich im Alltag vieler Menschen auch in Deutschland bemerkbar. Der Konflikt spielt eine Rolle in den Sozialen Medien, an Schulen und Universitäten. Zahlreiche Demonstrationen und andere Proteste prangern das Vorgehen des israelischen Militärs in Gaza an – häufig von palästinensischen Gruppierungen organisiert. Wir haben daher erstmals in dieser Studienreihe gefragt, ob die Menschen in Deutschland friedliche Proteste von Palästinenser:innen auf deutschen Straßen für legitim halten. Insgesamt ist eine knappe Mehrheit von 58 Prozent der Befragten dieser Meinung (Abb. 20, Seite 38). Knapp ein Drittel spricht sich allerdings dagegen aus. Dabei bestehen deutliche Unterschiede nach Bildungsgrad: Während mit 70 Prozent mehr als zwei Drittel der hoch Gebildeten friedliche Proteste als legitim ansehen, ist es unter Personen mit niedriger Bildung nur etwa jede:r Zweite.

Die Parteipräferenzen spiegeln ebenfalls die überwiegend positive Haltung, zeigen aber auch Unterschiede: Unter den Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen sind mit 86 Prozent besonders viele der Ansicht, dass friedliche palästinensische Proteste legitim sind, gefolgt von Anhänger:innen der Partei Die Linke (77 Prozent), der SPD (71 Prozent) sowie – mit deutlichem Abstand – der CDU/CSU (61 Prozent).

Anders die AfD-Anhänger:innen: Von ihnen sieht etwa die Hälfte (52 Prozent) friedliche Proteste von Palästinenser:innen als nicht legitim an – mehr als ein Viertel von ihnen hält sie für „überhaupt nicht“ legitim. Dahinter steht vermutlich eher eine migrationsablehnende Haltung als eine Ablehnung des demokratischen Demonstrations- und Versammlungsrechts.

Insgesamt zeigt sich, dass friedliche Proteste für palästinensische Rechte in Deutschland mehrheitlich als legitim angesehen werden – mit deutlichen Unterschieden nach Bildung, Parteipräferenz und politischer Grundhaltung.

Abbildung 20 | Legitimität von palästinensischen Protesten



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Zustimmung zur Aussage: „Es ist legitim, wenn Palästinenser hierzulande friedlich für ihre Rechte demonstrieren.“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

# Judentum und Antisemitismus in Deutschland

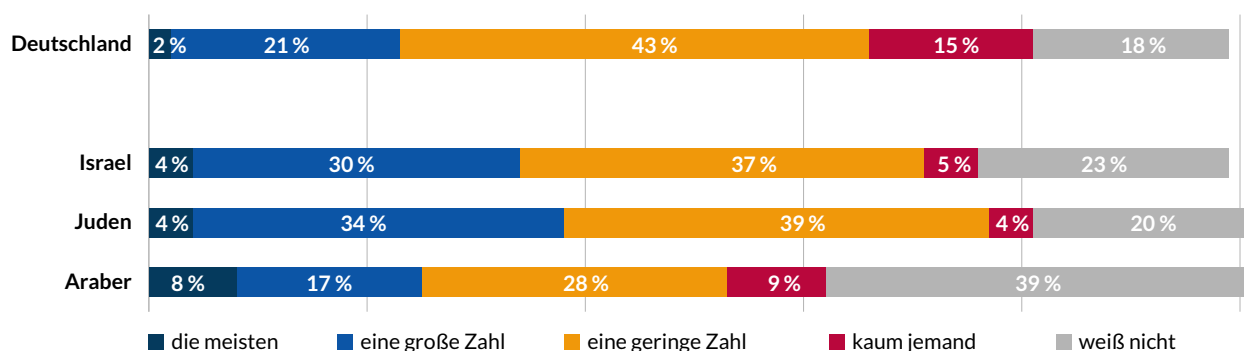
Nachdem wir bereits mit der Erinnerung an den Holocaust sowie dem Nahostkonflikt zwei relevante Bezugspunkte beider Länder und die unterschiedlichen Blickwinkel darauf untersucht haben, werfen wir nun ein Schlaglicht auf die Wahrnehmung von Antisemitismus in Deutschland – aus deutscher wie israelischer Perspektive.

Bevor wir die antisemitischen Einstellungen selbst vertiefend analysieren, blicken wir zunächst auf die Wahrnehmung. Wie beurteilen die israelischen und die deutschen Befragten das aktuelle gesellschaftliche Klima in Deutschland in Hinblick auf Antisemitismus? Ist dieser aus ihrer Sicht ein wachsendes Problem? Abschließend untersuchen wir, wie stark aus Sicht der deutschen und israelischen Befragten Jüdinnen und Juden in Deutschland von Antisemitismus betroffen sind und wie die politischen Maßnahmen gegen Antisemitismus eingeschätzt werden.

## Wahrnehmung von Antisemitismus

23 Prozent der Befragten in Deutschland sind der Ansicht, dass eine große Zahl oder die meisten Menschen hierzulande negativ gegenüber Jüdinnen und Juden eingestellt sind (Abb. 21). Das ist ein Anstieg um fünf Prozentpunkte gegenüber 2021. In Israel geht der Trend in die andere Richtung: Hier glaubten 2021 noch 40 Prozent, dass Deutsche in weiten Teilen judenfeindlich eingestellt sind, 2025 sind es 34 Prozent. Allerdings gehen jüdische Israelis etwas häufiger von antisemitischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung aus (38 Prozent, minus sechs Prozentpunkte), während es bei den arabischen Israelis – unverändert gegenüber der letzten Erhebung – nur 25 Prozent sind.

Abbildung 21 | Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber Jüdinnen und Juden



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Wie beurteilen Sie die allgemeine Einstellung gegenüber Juden in Deutschland? Sind die meisten, eine große Zahl, eine geringe Zahl oder kaum jemand gegen die Juden eingestellt?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

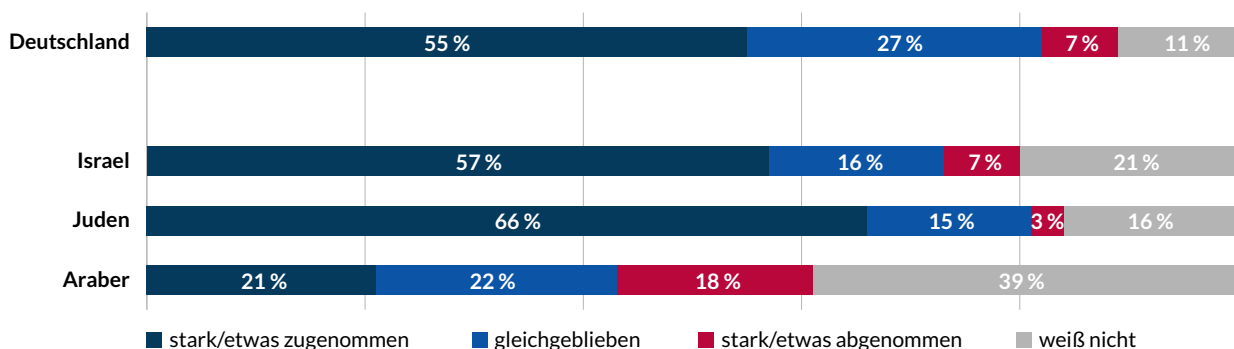
Der positive Trend in Israel ist bemerkenswert in Anbetracht des erschreckenden Anstiegs antisemitischer Straftaten in Deutschland und Europa nach dem 7. Oktober 2023. Eine Erklärung dafür dürfte in der starken Binnenorientierung vieler israelischer Medien liegen: Internationale Vorfälle, auch antisemitische, werden meist nur in Haaretz oder Times of Israel ausführlicher aufgegriffen. Beide haben nur eine sehr kleine Reichweite. Auch die wahrgenommene Unterstützung Israels durch die deutsche Bundesregierung könnte eine Rolle spielen, woraus auf eine positive Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber Jüdinnen und Juden geschlossen würde. Festzuhalten bleibt gleichwohl: In Israel ist die Meinung über die Deutschen in Bezug auf antisemitische Einstellungen insgesamt kritischer als die der Deutschen über sich selbst.

In Deutschland zeigen sich leichte Unterschiede nach Geschlecht: Männer glauben eher, dass viele Menschen in Deutschland negativ gegenüber Jüdinnen und Juden eingestellt sind, während knapp ein Viertel der Frauen hierzu keine Einschätzung geben möchte. Bei den Parteipräferenzen liegen die demokratischen Parteien nah beieinander: Rund ein Viertel der Wähler:innen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke ist der Auffassung, dass eine große Zahl oder die Mehrheit in Deutsch-

land gegenüber Jüdinnen und Juden negativ eingestellt ist. Unter AfD-Wähler:innen liegt dieser Anteil nur bei etwa einem Sechstel, während 62 Prozent von ihnen angeben, dass kaum jemand oder nur eine geringe Zahl negativ gegenüber Jüdinnen und Juden eingestellt ist.

In Israel glauben Frauen mit 39 Prozent häufiger an eine ablehnende Haltung in der deutschen Bevölkerung gegenüber Jüdinnen und Juden als Männer (30 Prozent). Und während nur ein Drittel der säkularen Jüdinnen und Juden von dieser negativen Haltung ausgeht, liegt dieser Wert bei traditionellen (39 Prozent), religiösen (45 Prozent) und ultraorthodoxen (44 Prozent) Jüdinnen und Juden deutlich höher. Besonders Wähler:innen von HaTzionut HaDatit (52 Prozent) und HaMachane HaMamlachi (48 Prozent) glauben, dass Deutsche in weiten Teilen judenfeindlich eingestellt sind. Unter den Wähler:innen von Likud und Yesh Atid sind es nur 41 beziehungsweise 37 Prozent. Auffällig ist der höhere Anteil unter den Wähler:innen von HaMachane HaMamlachi gegenüber denen von Likud – das steht im Gegensatz zu anderen Befunden, die zeigten, dass vor allem rechte Wählergruppen besonders kritisch gegenüber Deutschland eingestellt sind. Eine mögliche Erklärung liegt in einer gewachsenen Enttäuschung angesichts der europäischen Reaktion auf den 7. Oktober

Abbildung 22 | Entwicklung von Antisemitismus in Deutschland



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Sind Sie der Auffassung, dass Antisemitismus, also Judenfeindlichkeit, in Deutschland in den letzten fünf Jahren zugenommen hat, gleichgeblieben ist oder abgenommen hat?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

2023, die bei liberal-zionistischen Gruppen stärker ins Gewicht fällt als bei eher sicherheitsorientierten oder weniger auf internationale Rückendeckung bedachten rechten Wähler:innen.

Einig ist sich eine Mehrheit der Deutschen (55 Prozent) und der Israelis (57 Prozent), dass Antisemitismus in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren eher oder stark zugenommen hat (Abb. 22, Seite 40). Diese Werte sind im Vergleich zu 2021 in beiden Ländern leicht gestiegen: Damals glaubten noch 52 Prozent der deutschen und 51 Prozent der israelischen Befragten, dass Antisemitismus zugenommen hat.

In Deutschland fällt besonders ein Altersunterschied auf: Während zwei Drittel der Befragten ab 60 Jahren (66 Prozent) eine Zunahme von Antisemitismus wahrnehmen, sind es bei den unter 40-Jährigen lediglich 46 Prozent. Besonders Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen glauben, dass Antisemitismus in den letzten fünf Jahren an Zustimmung gewonnen hat (74 Prozent); das denkt auch eine knappe Mehrheit der Anhänger:innen von CDU/CSU, SPD und Die Linke (59, 57 und 56 Prozent). AfD-Wähler:innen gehen seltener von einer Zunahme aus (45 Prozent), zudem gibt hier jede:r Sechste an, keine klare Meinung dazu zu haben. Die hohe Sensibilität gegenüber Antisemitismus unter Wähler:innen der Grünen hängt möglicherweise weniger mit einem allgemein ‚progressiven‘ Milieu zusammen als vielmehr dem überdurchschnittlich hohen Bildungsniveau unter den Anhänger:innen dieser Partei.

In Israel zeigen sich erneut besonders deutliche Unterschiede zwischen jüdischen und arabischen Befragten: Zwei Drittel der jüdischen Israelis (66 Prozent) sind der Meinung, dass Antisemitismus in Deutschland zugenommen hat, während dies in der arabischen Bevölkerung nur jede:r Fünfte so sieht. Auch unter den Jüdinnen und Juden variieren die Einschätzungen je nach religiöser Orientierung: Während 56 Prozent der traditionell eingestellten Jüdinnen und Juden eine Zunahme von Antisemitismus wahrnehmen, ist dieser Anteil unter säkularen (69 Prozent), religiösen (75 Prozent) und ultraorthodoxen Jüdinnen und Juden (71 Prozent) deutlich höher.

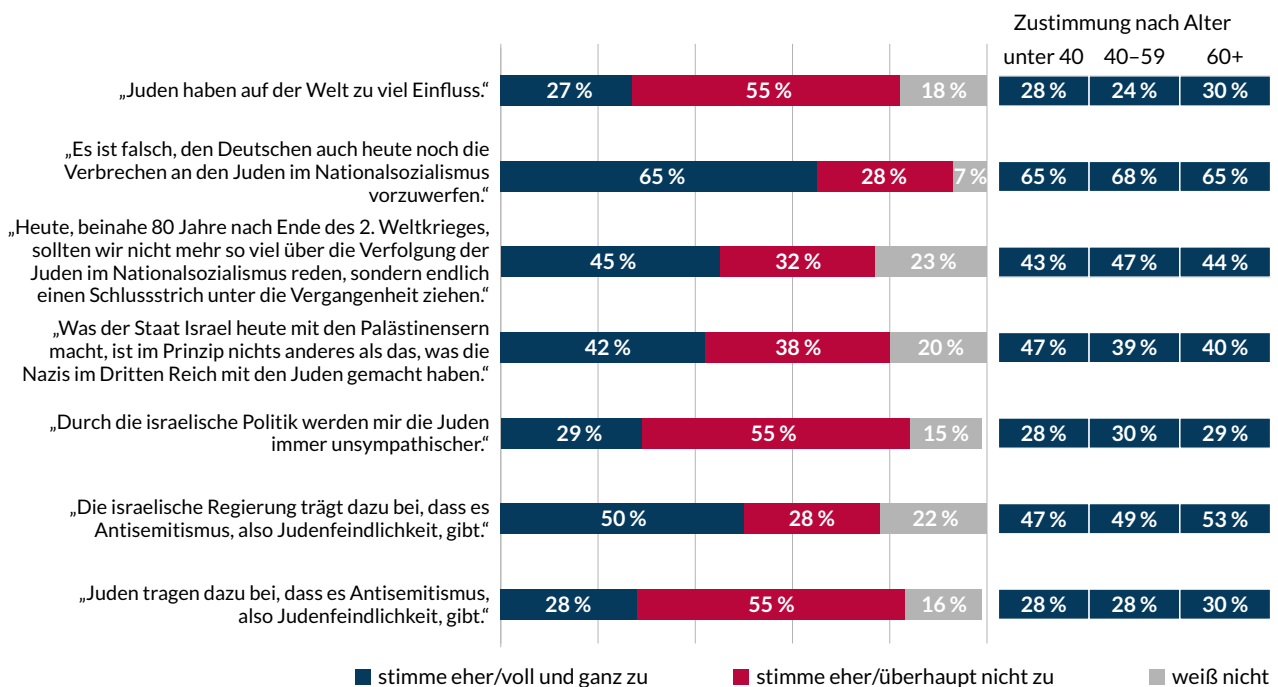
Besonders verbreitet ist die Ansicht, dass in Deutschland Antisemitismus zugenommen hat, unter den Wähler:innen von HaMachane HaMamlachi (80 Prozent), gefolgt von den Wähler:innen von Yesh Atid (69 Prozent), HaTzionut HaDatit (67 Prozent) und Likud (60 Prozent). Das deckt sich mit der zuvor skizzierten Vermutung, dass insbesondere liberal-zionistische Wähler:innen sensibel für antisemitische Tendenzen in Deutschland sind – möglicherweise, weil sie sich trotz zunehmender Entfremdung weiterhin als Teil eines gemeinsamen Wertewestens begreifen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass antisemitische Übergriffe in Europa und den USA, besonders seit dem 7. Oktober 2023, in beiden Ländern, Deutschland und Israel, von einem Großteil der Menschen als zunehmendes Problem wahrgenommen werden. Der Binnenorientierung vieler israelischer Medien und der damit verbundenen begrenzten Aufmerksamkeit für Entwicklungen in Europa ist es zu zuschreiben, dass in Teilen der israelischen Bevölkerung die Wahrnehmung eines zunehmenden deutschen Antisemitismus weniger ausgeprägt ist. Besonders stark wird Antisemitismus von den älteren Befragten in Deutschland wahrgenommen, ebenso wie von religiösen Jüdinnen und Juden in Israel. Unter AfD-Wähler:innen herrscht insgesamt ein geringeres Bewusstsein für die Verbreitung und Entwicklung von Antisemitismus als in allen anderen Parteien.

## Antisemitische Einstellungen

Soweit die Wahrnehmungen – doch wie ist es tatsächlich um die Judenfeindlichkeit in Deutschland bestellt? Dazu haben wir in Fortsetzung früherer Erhebungen der Studienreihe die Einstellungen der Befragten erfasst. Antisemitismus wird in der Regel als ein Bündel stereotyper und abwertender Überzeugungen und Tropen beschrieben, in denen Judenfeindlichkeit zum Ausdruck kommt. Dabei wird zwischen klassischem, sekundärem (z. B. Erinnerungsabwehr oder Täter-Opfer-Umkehr) und israelbezogenem Antisemitismus unterschieden. Um

Abbildung 23 | Antisemitische Einstellungen in Deutschland



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Zustimmung zu den jeweiligen Aussagen. Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100. Bei der Aussage „Heute, beinahe 80 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges, sollten wir nicht mehr so viel über die Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus reden, sondern endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen“ wurden bei der Umfrage andere Antwortoptionen angewendet als hier abgebildet. „Falsch“ wurde „stimme eher/überhaupt nicht zu“ zugeordnet, „richtig“ der Antwortoption „stimme eher/voll und ganz zu“. Die Antworten „weiß nicht“ und „unentschieden“ wurden „weiß nicht“ zugeordnet. Für eine genaue Aufteilung siehe Abb. 8, Seite 21.

Basis: alle Befragten (Deutschland); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

eine Einschätzung der Verbreitung von Antisemitismus in Deutschland zu erhalten, haben wir mit einer Reihe von Fragen diese verschiedenen antisemitischen Einstellungsmuster erhoben (Abb. 23). Dabei hat unsere Studie nicht den Anspruch, antisemitische Einstellungen in Deutschland in ihrer ganzen Komplexität zu erfassen. Gleichwohl lassen unsere Ergebnisse erkennen: Im Vergleich zu 2021 hat insbesondere der israelbezogene Antisemitismus zugenommen. Dabei zeigen sich bedeutende Unterschiede nach soziodemografischen Merkmalen sowie der Parteipräferenz der Befragten.

Insgesamt stimmten 36 Prozent mindestens vier der Aussagen zum Antisemitismus zu und befürworteten somit mehr als die Hälfte der genutzten Items. Damit weist über ein Drittel klare antisemitische

Einstellungsmuster auf. 24 Prozent der Befragten stimmen mindestens fünf der Aussagen zu und sieben Prozent der Befragten sogar allen.

Die Aussage „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“ ist ein zentrales Indikator-Item zur Messung von klassischem Antisemitismus. Sie stößt in der aktuellen Erhebung mit 27 Prozent auf mehr Zustimmung als noch 2021 (24 Prozent). Der größte Anstieg ist in der Gruppe der unter 40-Jährigen zu verzeichnen. Hier erhält die Aussage mit 28 Prozent inzwischen doppelt so viel Zustimmung wie noch 2021. Damit erreicht die Gruppe der unter 40-Jährigen einen ähnlich hohen Wert wie die anderen Altersgruppen. Vor allem nach Geschlecht und Bildungsniveau zeigen sich bedeutende Unterschiede. Männer stimmen der Aussage mit 32 Prozent deutlich

häufiger zu als Frauen mit 23 Prozent. Die meiste Zustimmung äußern junge Männer unter 40 Jahren (36 Prozent), wohingegen die Frauen in dieser Altersgruppe die geringste Zustimmung angeben (20 Prozent). Unter Befragten mit niedriger Bildung ist die Zustimmung mit 33 Prozent ebenfalls besonders hoch.

Der sekundäre Antisemitismus äußert sich vor allem in einer Abwehrhaltung gegenüber der Erinnerung an die Shoah und der damit verbundenen Verantwortung. Der Aussage „Es ist falsch, den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden im Nationalsozialismus vorzuwerfen“ stimmen 65 Prozent der Befragten zu. Im Vergleich zu 2021 ist dies ein Rückgang um vier Prozentpunkte. In Ostdeutschland ist der Rückgang mit zehn Prozentpunkten besonders ausgeprägt. Hier zeigt sich ebenfalls ein deutlicher Zusammenhang mit dem Bildungsniveau: 72 Prozent der niedrig Gebildeten stimmen der Aussage zu, aber nur 61 Prozent der höher Gebildeten. Auch einen Schlusstrich unter die Vergangenheit des Nationalsozialismus zu ziehen, halten heute etwas weniger Menschen für richtig. 2021 stimmten noch 49 Prozent der Befragten dieser Aussage zu, inzwischen sind es 45 Prozent. Wiederrum ist der Rückgang in Ostdeutschland besonders deutlich ausgeprägt, von 51 Prozent auf 44 Prozent. Auch bei dieser Aussage liegt die Zustimmung unter niedrig Gebildeten mit 52 Prozent deutlich höher als unter höher Gebildeten (38 Prozent).

Deutlich zugenommen hat der israelbezogene Antisemitismus. 42 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass das, was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, im Prinzip nichts anderes sei als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben – ein Anstieg um sieben Prozentpunkte gegenüber 2021. 29 Prozent bejahen, dass ihnen durch die israelische Politik die Juden immer unsympathischer würden (2021: 21 Prozent). Bei beiden Aussagen ist die Zustimmung unter jüngeren Menschen besonders stark gestiegen. So stimmen 47 Prozent der unter 40-Jährigen der NS-Vergleichsaussage zu (plus elf Prozentpunkte), bei der zweiten Aussage hat sich die Zustimmung in dieser

Altersgruppe auf 28 Prozent verdoppelt. Eine große Rolle spielt auch das Bildungsniveau: Befragte mit niedriger Bildung stimmen der Aussage, dass das, was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, im Prinzip nichts anderes sei als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben, mit 46 Prozent häufiger zu als höher Gebildete (40 Prozent). Und auch der Aussage, dass ihnen durch die israelische Politik die Juden immer unsympathischer würden, stimmen sie mit 34 Prozent häufiger zu als Befragte mit höherem Bildungsniveau (27 Prozent).

Ein bedeutender Zusammenhang lässt sich zwischen antisemitischen Einstellungen und Parteipräferenz feststellen. Klassischer Antisemitismus ist besonders stark unter Wähler:innen der AfD verbreitet (37 Prozent Zustimmung zu der Aussage „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“). Unter den Wähler:innen der (ehemaligen) Volksparteien CDU/CSU und SPD liegt die Zustimmungsrate bei immerhin 31 beziehungsweise 30 Prozent, unter Wähler:innen der Partei Die Linke sind es 21 Prozent. Mit deutlichem Abstand ist die Zustimmung unter den Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen am geringsten – hier liegt sie lediglich bei acht Prozent. Interessant sind die Verschiebungen bei den klassisch antisemitischen Einstellungen nach Parteipräferenz gegenüber 2021: Während inzwischen mehr Wähler:innen der SPD (2021: 20 Prozent) sowie der Partei Die Linke (2021: zwölf Prozent) der entsprechenden Aussage zustimmen, ging die Zustimmung unter Wähler:innen der AfD (2021: 48 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (2021: 14 Prozent) zurück. Etwa gleich blieb die Zustimmung unter den Wähler:innen der CDU/CSU (2021: 30 Prozent). Der Rückgang klassisch antisemitischer Einstellungen unter den Wähler:innen der AfD lässt sich vermutlich weniger durch einen Einstellungswandel innerhalb der AfD-Anhängerschaft erklären als durch eine Veränderung ihrer Zusammensetzung. Zwischen 2021 und 2025 gewann die Partei erheblich an neuen Wähler:innen hinzu – vor allem aus dem Lager der bisherigen Nichtwähler:innen sowie von CDU/CSU und FDP. Umgekehrt dürfte der Rückgang der Zustimmungsraten unter den Wähler:innen des Bündnis 90/Die Grünen darauf zu-

rückzuführen sein, dass sich ihre Wählerschaft im gleichen Zeitraum stärker auf ein werteorientiertes, urbanes und bildungsnahe Kernmilieu konzentriert hat, das antisemitischen Einstellungen besonders deutlich ablehnend gegenübersteht.

Bei der Aussage „Es ist falsch, den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden im Nationalsozialismus vorzuwerfen“ ist die höchste Zustimmung erneut unter Wähler:innen der AfD (79 Prozent) zu finden, gefolgt von Wähler:innen der CDU/CSU (71 Prozent) und der SPD (64 Prozent). Mit Abstand am geringsten ist wieder die Zustimmung unter Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen (39 Prozent).

Auch beim israelbezogenen Antisemitismus zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Anhänger:innen der Parteien. Die Aussage „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“ findet unter Wähler:innen der Partei Die Linke mit 53 Prozent die größte Zustimmung, gefolgt von denen der AfD mit 43 Prozent. Am geringsten fällt die Zustimmung bei Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen aus (39 Prozent).

Bei der Aussage „Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer“ ergibt sich ein differenziertes Bild: Die Wähler:innen der AfD stimmen ihr mit 37 Prozent am meisten, die Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen mit 17 Prozent am wenigsten zu. Unter Wähler:innen der Partei Die Linke liegt die Zustimmung bei 23 Prozent – deutlich niedriger als bei der vorausgehenden Aussage. Dies deutet darauf hin, dass der israelkritische Diskurs im Kontext des Gazakrieges nicht notwendig in eine generalisierende Ablehnung von Jüdinnen und Juden als Kollektiv übergeht. In den gegenläufigen Ergebnissen der „gegen Israel“ und „gegen Jüdinnen und Juden“ gerichteten Aussagen spiegeln sich möglicherweise auch die derzeitigen Auseinandersetzungen zwischen rassistischen und antisemitismuskritischen Haltungen in linken Kreisen.

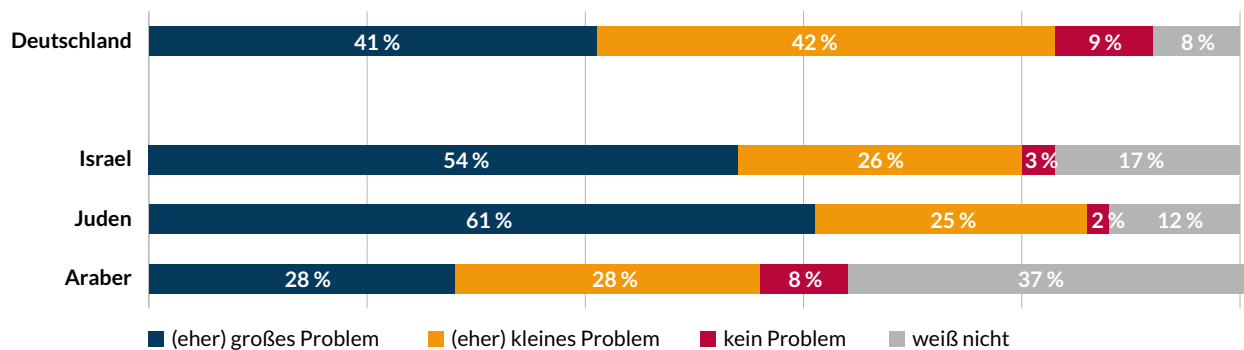
Die Ergebnisse verdeutlichen, dass sich antisemitische Einstellungen in Deutschland entlang soziodemografischer Faktoren und politischer Überzeugungen unterscheiden. Klassischer Antisemitismus findet vor allem bei jüngeren Männern und Personen mit niedrigem Bildungsniveau Zustimmung. Auch sekundärer und israelbezogener Antisemitismus ist unter niedrig Gebildeten weit verbreitet. Besonders alarmierend ist der Anstieg antisemitischer Haltungen unter jungen Menschen.

## Antisemitismus als gesellschaftliches Problem und die Betroffenheit von Jüdinnen und Juden

Nach diesen Befunden stellt sich die Frage, wie stark Antisemitismus in Deutschland als ernst zu nehmendes Problem wahrgenommen wird, das die gesamte Gesellschaft angeht und eine konkrete Gefahr für die jüdische Bevölkerung darstellt. Um diese Frage zu beantworten, untersuchten wir, ob die Befragten die Jüdinnen und Juden in Deutschland einer Diskriminierung und Sicherheitsbedrohung ausgesetzt sehen.

Deutliche Unterschiede zeigen sich bei der Wahrnehmung von Antisemitismus als gesellschaftlichem Problem in Deutschland zwischen der deutschen und der israelischen Gesellschaft (Abb. 24, Seite 45). In Deutschland gehen 51 Prozent der Befragten von einem (eher) kleinen oder gar keinem Problem aus, während in Israel 54 Prozent den deutschen Antisemitismus als ein (eher) großes Problem wahrnehmen. Die Werte für Deutschland zeigen gegenüber 2021 kleine, aber relevante Verschiebungen: 2021 nannten 41 Prozent der Befragten Antisemitismus ein (eher) großes Problem, 49 Prozent ein (eher) kleines Problem. In der aktuellen Erhebung liegt der Anteil derjenigen, die Antisemitismus als (eher) großes Problem bewerten, weiterhin bei 41 Prozent, während der Anteil derjenigen, die ihn als (eher) kleines Problem einschätzen, auf 42 Prozent gesunken ist – ein Rückgang um etwa sieben Prozentpunkte.

Abbildung 24 | Antisemitismus als gesellschaftliches Problem



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Sind Sie der Auffassung, dass Antisemitismus, also Judenfeindlichkeit, ein (eher) großes, (eher) kleines oder kein Problem in Deutschland ist?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Zudem sind nun, gegenüber 2021, doppelt so viele Befragte unentschieden (acht Prozent). In Israel zeigen sich im Vergleich zu 2021 nur geringe Veränderungen, unter anderem ein um vier Prozentpunkte gestiegener Anteil an Unentschiedenen.

In Deutschland lässt sich eine stärkere Problemwahrnehmung in den höheren Altersgruppen feststellen: Während 37 Prozent der Befragten unter 40 Jahren Antisemitismus als (eher) großes Problem betrachten, sind es bei den über 60-Jährigen 46 Prozent. Auch die Parteipräferenz macht einen deutlichen Unterschied: 61 Prozent der Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen sehen Antisemitismus als ein (eher) großes Problem, unter den Anhänger:innen der SPD sind es 49 Prozent, unter denen der Partei Die Linke 42 Prozent und der CDU/CSU nur 40 Prozent. Die vergleichsweise niedrige Problemwahrnehmung unter konservativen Wähler:innen überrascht angesichts der öffentlichen Positionierungen der Partei. Unter AfD-Wähler:innen ist die Problemwahrnehmung besonders gering ausgeprägt: Nur 31 Prozent halten Antisemitismus für ein (eher) großes Problem, jede:r Fünfte sieht gar kein Problem.

In Israel sind es vor allem jüdische Befragte, die Antisemitismus in Deutschland als ernst zu nehmendes Problem einstufen (61 Prozent). Unter arabischen Israelis sind es immerhin 28 Prozent, die von einem

(eher) großen Antisemitismusproblem in Deutschland ausgehen. Dies ist ein vergleichsweise hoher Wert, wenn man bedenkt, dass das Thema historisch, biografisch und politisch nur die jüdische Erfahrung betrifft. Zudem ist ein gutes Drittel der arabischen Befragten (37 Prozent) unentschieden.

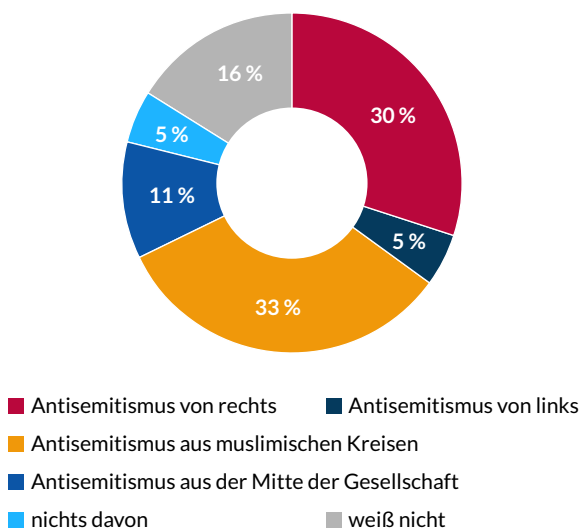
Die Unterschiede nach Parteipräferenzen fallen in Israel weniger stark aus: Am häufigsten sehen Wähler:innen von HaTzionut HaDatit (71 Prozent) ein (eher) großes Problem, gefolgt von den Anhänger:innen von HaMachane HaMamlachi (68 Prozent), Yesh Atid (62 Prozent) und Likud (59 Prozent). Dass hier über alle ideologischen Differenzen hinweg fast ein Konsens festzustellen ist, belegt, wie prägend die kollektive jüdische Erfahrung an diesem Punkt ist.

In der gegenwärtigen bundesdeutschen Diskussion geht es immer wieder darum, aus welcher gesellschaftlichen Richtung Antisemitismus vor allem kommt und jüdisches Leben bedroht. Diese Debatten sind häufig ideologisch aufgeladen und werden teilweise auch aus rassistischen und muslimfeindlichen Motiven heraus geführt. Vor diesem Hintergrund haben wir in dieser Studienreihe erstmals von den deutschen Befragten wissen wollen, welche Formen von Antisemitismus sie als größte Bedrohung in Deutschland wahrnehmen.

Insgesamt werden hier am häufigsten Antisemitismus aus muslimischen Kreisen (33 Prozent) sowie Antisemitismus von rechts (30 Prozent) genannt (Abb. 25). Antisemitismus aus der gesellschaftlichen Mitte wird von elf Prozent und Antisemitismus von links von lediglich fünf Prozent der Befragten als Bedrohung eingestuft. Mit Blick auf die aktuelle Kriminalstatistik zeigt sich, dass insbesondere Antisemitismus von rechts unterschätzt wird.<sup>5</sup> Mit 3.016 (48 Prozent) von insgesamt 6.236 Straftaten hatten diese den weitaus größten Anteil. Durch ausländische Ideologien motivierte antisemitische Straftaten folgen mit 1.940 Fällen (31 Prozent). In dieser Kategorie werden insbesondere Delikte im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt erfasst. Antisemitische Straftaten islamistischer oder fundamentalistischer Motivation wurden 685-mal polizeilich

5 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/866547/umfrage/polizeilich-erfasste-antisemitische-delikte-in-deutschland-nach-bereichen/>

Abbildung 25 | Formen des Antisemitismus



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Welche Form des Antisemitismus stellt die größte Bedrohung in Deutschland dar?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

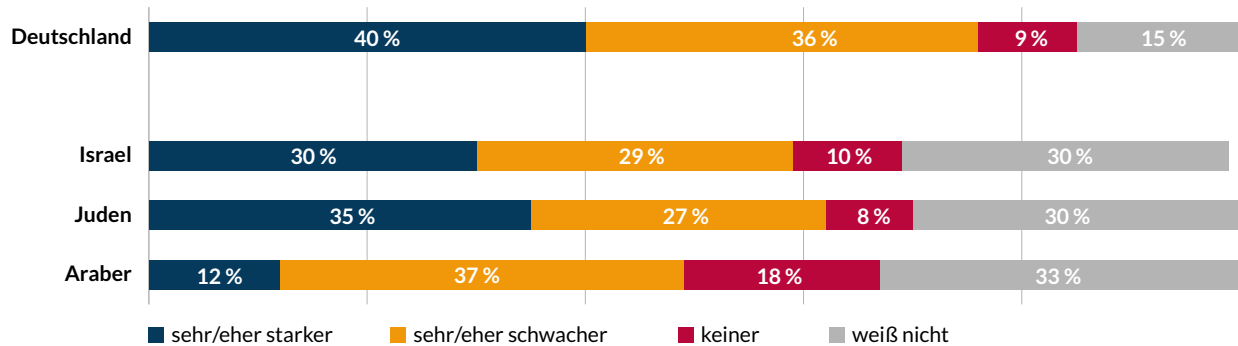
Basis: alle Befragten (Deutschland); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

erfasst – Straftaten, die eindeutig muslimischen Kreisen zugeordnet sind, machen somit einen Anteil von elf Prozent aus. Dabei ist zu beachten, dass islamistisch motivierte Taten auch anteilig in der Kategorie ‚ausländische Ideologien‘ (31 Prozent) enthalten sein dürften.

Je nach Parteipräferenz unterscheiden sich die Wahrnehmungen antisemitischer Bedrohungen zum Teil erheblich: Für Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen (52 Prozent), SPD (43 Prozent) und Die Linke (40 Prozent) ist vor allem Antisemitismus von rechts eine Bedrohung. Dagegen nehmen insbesondere Wähler:innen der AfD (50 Prozent) und der CDU/CSU (38 Prozent) Antisemitismus aus muslimischen Kreisen als größte Gefahr wahr. Antisemitismus aus der Mitte oder von links wird über alle Parteien hinweg selten genannt. Allerdings benennen Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen häufiger Antisemitismus aus der Mitte (16 Prozent) und Wähler:innen der AfD Antisemitismus von links (neun Prozent) als größte Bedrohung.

Jüdinnen und Juden werden in Deutschland diskriminiert – davon ist eine Mehrheit der Befragten in beiden Ländern überzeugt (Abb. 26, Seite 47). Während in Deutschland rund drei Viertel (76 Prozent) eine mehr oder minder starke Diskriminierung von Jüdinnen und Juden wahrnehmen, sind es in Israel 59 Prozent – dort ist der Anteil unentschiedener Befragter jedoch deutlich höher (30 Prozent versus 15 Prozent). Auch hier ist als möglicher Grund zu nennen, dass viele Menschen in Israel die deutschen Verhältnisse nicht gut kennen und kaum internationale Medien verfolgen. Seit 2021 ist in beiden Ländern der Anteil der Menschen, die glauben, dass Jüdinnen und Juden diskriminiert werden, gesunken: in Deutschland um sechs Prozentpunkte, in Israel um sieben Prozentpunkte. In beiden Ländern hält sich der Anteil derer, die eine starke oder eine schwache Diskriminierung wahrnehmen, in etwa die Waage. In Deutschland sind 40 Prozent der Befragten der Ansicht, dass Jüdinnen und Juden stark diskriminiert werden. In Israel teilen 30 Prozent (35 Prozent der Jüdinnen und Juden) diese Einschätzung.

Abbildung 26 | Diskriminierung von Jüdinnen und Juden in Deutschland



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Sehen sich Juden in Deutschland sehr/eher starker, sehr/eher schwacher oder keiner Diskriminierung ausgesetzt?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

[BertelsmannStiftung](#)

In Deutschland unterscheiden sich die Einschätzungen je nach Geschlecht geringfügig: Unter Frauen ist der Anteil derer, die eine starke Diskriminierung wahrnehmen, größer (42 Prozent) als unter Männern (38 Prozent). Diese glauben mehrheitlich, dass Jüdinnen und Juden eher schwach oder gar nicht diskriminiert werden (52 Prozent). Auch Parteipräferenzen spielen eine Rolle: Von einer starken Diskriminierung gehen eher Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen (57 Prozent), SPD (49 Prozent) und Die Linke (47 Prozent) aus, während Anhänger:innen von AfD (50 Prozent) und CDU/CSU (51 Prozent) überwiegend eine schwache oder keine Diskriminierung sehen. Auffällig ist, dass Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen vergleichsweise häufig der Meinung sind, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland stark diskriminiert werden. Das wird in der öffentlichen Debatte bislang eher der CDU zugeschrieben.

In Israel treten teils deutlichere soziodemografische Unterschiede auf. Frauen glauben mit einem Anteil von 33 Prozent häufiger, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland stark diskriminiert werden, als Männer (27 Prozent). Rund ein Drittel der Befragten unter 60 Jahren geht von einer starken Diskriminierung aus, während es bei den über 60-Jährigen nur 21 Prozent sind. Jüngere Befragte scheinen demnach ein stärkeres

Problembewusstsein zu haben, möglicherweise, weil sie in ihrem Wahlverhalten eher der aktuellen Regierung zuneigen.

Während 35 Prozent der jüdischen Israelis von einer starken Diskriminierung ausgehen, sind es unter arabischen Israelis nur zwölf Prozent; eine Mehrheit (55 Prozent) von ihnen glaubt, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland eher schwach oder gar nicht diskriminiert werden. Unter jüdischen Israelis besteht ein Zusammenhang zwischen religiöser Orientierung und der Wahrnehmung von Diskriminierung: Während 29 Prozent der säkular lebenden Jüdinnen und Juden von einer starken Diskriminierung ausgehen, liegt dieser Anteil unter traditionell (38 Prozent), religiös (40 Prozent) und ultraorthodox (37 Prozent) lebenden Jüdinnen und Juden deutlich höher. Auch parteipolitische Zugehörigkeiten spielen eine Rolle: Eine starke Diskriminierung wird häufiger von Wähler:innen der Regierungsparteien Likud (44 Prozent) und HaTzionut HaDatit (43 Prozent) als von Wähler:innen der Oppositionsparteien Yesh Atid (34 Prozent) und HaMachane HaMamlachti (35 Prozent) gesehen.

Antisemitismus führt nicht allein zu Diskriminierungen, sondern bedroht jüdisches Leben in Deutschland auch ganz konkret. Daher wollten wir

von den Befragten in Deutschland und Israel auch wissen, wie sicher ihrer Einschätzung nach Jüdinnen und Juden in Deutschland leben.

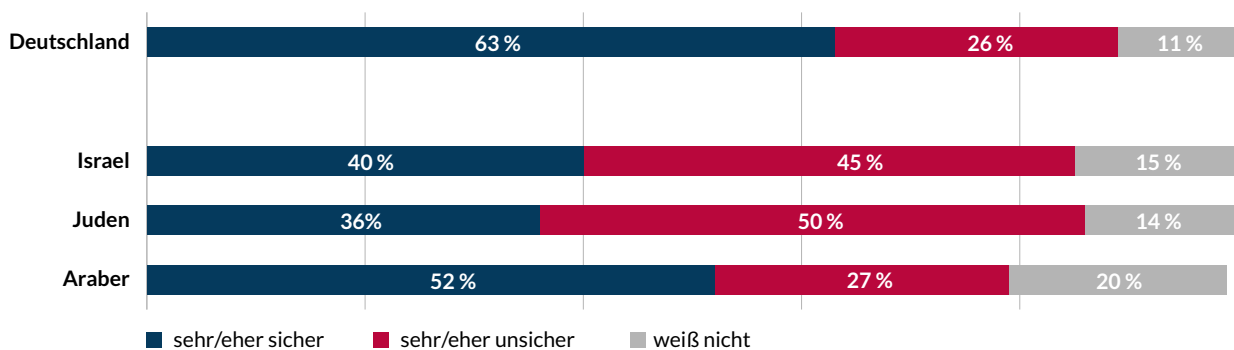
In Deutschland selbst überwiegt ein optimistisches Bild (Abb. 27): 63 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass Jüdinnen und Juden hierzulande eher oder sehr sicher sind (2021: 65 Prozent). Der leichte Rückgang um zwei Prozentpunkte steht im Kontrast zu dem de facto gestiegenen Schutzbedarf jüdischer Einrichtungen seit dem 7. Oktober 2023 und der Zunahme antisemitischer Vorfälle in Deutschland. In Israel wird die Situation deutlich kritischer gesehen. Hier glauben 45 Prozent der Befragten, dass jüdisches Leben in Deutschland eher oder sehr unsicher ist (2021: 43 Prozent). Auffällig ist, dass insbesondere unter arabischen Israelis das Bewusstsein für diese Unsicherheit zugenommen hat: Der Anteil derer, die so denken, ist seit 2021 von 15 auf 27 Prozent gestiegen. Dies dürfte auch mit der zunehmenden internationalen Aufmerksamkeit für das Thema jüdische Sicherheit seit dem 7. Oktober 2023 zusammenhängen.

In Deutschland zeigen sich Unterschiede insbesondere nach Geschlecht und Bildungsstand. Männer nehmen die Sicherheit von Jüdinnen und Juden in Deutschland deutlich positiver wahr als Frauen (71 versus 55 Prozent). Je höher das Bildungsniveau,

desto häufiger stufen Befragte jüdisches Leben in Deutschland als sicher ein: Während 68 Prozent der höher Gebildeten so denken, sind es bei den Befragten mit niedriger Schulbildung 57 Prozent. Auch die Parteipräferenz schlägt sich in der Wahrnehmung nieder: Mehrheitlich als sicher sehen Wähler:innen der SPD (69 Prozent), der CDU/CSU (67 Prozent), von Bündnis 90/Die Grünen (65 Prozent) und Die Linke (60 Prozent) jüdisches Leben in Deutschland an. Geringer fällt die Zustimmung unter Wähler:innen der AfD (54 Prozent) aus. Auffällig ist zudem, dass unter AfD-Wähler:innen der Anteil derer, die unentschieden sind, am größten ist (15 Prozent). Die geringere Einschätzung der Sicherheit von Jüdinnen und Juden unter AfD-Wähler:innen dürfte vor allem mit einem ausgeprägten Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen sowie starker Betonung eines „Antisemitismus der Anderen“ sowie mit ambivalenten Einstellungen zu Jüdinnen und Juden und Israel zusammenhängen. Diese Kombination führt zu einer insgesamt skeptischeren Wahrnehmung gesellschaftlicher Sicherheit und erklärt zugleich den überdurchschnittlich hohen Anteil Unentschiedener in dieser Wählergruppe.

Auch in Israel unterscheiden sich die Einschätzungen deutlich. Männer gehen mit 48 Prozent weitaus häufiger als Frauen (33 Prozent) davon aus, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher leben. Be-

Abbildung 27 | Sicherheit von Jüdinnen und Juden in Deutschland



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Glauben Sie, dass Juden in Deutschland sicher sind?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

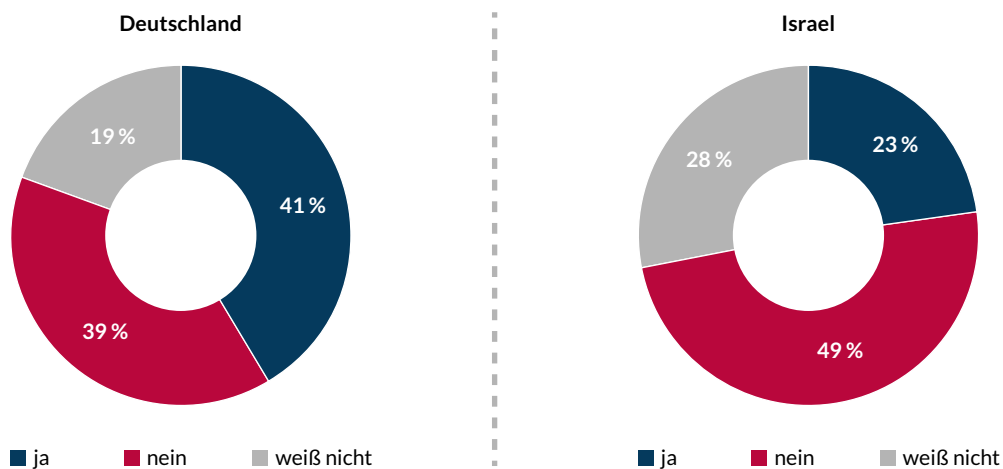
sonders deutlich ist der Unterschied zwischen jüdischen und arabischen Israelis: Während 50 Prozent der jüdischen Israelis jüdisches Leben in Deutschland als unsicher ansehen, ist dies nur bei 27 Prozent der arabischen Israelis der Fall. Säkular lebende Jüdinnen und Juden sind die einzige Bevölkerungsgruppe, bei der eine relative Mehrheit von 43 Prozent von einer sicheren Situation ausgeht. Dagegen glaubt eine Mehrheit der Traditionellen (58 Prozent), Religiösen (57 Prozent) und Ultraorthodoxen (53 Prozent), dass jüdisches Leben in Deutschland eher oder sogar sehr unsicher ist. Die Analyse nach Parteipräferenzen belegt einen Unterschied zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien: Wähler:innen der Regierungsparteien sehen jüdisches Leben in Deutschland häufiger als unsicher an als Wähler:innen der Oppositionsparteien. Das Spektrum reicht von HaTzionut HaDatit (61 Prozent) und Likud (60 Prozent) bis zu HaMachane HaMamlachti (50 Prozent) und Yesh Atid (45 Prozent). Dies dürfte mit der stärkeren sicherheitspolitischen Orientierung des Likud-Lagers zusammenhängen.

## Bewertung von politischen Maßnahmen

Unternimmt die deutsche Politik genug, um judenfeindlichen Einstellungen etwas entgegenzusetzen und Jüdinnen und Juden Schutz vor Übergriffen zu bieten? Auch hierzu haben wir die Befragten in beiden Ländern um ihre Einschätzung gebeten.

Bei der Bekämpfung judenfeindlicher Einstellungen ist das Meinungsbild in Deutschland geteilt (Abb. 28): 41 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die bisherigen Maßnahmen ausreichend sind, während 39 Prozent mehr Engagement von der Politik erwarten. In Israel fällt die Einschätzung kritischer aus. Knapp die Hälfte der Befragten (49 Prozent) wünscht sich ein stärkeres Vorgehen Deutschlands gegen judenfeindliche Einstellungen, während nur 23 Prozent die bisherigen Maßnahmen als ausreichend einstufen. Seit 2021 gab es bei dieser Frage nur geringe Verschiebungen; die Zahl der Unentschiedenen ist jedoch leicht gestiegen – in Deutschland um zwei Prozentpunkte, in Israel um vier.

Abbildung 28 | Bekämpfung von judenfeindlichen Einstellungen



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Sind Sie der Auffassung, dass die deutsche Politik genug unternimmt um judenfeindliche Einstellungen zu bekämpfen?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

In Deutschland machen vor allem die Faktoren Geschlecht und Bildung bei der Bewertung politischer Maßnahmen gegen judenfeindliche Einstellungen einen Unterschied: Nahezu die Hälfte der Männer (48 Prozent) hält die bisherigen Maßnahmen für ausreichend, während nur 36 Prozent der Frauen diese Einschätzung teilen. Das korrespondiert mit dem Befund, dass Frauen jüdisches Leben in Deutschland häufiger als unsicher einstufen. Zudem sehen Befragte mit niedriger Schulbildung die Maßnahmen der deutschen Politik seltener als ausreichend an als solche mit mittlerer oder höherer Bildung (38 versus jeweils 44 Prozent). Auch die Parteipräferenz wirkt sich auf das Antwortverhalten aus: Überwiegend zufrieden mit den bisherigen Maßnahmen sind die Wähler:innen von CDU/CSU (51 Prozent), SPD (46 Prozent) und AfD (41 Prozent). Demgegenüber betonen insbesondere Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen (53 Prozent) und der Partei Die Linke (48 Prozent), dass mehr geschehen müsse, um judenfeindliche Einstellungen zu bekämpfen.

Wie bei anderen Themen zeigen sich auch hier in Israel deutliche Differenzen nach soziodemografischen Merkmalen: Männer (30 Prozent) sind häufiger als Frauen (16 Prozent) der Ansicht, dass Deutschland bereits genug gegen antisemitische Einstellungen unternimmt. Jüngere Israelis unter 40 Jahren wünschen sich mehrheitlich (53 Prozent) einen stärkeren Einsatz der deutschen Politik gegen Judenfeindlichkeit. Bei den über 60-Jährigen sind es nur 45 Prozent. Am ausgeprägtesten ist der Unterschied zwischen jüdischen und arabischen Israelis: Während 59 Prozent der jüdischen Israelis meinen, dass die deutsche Politik nicht genug gegen judenfeindliche Einstellungen tut, glauben das 14 Prozent der arabischen Israelis. Umgekehrt halten 50 Prozent der arabischen Israelis die bisherigen Maßnahmen für ausreichend, unter den jüdischen Israelis sind es lediglich 15 Prozent. Auch innerhalb der jüdischen Bevölkerung zeigen sich markante Unterschiede: Jüdinnen und Juden aus säkularen Kreisen sind seltener (52 Prozent) der Ansicht, dass die deutsche Politik zu untätig ist, als traditionelle (57 Prozent), ultraorthodoxe (67 Prozent) und religiöse

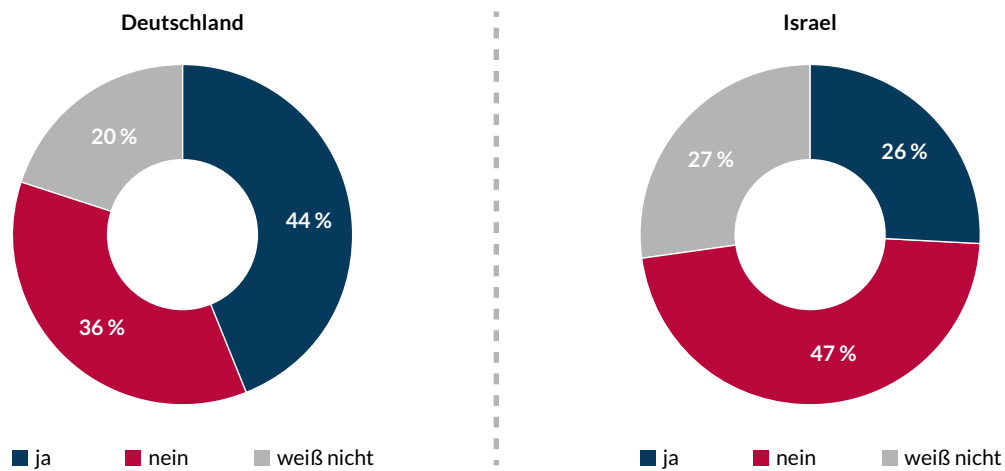
(73 Prozent) Jüdinnen und Juden. Nach Parteipräferenz ist das Meinungsbild vergleichsweise homogen: Wähler:innen von HaMachane HaMamlachti glauben am wenigsten, dass die deutsche Politik judenfeindliche Einstellungen ungenügend bekämpft (60 Prozent), unter Wähler:innen von HaTzionut HaDatit ist diese Wahrnehmung am verbreitetsten (69 Prozent). Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Einschätzungen in Israel vor allem nach der Zugehörigkeit zur jüdischen beziehungsweise arabischen Bevölkerungsgruppe, nach Religiosität, Geschlecht und Alter variieren.

Ein ähnliches Meinungsbild zeichnet sich bei der Frage nach dem Schutz vor Übergriffen ab (Abb. 29, Seite 51). In Deutschland ist eine Mehrheit der Befragten der Auffassung, dass die deutsche Politik bereits genug für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden unternimmt (44 Prozent). In Israel herrscht eine kritischere Wahrnehmung vor: Hier glaubt knapp die Hälfte (47 Prozent) der Befragten, dass die deutsche Politik mehr unternehmen müsste.

Auffällig sind in Deutschland erneut die geschlechtsspezifischen Unterschiede: 52 Prozent der Männer sind der Meinung, dass die deutsche Politik genug unternimmt, um Jüdinnen und Juden vor Angriffen zu schützen. Frauen zeigen sich in dieser Frage deutlich gespalten: 37 Prozent sehen die Maßnahmen als ausreichend an, 39 Prozent als unzureichend. Auch die parteipolitische Zugehörigkeit prägt die Einschätzungen und zeigt ein ähnliches Muster wie bei der Bekämpfung der judenfeindlichen Einstellungen: Ausreichend sind die bisherigen Schutzmaßnahmen für den überwiegenden Teil der Wähler:innen von CDU/CSU (52 Prozent), SPD (52 Prozent) und AfD (42 Prozent). Demgegenüber sprechen sich erneut die Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen (46 Prozent) und Die Linke (44 Prozent) häufiger für ein stärkeres Engagement der Politik aus.

Ähnlich wie bei der vorausgehenden Frage lassen sich bei den israelischen Befragten klare Differenzen nach Geschlecht und nach Alter erkennen: Männer (32 Prozent) sind häufiger als Frauen (21 Prozent)

Abbildung 29 | Schutz vor Übergriffen



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Sind Sie der Auffassung, dass die deutsche Politik genug unternimmt um Juden vor Übergriffen zu schützen?“ Prozentwerte summieren sich aufgrund von Rundungen der Nachkommastellen nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

der Ansicht, dass Deutschland bereits ausreichend gegen antisemitische Übergriffe vorgeht. Vor allem jüngere Israelis unter 40 Jahren fordern ein stärkeres Engagement der deutschen Politik: Eine Mehrheit von 51 Prozent ist dieser Ansicht, während es unter den über 60-Jährigen nur 43 Prozent sind. Besonders groß ist erneut auch die Kluft zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung: Während 56 Prozent der jüdischen Israelis mehr Engagement von der deutschen Politik erwarten, sind es zwölf Prozent der arabischen Israelis. Umgekehrt halten 54 Prozent der arabischen Israelis die bisherigen Maßnahmen für ausreichend, unter den jüdischen Israelis sind es lediglich 19 Prozent. Die religiöse Orientierung beeinflusst die Wahrnehmung ebenfalls erheblich: Jüdinnen und Juden aus säkularen Kreisen sind am seltensten der Meinung, dass die deutsche Politik mehr zum Schutz vor antisemitischen Übergriffen unternehmen sollte (51 Prozent), während der Anteil unter den ultraorthodoxen Jüdinnen und Juden am höchsten ist (69 Prozent). Über Parteigrenzen hinweg ist die Wahrnehmung mangelnden Schutzes weit verbreitet: Unter Wähler:innen von HaTzionut HaDatit wird diese Meinung am häufigsten vertreten (66 Prozent), unter Wähler:innen von Yesh Atid am seltensten (56 Prozent).

## Einordnung der Ergebnisse

Antisemitismus wird in allen Bevölkerungsgruppen, in Israel ebenso wie in Deutschland, als zunehmendes Problem wahrgenommen. Zugleich gilt Judenfeindschaft jedoch als Randerscheinung, die eher die extremen Ränder und weniger die Mitte der Gesellschaft betrifft. Unsere Befunde lassen erkennen, dass das nicht stimmt: Bis zu einem Drittel der Befragten stimmt Aussagen des klassischen Antisemitismus zu, Aussagen des israelbezogenen Antisemitismus teilt bis zu einer Hälfte der Befragten. Aussagen zum sekundären Antisemitismus erfahren sogar Zustimmung von bis zu zwei Dritteln der Befragten.

Diese Realität spiegelt sich weder in der öffentlichen Wahrnehmung noch im praktisch-politischen Tun. Weniger als die Hälfte der Befragten nimmt Antisemitismus als (eher) großes Problem wahr, diese Einschätzung hat sich seit 2021 nicht verändert. Zugleich geht das Bewusstsein einer Diskriminierung von Jüdinnen und Juden zurück. Die Sicherheitslage wird unverändert eingeschätzt – obwohl die Zahl antisemitischer Straf- und Gewalttaten in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. Auch hält

eine relative Mehrheit der Befragten die bisherigen politischen Bemühungen zur Bekämpfung von judenfeindlichen Einstellungen und zum Schutz von Jüdinnen und Juden für ausreichend – was nicht damit zusammenpasst, dass die Bewachung jüdischer Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen und Synagogen seit dem 7. Oktober 2023 massiv verschärft werden musste.

Bestimmte Bevölkerungsgruppen stechen bei unseren Analysen besonders hervor. Männer äußern bei von uns gewählten Fragen zu Antisemitismus (vgl. Abb. 23, Seite 42) durchweg weniger Ungewissheit, sind aber zugleich stärker (klassisch) antisemitisch eingestellt und sehen weniger Bedarf an Schutzmaßnahmen. Frauen hingegen nehmen sowohl die Diskriminierung als auch den Sicherheitsbedarf von Jüdinnen und Juden in Deutschland als stärker wahr und erwarten, dass hier mehr getan wird.

Auch ältere Befragte nehmen die Zunahme an Antisemitismus in Deutschland deutlicher wahr und weisen ein ausgeprägteres Problembewusstsein auf als jüngere Altersgruppen. Unter den unter 40-Jährigen haben seit 2021 auch antisemitische Einstellungen zugenommen, insbesondere beim israelbezogenen und klassischen Antisemitismus. Besonders deutlich tritt dies bei der Gruppe der jungen Männer hervor, die sowohl den höchsten Grad an antisemitischen Einstellungen als auch die geringste Problemwahrnehmung aufweisen.

Befragte mit höherer Schulbildung sind zwar über alle erfragten Aspekte hinweg weniger antisemitisch eingestellt, dies schlägt sich jedoch nicht in einer stärkeren Problematisierung von antisemitischen Tendenzen oder einer sensibleren Bedrohungswahrnehmung von Jüdinnen und Juden in Deutschland nieder. Höher Gebildete bewerten die bestehenden politischen Maßnahmen sogar überdurchschnittlich oft als ausreichend.

Im Hinblick auf Parteipräferenzen ist die markante Polarisierung zwischen der AfD und den restlichen Parteien hervorzuheben. Unter AfD-Wähler:innen sind antisemitische Einstellungen am weitesten verbreitet, während auf der anderen Seite Grünen-Wähler:innen bei allen Formen des Antisemitismus die niedrigsten Werte aufweisen. Wähler:innen der CDU/CSU und SPD bewegen sich im Mittelfeld, teils mit steigenden Tendenzen im Vergleich zu 2021. Besonders gestiegen ist auch die Zustimmung zu israelkritischen Aussagen unter Wähler:innen der Partei Die Linke, die parteiintern am deutlichsten die Genozid-Debatte im Kontext des Gazakrieges vorangetrieben hat. Es gibt allerdings keine Indizien dafür, dass sich diese Haltung in einer pauschalen Ablehnung von Jüdinnen und Juden in Deutschland niederschlägt. Die AfD-Wählerschaft hat neben den ausgeprägtesten antisemitischen Einstellungen auch ein geringes Bewusstsein für die Verbreitung von Antisemitismus und die Diskriminierung von Jüdinnen und Juden in Deutschland.

Die Ergebnisse zeigen: Gerade dort, wo antisemitische Haltungen besonders stark verbreitet sind, wird Antisemitismus am wenigsten als Problem wahrgenommen. Diese Schiefelage verweist auf ein tieferes gesellschaftliches Ungleichgewicht. Viele erkennen Antisemitismus nur dort, wo er sie nicht selbst betrifft. Dies legt nahe, dass es nicht ausreichend gelungen ist, den moralischen Anspruch deutscher Erinnerungskultur in eine nachhaltige gesellschaftliche Sensibilität zu übersetzen.

# Wahrnehmung der deutsch-israelischen Kooperation

Wie in den vorausgehenden Erhebungen haben wir auch diesmal nach der Wahrnehmung der Kooperation zwischen Deutschland und Israel gefragt.

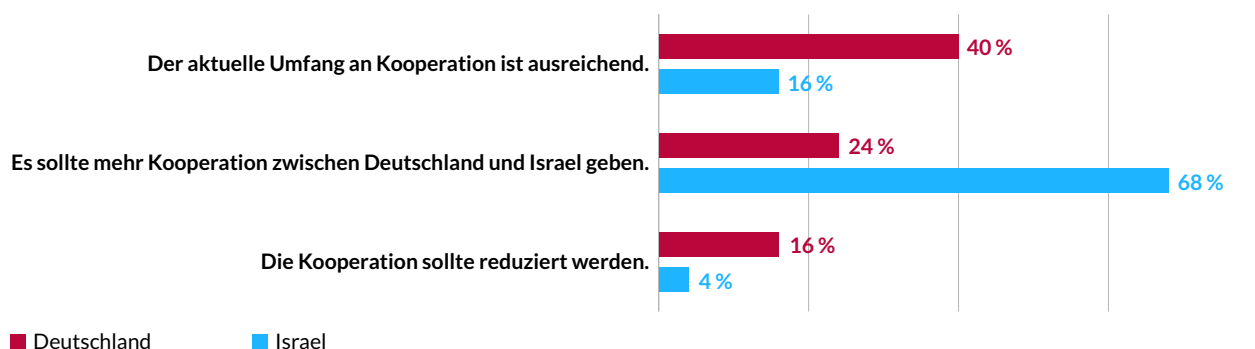
Die Haltungen in beiden Ländern unterscheiden sich hier deutlich (Abb. 30). In Deutschland sind 40 Prozent der Befragten der Meinung, dass der derzeitige Umfang der Zusammenarbeit ausreichend ist, während sich 24 Prozent eine intensivere Kooperation wünschen. In Israel hingegen sehen nur 16 Prozent der Befragten den Umfang der Kooperation als ausreichend an. Eine klare Mehrheit von 68 Prozent spricht sich für eine stärkere Zusammenarbeit aus.

Auffällig ist, dass sich in Deutschland unter den unter 40-Jährigen nahezu jede:r Vierte (23 Prozent) weniger Kooperation wünscht, während unter den über 60-Jährigen nur jede:r Zehnte so denkt.

Zwar sehen parteiübergreifend die meisten den derzeitigen Umfang der deutsch-israelischen Zusammenarbeit als ausreichend an, doch treten parteispezifische Tendenzen hervor: Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich mit 37 Prozent überdurchschnittlich häufig für eine Ausweitung der Kooperation aus. Im Gegensatz dazu wünschen sich 29 Prozent der AfD-Wähler:innen weniger Zusammenarbeit – der höchste Wert unter allen Parteipräferenzen.

In Israel zeigen sich auch hier deutliche Unterschiede zwischen jüdischen und arabischen Bevölkerungsteilen. Während 76 Prozent der jüdischen Befragten eine intensivere Zusammenarbeit mit Deutschland befürworten, sind es unter Araber:innen nur 34 Prozent. Unter ihnen sieht eine relative Mehrheit (38 Prozent) den aktuellen Umfang der Kooperation als ausreichend an. Unterschiede zeigen sich auch zwischen den Regierungs- und Op-

Abbildung 30 | Perspektiven der deutsch-israelischen Zusammenarbeit



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Was würden Sie für die deutsch-israelische Zusammenarbeit empfehlen?“ Ausgenommene Antwortkategorie: „weiß nicht“.

positionsparteien: Eine Ausweitung der Kooperation wünschen sich insbesondere Wähler:innen von HaMachane HaMamlachti (88 Prozent) und Yesh Atid (85 Prozent). Etwas verhaltener, aber dennoch mehrheitlich, wünschen dies auch Wähler:innen von Likud (79 Prozent) und HaTzionut HaDatit (68 Prozent).

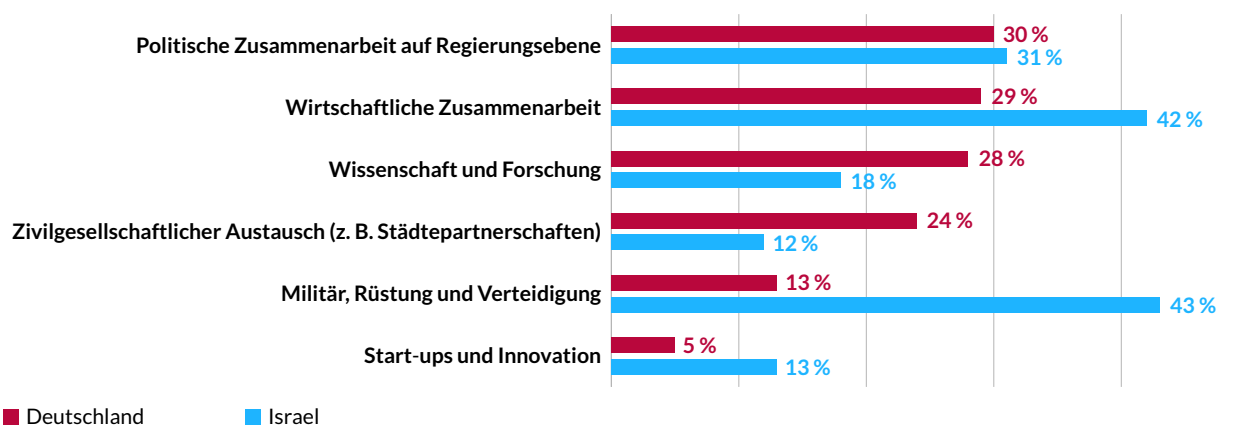
Wir haben auch danach gefragt, welche Bereiche der deutsch-israelischen Zusammenarbeit als besonders wichtig erachtet werden (Abb. 31). Dabei konnten die Befragten unter mehreren Möglichkeiten jeweils zwei Bereiche auswählen. In beiden Ländern wird von etwa einem Drittel der Befragten die politische Zusammenarbeit auf Regierungsebene als einer der wichtigsten Bereiche genannt. Die Israelis sehen darüber hinaus die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie Militär, Rüstung und Verteidigung als besonders wichtig an. In Deutschland ist das anders, hier werden Wissenschaft und Forschung sowie zivilgesellschaftlicher Austausch häufiger priorisiert als in Israel.

Erneut spielt die Parteipräferenz eine Rolle: Eine politische Zusammenarbeit auf Regierungsebene wird

besonders häufig von Wähler:innen der SPD (42 Prozent) sowie CDU/CSU (35 Prozent) als wichtig angesehen. Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen legen hingegen mit jeweils 44 Prozent besonderen Wert auf den zivilgesellschaftlichen Austausch sowie die Kooperation in Wissenschaft und Forschung. Auch für Wähler:innen der Partei Die Linke steht der zivilgesellschaftliche Austausch im Vordergrund – 41 Prozent nennen ihn als wichtige Form der Zusammenarbeit. Die Wähler:innen der AfD, von denen fast ein Drittel weniger Kooperation zwischen Deutschland und Israel befürwortet, wählen am häufigsten die Antwortoption „weiß nicht“ (32 Prozent), gefolgt von wirtschaftlicher Zusammenarbeit (30 Prozent).

Eine enge Kooperation in den Bereichen Militär, Rüstung und Verteidigung wird von 53 Prozent der jüdischen Befragten befürwortet – unter den arabischen Befragten sind es lediglich sechs Prozent. Arabische Israelis legen hingegen mit 53 Prozent den größten Wert auf eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit. Aber auch unter jüdischen Israelis wird dieser Bereich als relevant angesehen, 40 Prozent sprechen sich dafür aus. Nach Parteipräfe-

Abbildung 31 | Wichtigste Bereiche der deutsch-israelischen Zusammenarbeit



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „In welchen zwei Bereichen sollten Deutschland und Israel aus Ihrer Sicht besonders eng zusammenarbeiten?“ Ausgenommene Antwortkategorie: „weiß nicht“. Mehrfachantwort (maximal zwei Antworten) möglich, daher summieren sich Prozentwerte nicht auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

renz zeigt sich breite Einigkeit: Am wichtigsten für alle Wähler:innen ist die Zusammenarbeit in den Bereichen Militär, Rüstung und Verteidigung. Bei den Wähler:innen der Regierungsparteien HaTzionut HaDatit und Likud folgt an zweiter Stelle die Zusammenarbeit auf Regierungsebene (43 und 40 Prozent). Die Wähler:innen der Oppositionsparteien Yesh Atid und HaMachane HaMamlachti nennen die wirtschaftliche Zusammenarbeit am zweithäufigsten (47 und 44 Prozent).

Die unterschiedlichen Prioritäten in beiden Ländern deuten auf eine fortwährende Asymmetrie im Grundverständnis der deutsch-israelischen Beziehung hin, die sich schon im Kapitel zu den deutsch-israelischen Beziehungen (vgl. Seiten 15 ff.) gezeigt hat: Während man in Deutschland bis heute auf eine Verständigung durch gemeinsame Werte, Dialog und symbolische Nähe setzt, dominiert in Israel ein funktionaler Blick auf eine Kooperation, die Sicherheitsfragen und wirtschaftliche Interessen in den Mittelpunkt stellt. Diese Differenz ist nicht neu: Schon in den Anfängen der bilateralen Beziehungen stand dem deutschen Bedürfnis nach Versöhnung die israelische Erwartung gegenüber, dass sich die Partnerschaft vor allem praktisch bewähren müsse.

---

# Fazit

---

Stephan Vopel

Sechzig Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen sind Deutschland und Israel enger denn je politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich verbunden. Doch zugleich ist das Fundament der besonderen Beziehung zwischen beiden Ländern fragiler geworden. Unsere Studie zeigt: In der deutschen und in der israelischen Gesellschaft gehen die Einschätzungen in zentralen Fragen deutlich auseinander. Bemerkenswert dabei ist, dass sich – wie bereits in der Vorgängerstudie – in Deutschland kaum Differenzen zwischen ost- und westdeutschen Befragten feststellen lassen. Trotz unterschiedlicher historischer Erfahrungen im Umgang mit der NS-Vergangenheit und dem Staat Israel überwiegen in den zentralen Fragen der Wahrnehmung und Einstellungen heute die Gemeinsamkeiten.

Anders sieht es im bilateralen Verhältnis zwischen beiden Ländern aus: Während Israelis Deutschland und seine Regierung mehrheitlich positiv bewerten, blicken Deutsche zunehmend kritisch auf Israel – insbesondere auf dessen aktuelle Regierung.

Gleichzeitig wird die historische Verantwortung Deutschlands von beiden Seiten unterschiedlich interpretiert. Für eine große Mehrheit der Israelis stehen im Fokus dieser deutschen Verantwortung gleichermaßen das jüdische Volk und der Staat Israel. In Deutschland hingegen wird die Verantwortung zunehmend abstrakter gefasst: Viele jüngere Deutsche bejahen die Bedeutung der Shoah für die Gegenwart, ziehen daraus jedoch eher universelle Lehren für die Wahrung der Menschenrechte und das Völkerrecht und sehen weniger eine spezifische Verantwortung für das jüdische Volk oder gar den Staat Israel. Diese Universalisierung der Erinnerung ist einerseits Ausdruck eines verinnerlichteten Geschichtsbewusstseins,

birgt andererseits aber die Gefahr, dass die konkrete politische Verantwortung gegenüber Israel ins Hintertreffen gerät.

Zugleich offenbart unsere Studie einen besorgniserregenden Befund: Antisemitismus bleibt ein drängendes gesellschaftliches Problem. Die Ergebnisse der Befragung zeigen deutlich, dass Judenfeindschaft in ihren unterschiedlichen Formen weiterhin Bestand hat und zudem in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus und allen politischen Lagern auftritt – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Während die Zustimmungsraten zu Aussagen des sekundären Antisemitismus teils rückläufig sind, ist insbesondere der israelbezogene Antisemitismus auf dem Vormarsch – vor allem unter Jüngeren.

Die Verschiebungen, die unsere Studie offenlegt, betreffen das gesellschaftliche Klima ebenso wie die Grundlagen deutsch-israelischer Beziehungen. Das Verständnis von historischer Verantwortung, Erinnerung an die Shoah und kritischer Solidarität mit dem Staat Israel sind wesentliche Säulen dieses Verhältnisses. Die Frage, wie diese Erinnerung in die Zukunft getragen und mit neuem Leben gefüllt werden kann, ist von grundlegender Bedeutung für die Weiterentwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen.

Trotz aller aktuellen Herausforderungen bleibt festzuhalten, dass die Basis für Verständigung und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern Bestand hat: Die beidseits geteilte Zustimmung zur Demokratie, das große Vertrauen, das die Israelis Deutschland entgegenbringen, ebenso wie die breite Zustimmung in Deutschland zur Bedeutung der historischen Verantwortung bieten eine belastbare Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.

Gleichwohl sind angesichts der oben beschriebenen Entwicklungen klare und entschiedene politische Antworten gefragt. Sie müssen auf mehreren Ebenen ansetzen:

1. **Politische Bildung und historische Verantwortung:** Die Vermittlung der Shoah und ihrer Bedeutung für das Selbstverständnis der Bundesrepublik muss gestärkt werden – insbesondere mit Blick auf die junge Generation. In ihr sind – auch bedingt durch Einwanderung – die Bezüge zum „Volk der Täter“ und die Bedeutung historischer Verantwortung uneindeutiger als je zuvor. Erinnerungspolitik darf sich deswegen nicht auf Rituale beschränken, sie muss konkret sein, vielfältige Identifikation und politische Orientierung bieten: für Demokratie, für Menschenrechte und gegen jede Form von Antisemitismus.
2. **Antisemitismusbekämpfung in der Breite:** Es braucht einen ganzheitlichen Ansatz, der alle Formen des Antisemitismus gleichermaßen ernst nimmt: rechten, linken, muslimischen, postkolonialen und israelbezogenen. Dabei gilt: Der Kampf gegen Antisemitismus darf nicht instrumentalisiert werden – weder, um legitimer Israelkritik die Berechtigung abzusprechen, noch, um eigene Ressentiments – etwa gegenüber Muslimen – zu kaschieren.
3. **Kritische Solidarität mit Israel:** Die vielbeschwo-rene „Staatsräson“ muss konkret eingelöst werden durch eine Haltung der kritischen Solidarität. Das bedeutet: Israels Existenzrecht und Sicherheit sind nicht verhandelbar. Zugleich darf dies nicht bedeuten, Fehlentwicklungen in der israelischen Innen- oder Außenpolitik zu ignorieren. Gerade aus tiefer Verbundenheit erwächst die Pflicht zur kritischen Begleitung.
4. **Stärkung zivilgesellschaftlicher Beziehungen:** Die politische und mediale Polarisierung darf nicht dazu führen, dass die menschlichen Beziehungen vernachlässigt werden. Austauschprogramme, gemeinsame Bildungs- und Forschungsprojekte sowie die direkte Begegnung junger Menschen sind der Nährboden für eine lebendige Beziehung, für Verständigung und wachsendes Vertrauen auch in konfliktbehafteten Zeiten.
5. **Eine klare europäische Nahostpolitik:** Deutschland sollte sich in der EU für eine kohärente, völker- und menschenrechtsbasierte und zugleich sicherheitspolitisch realistische Nahostpolitik einsetzen. Eine solche Politik muss Israels Sicherheit ebenso im Blick behalten wie die legitimen Rechte der Palästinenser:innen. So kann Vertrauen (wieder) geschaffen und eine gerechtere Friedensordnung angestrebt werden.

Die deutsch-israelischen Beziehungen brauchen heute mehr denn je eine bewusste, reflektierte und zukunftsorientierte Ausgestaltung. Dazu gehört es auch, Differenzen nicht zu verschweigen, sondern offen zu benennen. Dann kann die besondere Beziehung, die aus der Geschichte erwachsen ist, zu einem glaubwürdigen Versprechen für die Zukunft werden.

---

# Tektonische Verschiebungen:

## Eine historische Tiefenbohrung zum deutschen Israelbild

---

*Dan Diner*

Die folgenden Überlegungen stellen den quantitativen Erhebungen zu den deutsch-israelischen Beziehungen und zum spezifisch deutschen Verhältnis zum Judentum heute eine qualitative Tiefenbohrung zur Seite. Dabei tun sich mehrere, voneinander nur schwer abzugrenzende Problemfelder auf.

Auf der Phänomenebene sollen wesentlich mit dem Gaza-Krieg verbundene Diskurse über Israel in Deutschland ins Zentrum der Betrachtung gerückt werden. Mit diesen Diskursen in Zusammenhang stehen jene Veränderungen, die von den Daten der vorliegenden Studie offengelegt werden: etwa der Umstand, dass der Anteil der Deutschen, die Israel positiv bewerten, auf 36 Prozent gesunken ist, während 60 Prozent der Israelis Deutschland weiterhin positiv gegenüberstehen. Bemerkenswert ist dabei, dass diese, Israel betreffende Verschlechterung auf der Sympathieskala bei jüngeren Menschen besonders augenfällig ist. Das sagt einiges über zukünftige Entwicklungen aus.

Diese Konstellation – tiefgehende Veränderungen des Israelbildes in Deutschland und eine recht stabile Wahrnehmung Deutschlands in Israel – legt es nahe, sich im Weiteren auf das deutsche Israelbild zu beschränken. Zudem lassen die traditionellen Zerklüftungen in der israelischen Gesellschaft (allein der Hiatus zwischen jüdischen nationalreligiösen Gruppierungen auf der einen und arabischen Israelis auf der anderen Seite) erkennen, dass absolute Zahlen über „die Israelis“ wenig aussagefähig sind.

### Die Wirkung kollektiven Bewusstseins

Einführend ist des Weiteren anzumerken, dass es sich bei den diagnostizierten tektonischen Verschie-

bungen das Israelbild betreffend nicht ausschließlich um Stimmungsphänomene in Deutschland handelt. Vielmehr greifen sie weltweit aus, wobei in und für Deutschland freilich besondere Umstände gelten. Diese sind auf das zurückzuführen, was gemeinhin mit „der Geschichte“ oder mit „der Vergangenheit“ in Verbindung gebracht wird, also mit der Zeit des Nationalsozialismus und dem Holocaust. Wegen dieses historisch besonderen Verhältnisses zu „den Juden“ soll das in der Studie diagnostizierte Israelbild als Seismograph und Indikator für tiefgehende tektonische Verschiebungen in Politik und Lebenswelt bedacht werden. Damit ginge die Bedeutung des Gegenstandes der Umfrage weit über seine konkrete sachliche Eingrenzung hinaus.

Ließen sich die, das deutsche Israelbild bestimmenden Elemente voneinander isolieren, so träten folgende Fragen zutage: Die Frage nach der politischen Rolle der Rede von der „Staatsraison“; die Frage nach dem Verhältnis von Genozid und Holocaust und nach Judenfeindschaft und Antisemitismus; die Frage nach Gedächtnis und Erinnerung sowie die Frage nach einem sich in Bewegung befindlichen deutschen Selbstverständnis („Identität“). Obschon eng miteinander verzahnt, weisen diese Elemente jeweils auffällige Besonderheiten auf. Im Folgenden gilt es sowohl ihre Verschränkung als auch ihre punktuellen Verdichtungen zu bedenken.

Dem Ganzen soll schließlich die editorische Bemerkung vorausgeschickt werden, dass sich hier wesentlich auf den öffentlichen Diskurs bezogen wird, also auf die Rede über, nicht aber auf die Realität der Israel-Palästina-Frage wie des Nahost-Konflikts. Beides gänzlich voneinander zu trennen ist zugegebenermaßen schwierig, sollte indes methodisch

versucht werden. Hier geht es also recht eigentlich darum, wie sich untergründig auswirkende Tendenzen kollektiven Bewusstseins zu jenem umfassenden Themenkomplex des deutschen Israelbilds verdichten.

### Staatsraison: Ein schillernder Begriff

Als am 18. März 2008 die damals amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer Rede vor der Knesset, dem Parlament des Staates Israel, das Wort von der „Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsraison“ prägte, war nicht absehbar, zu welchem Grad von Erregung jene relativ abstrakte und deklaratorische Aussage nach einer Karenz von fast zwei Jahrzehnten Anlass geben würde. Aktuell scheint dieses Wort die bundesdeutsche öffentliche Meinung nachhaltig zu bewegen – und dies in Folge einer breiten Ablehnung der israelischen Kriegsführung in Gaza. Schließlich enthält das Wort von der „Staatsraison“ mehr als eine bloß dahingesagte Sympathieerklärung für Israel. Vielmehr ist es Ausdruck einer definitiven Parteinahme – eine Haltung, die das Land der Deutschen offenbar verpflichten soll, an die Seite des jüdischen Staates zu treten und ihm im Falle aller Fälle beizustehen – right or wrong!

Bei näherem Betrachten erweist sich das Wort der Staatsraison als weitaus schillernder, als dies auf erstem Blick erscheinen mag. Tatsächlich offenbart das Wort – seiner ursprünglichen Bedeutung nach – wenig erfreuliche Züge: Es verweist auf ein kategorisches Pflichtenverhältnis, gar auf den Zwang, sich einem höheren Interesse, nämlich der geltenden „Raison“, also der „Vernunft“ des Staates, genauer: des Staatshandelns, zu beugen; mithin all dem, was dem Interesse des Staates dient und dem man auch gehalten ist, sich zu unterwerfen. Kurzum: Der Staatsraison sind Merkmale einer übergeordneten, einer lastenden Vernunft eigen. Daran mag man ebenso schwer wie unwillig tragen.

Lässt man das deutsch-israelische Verhältnis gerafft Revue passieren, dann ist auffällig, dass es zu seinen Anfangszeiten in der deutschen Öffentlich-

keit nicht gerade überbordenden Enthusiasmus auslöste – nicht im Westen und von der Israel gegenüber feindlich gesonnenen DDR ganz abgesehen. Von Zurückhaltung war auch die Entscheidung begleitet, dem Staate Israel und dem jüdischen Volk „Wiedergutmachung“ zu leisten, wie es in dem Luxemburger Abkommen von 1952 vertraglich zugesichert worden war. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel 1965 kam diese erste Phase der deutsch-israelischen Beziehungen zu ihrem Abschluss. Dabei galt es, Elemente einer sogenannten „Moralpolitik“ mit solchen der Realpolitik zu verbinden. Auffällig war indes, dass auch die moralische Begründung realpolitischen Erwägungen folgte. Bundeskanzler Adenauer jedenfalls war damals nicht in der Lage, für die Ratifizierung des Wiedergutmachungsabkommens in seiner Partei beziehungsweise in der Koalition eine parlamentarische Mehrheit zu mobilisieren. Er war gehalten, sich darin von der SPD-Opposition unterstützen zu lassen.

1965 setzte sich Bundeskanzler Erhard in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Jerusalem gleichsam handstreichartig wider die Gegner eines solchen Vorhabens im eigenen Lager durch. Die Bedenkensträger trugen als Begründung die Hallstein-Doktrin vor sich her, will heißen: Sie fürchteten um die Folgen einer im Gegenzug erwarteten arabischen Anerkennung der DDR.

Nochmals: Realpolitik und „Moralpolitik“ waren, was die deutsch-israelischen Beziehungen angeht, von Anfang an eng miteinander verzahnt. Das Wiedergutmachungs- oder Israel-Abkommen, wie es genannt wurde, war Teil der frühen bundesdeutschen Offensive der Westintegration und damit integraler Bestandteil einer Politik des Souveränitätsgewinns. Mit anderen Worten: Es war Bestandteil der damaligen Staatsraison. So verstand die Adenauer-Regierung das Abkommen als sichtbares Signal der Läuterung an den Westen, wobei als Mittel zu seiner Beförderung im innerdeutschen Gebrauch durchaus auch klassische antisemitische Tropen zum Einsatz kamen, wie die Berufung auf eine, wie es hieß,

„Macht der Juden“ (Adenauer). Und da die Einbindung in den Westen zweifelsohne vorherrschende Staatsraison war, galt das Verhältnis zu Israel und „den Juden“ als ein relevanter Baustein im strategisch-politischen Gebäude der Westintegration.

Kanzlerin Merkels Formulierung von der „Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsraison“ entsprang hingegen ganz ohne Not den Maßgaben einer Moralpolitik, die den damals raumgreifenden Debatten um das Gedenken an den Holocaust geschuldet war. Eine solche Haltung war neu, zumal das „Gedächtnis des Holocaust“ eigentlich erst zum Ausgang der 1970er Jahre seinen Anfang nahm – trotz der NS-Verbrecher-Prozesse, die Ende der 1950er Jahre mit dem Ulmer Einsatzgruppen-Prozess begannen und mit dem Auschwitz-Prozess 1963/65 ihren Scheitelpunkt erreichten.

In den 1980er und 1990er Jahren intensivierte sich der Gedächtnis-Diskurs, um sich zunehmend kulturpolitisch zu institutionalisieren. Damals nahmen die mit Signifikanten wie „Gedächtnis“ und „Erinnerung“ verbundenen Debatten gleichsam staatspolitische Bedeutung an und wurden – einer ungeschriebenen Präambel gleich – der Verfassung unterlegt. Die zum 8. Mai 1985 gehaltene Rede des damaligen Bundespräsidenten Weizsäcker gilt als deren öffentliche Initialzündung.

Die 1989/90 erfolgte Vereinigung beider deutschen Staaten sollte in der Erinnerungspolitik Unterschiedliches nach sich ziehen. Gegenüber dem, was später „Geschichts- und Erinnerungskultur“ heißen sollte, erwiesen sich die ostdeutschen Lebenswelten eher resistent. Jedenfalls vermochten sie nicht mit einer organisch-eigenständigen Erfahrung aufwarten, wie sie für die alte Bundesrepublik mit ihren gelebten moralpolitischen Konflikten, Skandalen und Auseinandersetzungen signifikant gewesen war. Und tatsächlich wies die von Kanzlerin Merkel in der Knesset formulierte Äußerung von der „Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsraison“ in ihrer als überschießend empfundenen Bedeutung etwas Nachholendes auf.

Inzwischen legen die gegenwärtigen Entwicklungen zwischen Rhein und Oder die Ausbildung von Tendenzen nahe, die jene schwer erworbene und als Staatsraison verstandene Verwestlichung in Frage stellen könnten. Und dies ganz abgesehen von jenen gewaltigen geopolitischen Verwerfungen, die das Konzept des transatlantischen Westens als solches erschüttern. Dass der Gaza-Krieg seit 2023 derartige Trends, zumindest was das Verhältnis zu Israel und „den Juden“ angeht, in Deutschland mit befeuert, ist jedenfalls nicht von der Hand zu weisen.

## Die Rede vom Genozid

Die deutsche „Staatsraison“ Israel und „den Juden“ gegenüber ruht auf dem Gedächtnis des Holocaust. Der Gaza-Krieg, vor allem die reale, mehr noch: die medial präsentierte israelische Kriegsführung, wird zunehmend unter das Signum von „Genozid“ gestellt. Ob es sich bei der Gewalt der israelischen Streitkräfte gegen die Hamas und den dabei willentlich oder weniger willentlich hingenommenen „Kollateralschäden“ an der palästinensischen Bevölkerung tatsächlich im Rechtssinne um Akte eines Genozids gehandelt hat oder eher um Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, werden Gerichte zu beurteilen haben. Dies soll hier nicht Thema sein. Was hier indes Thema zu sein hat, ist das mit jenen Ereignissen einhergehende, sich verschiebende Bewusstsein Israel und „den Juden“ gegenüber. So breitet sich gegenwärtig weltweit eine Juden gegenüber wenig gewogene Stimmung aus, die über den der Sache nach angemessenen Protest weit hinausgeht. Eher scheint sie danach zu drängen, den Judenstaat und damit „die Juden“ unbedingt des Verbrechens eines Genozids zu zeihen – ihnen jedenfalls das Kainsmal eines crime of crimes an die Stirn zu heften. Dieser Umstand lässt erkennen, dass hier tiefliegende Schichten aktiviert werden, in denen sich Historisches und Theologisches miteinander verbinden.

Zunächst zum Historischen, hier zum rechtsgeschichtlichen Aspekt und damit der Vorgeschichte dessen, was 1944 zu dem Neologismus „Genozid“

führte. Erste juristische Bemühungen waren in den 1930er Jahren von dem 1915 verübten, sogenannten „Armenier-Massaker“ ausgegangen. Sie mündeten schließlich, angesichts des von Nazi-Deutschland verbrochenen Holocausts an den europäischen Juden, 1948 in die Genozid-Konvention der Vereinten Nationen. Dabei ist zu bedenken, dass der jüdisch-polnische Jurist Raphael Lemkin, der die internationale Anerkennung des Genozids als Straftat resolut betrieb, letztendlich davon Abstand nahm, die für den Holocaust signifikanten Tatbestandsmerkmale einer Vernichtung der bloßen Vernichtung wegen ins Zentrum der neuen Begriffsbestimmung zu rücken. Vielmehr rekurrierte er auf den nazideutschen „Generalplan Ost“, bei dem es weniger um die für den Holocaust – nochmals – signifikante totale Vernichtung ging, sondern um das, was die Nazis für die slawischen Völker Osteuropas vorgesehen hatten: die Vernichtung eines Dittels der Bevölkerung, die Versklavung eines weiteren Drittels und die Entführung wie „Germanisierung“ des letzten, vornehmlich aus Kindern bestehenden Drittels.

Obschon die Genozid-Konvention vom Ereignis des Holocaust, der nationalsozialistischen „Endlösung der Judenfrage“, angestoßen worden war, öffnete sich die Tatbestandsdefinition des Völkermords schon im Zustand nascendi Kollektivverbrechen schwächerer Intensität. Dies mochte ihrer nötigen universellen Akzeptanz geschuldet gewesen sein, aber auch dem Umstand, dass die Bedeutung des Holocaust in seiner Totalität noch nicht wirklich verstanden worden war. Auch in Nürnberg stand die „Endlösung“ nicht als besonderer Anklagepunkt auf der strafrechtlichen Agenda. Das Ergebnis war letztendlich paradox: Zwar zog die juristische Definition des Genozids ihre historische Legitimität wesentlich aus dem Schrecken des Holocaust, löste sich aber im weiteren Verlauf von diesem. Und im aktuellen erinnerungspolitischen Gebrauch vermag sie sich auch gegen diesen zu wenden. Dabei war der Holocaust, empirisch und an der juristischen Definition vom Genozid gemessen, ein totaler, ein absoluter Genozid. Dass ihm in öffentlicher Rede durch Vergleichsdiskurse eine solche Wertigkeit entzogen wird,

dürfte seine Gründe im Grad der emotionalen Erhitzung im Übergang von historisch-juristischen Argumenten zu theologisch-politisch durchwirkten Reaktionen haben.

Nicht von Theologie im eigentlichen Sinne des Wortes ist hier die Rede, sondern von als theologisch erkennbaren Imprägnierungen eines sich allein politisch behauptenden Diskurses. Will heißen: Ein unerkannter Transfer von theologischer Form und religiöser Metaphorik in der politischen Rede. Dazu gehört jener Erregungsdrang, durchaus verurteilungswürdige Vorgehen israelischer Militärs unbedingt als Genozid zeihen zu wollen und sich diese Forderung durch öffentliche Rituale als unumstößliche Wahrheit bestätigen zu lassen. Solche behauptete Wahrheit drängt darauf, ein Bekenntnis einzufordern, ein Bekenntnis, das seiner Intensität nach dem eines Glaubensbekenntnisses entspricht.

So stellt sich der Verdacht ein, derartige Erregungszustände gingen weniger dem Entsetzen über das Leid der Palästinenser hervor, als daraus, dass deren Leiden von Juden verursacht wird. Dieses Muster kommt mit althergebrachten traditionellen theologischen Bildern von „den Juden“ zur Deckung. Und während der vom israelischen Militär ausgeübten Gewalt die Qualität eines Genozids auferlegt wird, empfindet die jüdische Seite eben diese Beschuldigung als Gleichsetzung mit dem Holocaust und weist sie entsprechend erregt zurück. Der davon ausgelöste Wahrheitsdiskurs und das Maß der dabei mobilisierten Erregung erinnern an traditionelle theologische Disputationen. Dabei sieht sich die Besonderheit des Holocaust einer Vielheit von Genoziden gegenüber, wobei der Rede von der Besonderheit des Holocaust eine vermeintliche jüdische Auserwähltheit unterstellt wird. Währenddessen scheint die Energie des Ausrufs „und es ist doch ein Genozid!“ der Form nach der Aufforderung zum Glaubensbekenntnis „that Jesus is the Christ!“ zu entsprechen.

## Das Verhältnis zu „den Juden“ als Seismograph

Ein politischer Diskurs, der Israel und „die Juden“ ins Zentrum rückt, kann von ihm vorausgehenden theologischen Imprägnierungen nicht frei sein. Das liegt in seiner „Natur“ begründet – will heißen: in der Präsenz „der Juden“ im christlichen Kanon. Festzuhalten bleibt, dass dies wenig über den realen Konflikt in Israel/Palästina aussagt, umso mehr aber über den Charakter der angesichts des Konflikts geführten Rede. Es ist demnach nicht verwunderlich, dass dieser Diskurs von einem Anschwellen jüdenfeindlicher Ressentiments begleitet wird. Hierfür bedarf es nicht erst einer Überschreitung der Schwelle hin zu einem ideologisch formierten Antisemitismus. Jenes Ressentiment ist schwer greifbar, weist die Konsistenz von Mehltau auf und erscheint in komplexen Legierungen, kaum in reiner Gestalt.

Das Verhältnis zu „den Juden“ kommt einem Schibboleth, einem Erkennungsmal gleich. Ob der Gaza-Krieg eine neue Qualität jüdenfeindlicher Regungen verfestigt, wird die Zukunft zeigen. Indes geht es auch um mehr. In Verbindung mit tiefgreifenden politischen Veränderungen weltweit und in Europa gerät gegenwärtig vieles in Fluss. So will es scheinen, dass in Deutschland gegenwärtig das alte bundesrepublikanische Parteiensystem zur Disposition steht. Dies wird das Verhältnis „zur Geschichte“, will heißen: zu „der Vergangenheit“ und damit auch zu „den Juden“, verändern. Diese Tendenz muss keine katastrophischen Verwerfungen analog der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach sich ziehen. Vieles gemahnt eher an das 19. Jahrhundert. Darauf verweisen jedenfalls die sich gegenwärtig in Bewegung befindlichen Konturen der „Großen Politik“. Manches davon gilt auch für den jüdischen Staat, was dazu führt, dass die dort zunehmend beherrschend werdende Politik nur scheinbar paradox die Nähe zu Gruppen und Parteiungen im Ausland sucht, die „den Juden“ traditionell nicht gerade wohlgesonnen waren. Und dies ganz im Sinne des Sehers und ideellen Begründers des Judenstaates, Theodor Herzl, der zur Jahrhundertwende in seinen Tagebü-

chern (zynisch oder sarkastisch) mit der Prognose aufwartet, dass „die Antisemiten ... unsere zuverlässigsten Freunde [sein werden] und die antisemitischen Länder unsere Verbündeten ...“

Solche Trends ergeben sich aus den empirischen Befunden der Bertelsmann-Studie zum deutsch-israelischen Verhältnis. Sie machen deutlich, dass es sich bei diesem Gegenstand um mehr handelt als um beständig schwankende Beziehungen zwischen zwei Staaten beziehungsweise deren Bevölkerungen zueinander. Das deutsch-israelische Verhältnis kommt einem Brennglas gleich, in dem sich große Verschiebungen und Veränderungen abbilden lassen. Sie erlegen auch und gerade all jenen, die sich mit dem deutsch-jüdischen Verhältnis und dem Bilde von „den Juden“ befassen, eine besondere Verantwortung auf – eine Verantwortung auch in Bezug auf das, was unter historischem Bewusstsein und politischer Urteilskraft zu verstehen ist. Insofern ist der Gegenstand der Studie Indikator von und Seismograph für Verwerfungen, die weit über ihn selbst hinausreichen.

Verfasst im November 2025



## Adresse | Kontakt

### **Bertelsmann Stiftung**

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

Telefon +49 5241 81-0

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

### **Stephan Vopel**

Director

Telefon +49 5241 81-81397

[stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de](mailto:stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de)

### **Stefanie M. Schulz**

Project Manager

Telefon +49 30 275788-187

[stefanie.schulz@bertelsmann-stiftung.de](mailto:stefanie.schulz@bertelsmann-stiftung.de)